



Vorsitzende des Bildungsausschusses
Frau Sylvia Eisenberg, MdL

Landeshaus

24105 Kiel

Kiel, 4. Dezember 2006

Ministerin

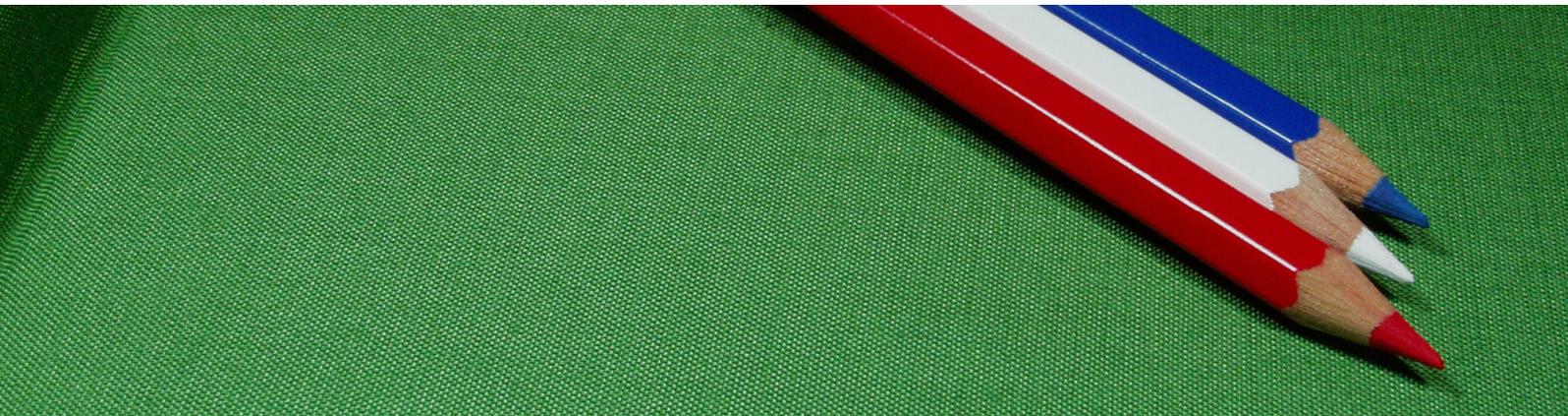
Bildungsbericht für Schleswig-Holstein 2006

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

zur Information für die Mitglieder des Bildungsausschusses übersende ich Ihnen den
Bildungsbericht für Schleswig-Holstein 2006.

Mit freundlichen Grüßen

Ute Erdsiek-Rave



Bildungsbericht für Schleswig-Holstein 2006

Herausgeber:

Ministerium für Bildung und Frauen
Brunswiker Straße 16-22
24105 Kiel

Realisation:

Qualitätsagentur des Instituts für Qualitätsentwicklung an
Schulen Schleswig-Holstein (IQSH), Kronshagen
Mechthild Bering, Stefan Pantke

Oktober 2006

Die Landesregierung im Internet:

www.landesregierung.schleswig-holstein.de

Den Bildungsbericht Schleswig-Holstein als PDF-Datei:

<http://bildungsqualitaet.lernnetz.de/content/bildung2006.php>

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der schleswig-holsteinischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Personen, die Wahlwerbung oder Wahlhilfe betreiben, im Wahlkampf zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf diese Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Inhalt

Vorwort der Ministerin	5
Einleitung	7
A Daten zu Rahmenbedingungen vorschulischer und schulischer Bildung in Schleswig-Holstein.....	9
B Bildungspolitische Rahmenbedingungen.....	12
1 Aufbau des Bildungswesens in Schleswig-Holstein	12
2 Bildung in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege	13
2.1 Statistische Grunddaten	13
2.2 Leitlinien zum Bildungsauftrag.....	13
2.3 Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen	14
2.4 Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen.....	14
2.5 Vorschulische Sprachförderung	15
2.6 Qualifizierung der Erzieherinnen, Erzieher und Tagespflegepersonen	16
3 Schulischer Bereich	18
3.1 Daten zum Bildungsangebot	18
3.1.1 Grunddaten.....	18
3.1.2 Allgemein bildende Schulen	19
3.1.3 Sonderschulen/Förderzentren	22
3.1.4 Berufsbildende Schulen.....	24
3.2 Indikatoren der Unterrichtsversorgung	26
3.3 Entwicklung und Prognose der Schülerzahlen	28
3.4 Schulentwicklungsplanung	32
3.4.1 Problem und Zielsetzung.....	32
3.4.2 Maßnahmen	32
3.4.3 Weitere Entwicklung	33
3.5 Übergreifende Maßnahmen im schulischen Bereich.....	33
3.5.1 Stärkung schulischer Eigenverantwortung	33
3.5.2 Unterricht und Verlässlichkeit von Schule sichern.....	34
3.5.3 Maßnahmen zur Qualitätssicherung im schulischen Bereich	37
3.5.4 Ganztagsangebote und Offene Ganztagsschulen.....	47
3.5.5 Landesnetz Bildung	48
3.6 Erweiterte Rahmenbedingungen für die Arbeit in der Grundschule	49
3.6.1 Einführung der Verlässlichen Grundschule	49
3.6.2 Englisch in der Grundschule.....	51
3.7 Erweiterte Rahmenbedingungen für die berufsbildenden Schulen	51
3.7.1 Regionale Berufsbildungszentren (RBZ)	51
3.7.2 Fortschreibung des Bezirksfachklassenkonzeptes.....	52
3.7.3 Externe Evaluation an berufsbildenden Schulen (EVIT-BS).....	53
3.7.4 Qualitätsmanagementsysteme an berufsbildenden Schulen.....	54

3.7.5	Standardisierte Fremdsprachenprüfungen an der Berufsfachschule Wirtschaft für Kaufmännische Assistentinnen und Assistenten.....	54
3.7.6	Berufsvorbereitung Jugendlicher mit besonderem Förderbedarf	55
3.7.7	Einführung der einjährigen Berufsfachschule	56
3.8	Dänische Schulen und Schulen in freier Trägerschaft	56
3.8.1	Die Schulen der dänischen Minderheit.....	56
3.8.2	Schulen in freier Trägerschaft	57
3.9	Lehrerbildung.....	58
3.9.1	Erste Phase (Bachelor-/Masterstruktur)	58
3.9.2	Neugestaltung der Lehrerausbildung in der zweiten Phase	59
3.9.3	Schwerpunkte für die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte.....	60
C	Maßnahmen zur Gestaltung schulischer Prozesse.....	64
1	Schul- und Unterrichtsentwicklung	64
1.1	Förderung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts	64
1.2	Demokratiepädagogik, Förderung sozialer Kompetenzen, Sucht- und Gewaltprävention.....	67
1.2.1	BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“	67
1.2.2	Drogenfreie Schule, Gewalt- und Suchtprävention in der Schule.....	68
1.3	Berufsorientierung: Zusammenarbeit Schule - Wirtschaft Einführung des Berufswahlpasses	70
1.4	UNESCO-Schulen/Baltic-Sea-Project	72
1.5	Europaschulen/Europaklasse.....	73
1.6	Internationale Begegnungen	74
2	Verstärkung der Förderorientierung.....	76
2.1	Lernpläne.....	76
2.2	Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund	76
2.3	Maßnahmen zur Förderung besonders begabter Kinder und Jugendlicher	79
2.4	Sonderpädagogische Fördermaßnahmen	81
2.5	Unterstützung durch den Förderfonds.....	81
D	Wirkungsqualitäten	82
1	Bildungsabschlüsse.....	82
2	Umgang mit Bildungszeit	86
2.1	Wiederholungen, Zurückstellungen	86
2.2	Schulartwechsel	88
3	EVIT–Landesergebnisse zur Schulqualität	89
3.1	Bildungs- und Erziehungsprozesse	90
3.2	Qualitätsbereich schulische Effekte.....	90
3.3	Lern- und Arbeitsbedingungen	91
3.4	Leitung der Schule.....	91
3.5	Qualitätsmanagement	92
3.6	Kooperation	92
3.7	Fazit.....	92

4	Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik der Grundschule (VERA 4)	93
4.1	Konzeption und Zielsetzung	93
4.2	Ergebnisse des Jahres 2005 im Vergleich zum Jahr 2004	93
4.3	Länderübergreifende Ergebnisse 2005 im Vergleich zum Jahr 2004.....	94
4.4	Ergebnisse für die Kontextgruppen	95
4.5	Ergebnisse nach Sprachhintergrund der Kinder im Vergleich zum Jahr 2005	97
4.6	Ergebnisse nach Geschlecht.....	97
5	Kompetenzen in der Sek I: Mathematik, Lesen, Naturwissenschaften, Problemlösen (PISA-2003-E)	99
5.1	Ergebnisse in Mathematik	99
5.2	Ergebnisse in der Lesekompetenz	100
5.3	Ergebnisse in den naturwissenschaftlichen Kompetenzen	100
5.4	Problemlösen.....	101
5.5	Gymnasialvergleich	102
5.6	Vergleich der Ergebnisse der Schularten in Schleswig-Holstein	103
5.7	Verzögerte Schullaufbahn	105
5.8	Soziale Herkunft im Ländervergleich.....	107
5.9	Schülerinnen und Schüler mit einem Migrationshintergrund	108
	Abkürzungen	111
	Hinweise zu weiteren Informationen	113

Vorwort der Ministerin

Mit dem zweiten „Bildungsbericht für Schleswig-Holstein“ setzt die Landesregierung ihre regelmäßige Berichterstattung über wesentliche Maßnahmen, Befunde und Daten zur Entwicklung des Bildungssystems fort. Der Bericht bietet die Möglichkeit, sich umfassend und zielgerichtet über die Situation vorschulischer und schulischer Bildung für die Schuljahre 2004/05 und 2005/06 „auf einen Blick“ zu informieren.



Der alle zwei Jahre erscheinende Bildungsbericht fügt sich ein in die Konzeption der Landesregierung zur Qualitätssicherung des Bildungssystems in Schleswig-Holstein. Neben einer regelmäßigen Bildungsberichterstattung gehören dazu die Teilnahme an nationalen Ländervergleichen, Vergleichsarbeiten, die „Externe Evaluation im Team“ (EVIT), zukünftig auch Schulporträts und zentrale Abschlussprüfungen für die allgemein bildenden Schulabschlüsse. Der „Bildungsbericht für Schleswig-Holstein“ ergänzt die im Bericht von Bund und Ländern vorgelegten Befunde zur Entwicklung des Bildungswesens in Deutschland um landesspezifische Informationen.

Der Bericht ist Teil einer umfassenden Gesamtstrategie, die von der Kultusministerkonferenz mit den sog. „Plöner Beschlüssen“ am 01./02.06.2006 verabschiedet wurde. Die „Gesamtstrategie der KMK zum Bildungsmonitoring“ sieht vor, dass für Ländervergleiche wie für die Feststellung der Leistungsfähigkeit von Schulen zukünftig die Bildungsstandards als verbindliche Grundlage gelten werden. Dadurch erhöhen sich sowohl Praxisnähe als auch Umfang und Bedeutung der zur Verfügung gestellten Daten und Ergebnisse.

Auf dieser Basis werden gemeinsame Verfahren der Länder zur systematischen Beobachtung des Bildungssystems auf vier Ebenen festgelegt und miteinander verbunden:

- Teilnahme an internationalen Schulleistungsuntersuchungen (IGLU, PISA, TIMSS)
- Ländervergleiche zur zentralen Überprüfung des Erreichens der Bildungsstandards in den Jahrgängen 3 (Primarstufe), 8/9 (Hauptschulabschluss und Mittlerer Schulabschluss) mindestens ein Jahr vor Abschluss des Bildungsgangs
- Vergleichsarbeiten zur landesweiten Feststellung der Leistungsfähigkeit einzelner Schulen
- Gemeinsame Bildungsberichterstattung durch Bund und Länder durch Vorlage des Berichts „Bildung in Deutschland“ in zweijährigem Abstand.

Verfahren der Qualitätsentwicklung erfüllen nur dann ihren Sinn, wenn sie der Verbesserung des Bildungssystems und der Arbeit an den Schulen auch tatsächlich dienen. Ich halte es daher für besonders wichtig, dass die verschiedenen Befunde nicht nur zur Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungssystems, sondern in einem verstärkten Maße zur Weiterentwicklung an jeder Schule unmittelbar genutzt werden. Die Zusammenstellung der wichtigsten Informationen und Daten in einem Bildungsbericht für Schleswig-Holstein bietet dafür eine zuverlässige Grundlage.

Die Landesregierung hat die Erkenntnisse der verschiedenen Studien der vergangenen Jahre genutzt und daraus zentrale Ziele für die Bildungspolitik im Arbeitsprogramm für diese Legislaturperiode abgeleitet.

Die Befunde zeigen übereinstimmend, dass Schleswig-Holstein mit den Ergebnissen der leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler im Vergleich der Länder durchaus zufrieden sein kann, auch wenn es in diesem Bereich noch genug zu tun gibt. Die bisher ungelöste Herausforderung besteht aber in der stagnierenden Kompetenzentwicklung der leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler. Hinzu kommt, dass diese Schülerinnen und Schüler nach wie vor zu einem überproportional großen Teil aus sogenannten bildungsfernen und sozial benachteiligten Familien stammen.

Wir müssen daher an unseren Schulen die vorhandenen Ansätze einer wirksamen Förderung verstärken, um die hohe Anzahl von Wiederholungen, Zurückstellungen, Schrägversetzungen und Schulabbrüchen weiter zu reduzieren. Wir brauchen mehr Bildungsgerechtigkeit, nicht nur aus sozialen Gründen, sondern auch, um vorhandene Begabungspotenziale besser auszuschöpfen. Und wir müssen die Qualität aller Bildungsgänge weiter erhöhen, um das Kompetenzniveau unserer Schülerinnen und Schüler schrittweise an die internationale Spitzengruppe heranzuführen.

Um diese Ziele zu erreichen, investiert die Landesregierung in dieser Legislaturperiode 150 Millionen € zusätzlich in Bildung. In einem erheblichen Umfang werden zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und die im Schulbereich ergriffenen Maßnahmen, insbesondere zur weiteren Verbesserung der individuellen Förderung jeder Schülerin und jedes Schülers, intensiviert. Durch die Neufassung des Schulgesetzes sollen eine hohe Bildungsqualität bei gleichzeitiger Bildungsgerechtigkeit und ein wohnortnahes wie leistungsfähiges Schulangebot sichergestellt werden.

Der Weg einer an Ergebnissen und Erträgen orientierten Steuerung des Bildungssystems wird in Schleswig-Holstein konsequent fortgesetzt. Die Landesregierung wird die bereits eingeführten Verfahren zur Qualitätssicherung in den kommenden Jahren um Vergleichsarbeiten in den Klassenstufen 6 und 8 der allgemein bildenden Schulen ergänzen. Für die schulische Berichterstattung werden Schulporträts eingerichtet, durch die sich die interessierte Öffentlichkeit über die Arbeit einer Schule informieren kann.

Ich hoffe, dass der vorliegende Bildungsbericht viele Leserinnen und Leser finden und Anstöße zur gemeinsamen Weiterentwicklung des Bildungssystems in Schleswig-Holstein geben wird.



Ute Erdsiek-Rave

Ministerin für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein

Einleitung

In Fortsetzung des ersten Bildungsberichts aus dem Jahre 2004 werden die wesentlichen Daten, Befunde und Maßnahmen zur Qualität vorschulischer und schulischer Bildung für die Schuljahre 2004/05 und 2005/06 in diesem zweiten Bericht für Schleswig-Holstein zusammengefasst.

Der Bericht verfolgt das Ziel,

- die Öffentlichkeit über wesentliche Entwicklungen zu informieren,
- der Beobachtung des Bildungssystems zu dienen,
- Steuerungswissen für Bildungspolitik, Bildungsverwaltung und Schulöffentlichkeit bereitzustellen.

Der zusätzliche Erkenntniswert des „Bildungsberichts für Schleswig-Holstein“ liegt darin, dass vorhandene Daten statistischer Erhebungen, verschiedener Untersuchungen und Studien sowie wesentliche Maßnahmen und Verfahren der Landesregierung im Bereich vorschulischer und schulischer Bildung in übersichtlicher Form zusammengefasst werden. Daraus leiten sich folgende konzeptionelle Merkmale ab:

1. Die inhaltliche Struktur der Darstellung folgt den in der nationalen wie internationalen Berichterstattung bewährten Dimensionen von Kontext-, Prozess- und Wirkungsqualitäten. Zu den „Kontextqualitäten“ zählen aktuelle Rahmenbedingungen für vorschulisches und schulisches Handeln, insbesondere Reformvorhaben, ergänzt durch Grundinformationen zur materiellen und personellen Ausstattung der Bildungseinrichtungen. „Prozessqualitäten“ umfassen Maßnahmen zur Personal-, Schul- und Unterrichtsentwicklung. „Wirkungsqualitäten“ beschreiben auf der Grundlage von abgesicherten Daten die Struktur der Bildungsabschlüsse, den Umgang mit Bildungszeit, die Schulqualität, die Kompetenzentwicklung von Schülerinnen und Schülern in zentralen Bereichen und das Ausmaß an verwirklichter Chancengleichheit. Der Bericht stützt sich hier insbesondere auf

- den „VERA-Landesbericht 2005“, in dem Ergebnisse von Vergleichsarbeiten in den Fächern Deutsch und Mathematik im vierten Schuljahr für Schleswig-Holstein dargestellt werden (<http://www.uni-landau.de/vera>),
- den EVIT-Landesbericht mit zusammengefassten Ergebnissen der EVIT-Erhebungen und EVIT-Besuche (<http://www.evit.lernnetz2.de/>),
- die Ergebnisse des zweiten PISA-Ländervergleichs für Schleswig-Holstein, PISA 2003-E (<http://pisa.ipn.uni-kiel.de/pisa2003>).

2. Der Bericht greift so weit wie möglich auf aktuelle statistische Angaben und Ergebnisse empirischer Studien als abgesicherte Indikatoren von Qualität zurück, die sich auf fortschreibbare Datensätze stützen und zum Teil bundesweit vergleichende Aussagen zulassen. Durch Veränderungen in der Erhebung statistischer Daten, neue Berichte der statistischen Landesämter und des statistischen Bundesamtes, Ergebnisse zusätzlicher Vergleichsarbeiten und die Ergebnisse des EVIT-Landesberichts, der alternierend zum Bildungsbericht alle zwei Jahre erscheint, wird die Basis der indikatorengestützten Berichterstattung in den kommenden Jahren schrittweise verbreitert. Dabei soll neben einer möglichst

ergänzenden Orientierung am nationalen Bildungsbericht auch auf eine internationale Anbindung geachtet werden.

3. Die Darstellung anhand von Indikatoren wird ergänzt um eine Zusammenfassung von neuen Regelungen, Maßnahmen und Verfahren, die veränderte Rahmenbedingungen setzen und die Prozessgestaltung im vorschulischen und schulischen Bereich lenken. Dabei folgt der Bericht durchgängig einer fachlich abgesicherten wie sachlichen Beschreibung und verzichtet auf Interpretationen.

4. Der Bericht stellt die Situation vorschulischer und schulischer Bildung in Schleswig-Holstein in den Vordergrund und unterscheidet sich daher vom Gliederungsaufbau des gemeinsamen Bildungsberichts von Bund und Ländern. Er folgt aber dem zweijährigen Veröffentlichungszyklus und so weit wie möglich den entsprechenden Inhaltsbereichen des Berichts „Bildung in Deutschland“, um inhaltlich anschlussfähig zu sein.

Die Federführung zur Erstellung dieses Berichts, an dem die Qualitätsagentur des IQSH mitgearbeitet hat, liegt beim Ministerium für Bildung und Frauen Schleswig-Holstein.

A Daten zu Rahmenbedingungen vorschulischer und schulischer Bildung in Schleswig-Holstein

Die Bevölkerungsentwicklung übt einen nachhaltigen Einfluss auf das Bildungswesen aus. Der deutliche Rückgang der Geburtenzahlen seit 1990 von rd. 29.000 um 17% auf rd. 24.000 im Jahr 2004 hat anhaltende Auswirkungen auf die Schülerzahlenentwicklung der einzelnen Bildungsbereiche in Schleswig-Holstein. Während an den Grundschulen der Rückgang im Jahr 2000 bereits eingesetzt hatte, konnten die übrigen Schularten in den folgenden Jahren noch steigende Zahlen aufweisen. An den Hauptschulen sind die Zahlen seit 2004, an den Realschulen seit 2005 rückläufig, die übrigen Schularten (Gymnasien, Gesamtschulen, berufsbildende Schulen) weisen nach wie vor Anstiege aus. Die Auswirkungen des Geburtenrückgangs werden an diesen Schularten wegen des längeren Verbleibs der Schülerinnen und Schüler zeitverzögert einsetzen.

Die Prognose der demografischen Entwicklung macht für die kommenden Jahre gezielte Maßnahmen in der Schulentwicklungs- und Bildungsplanung erforderlich.

Nach der landesinternen Bevölkerungsvorausberechnung vom Januar 2005, basierend auf der 10. koordinierten Bevölkerungsprognose des Bundes und der Länder, werden sich die bildungsrelevanten Alterskohorten bis 2020 wie folgt entwickeln:

Landesergebnisse der 10. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung - bildungsrelevante Altersgruppen -

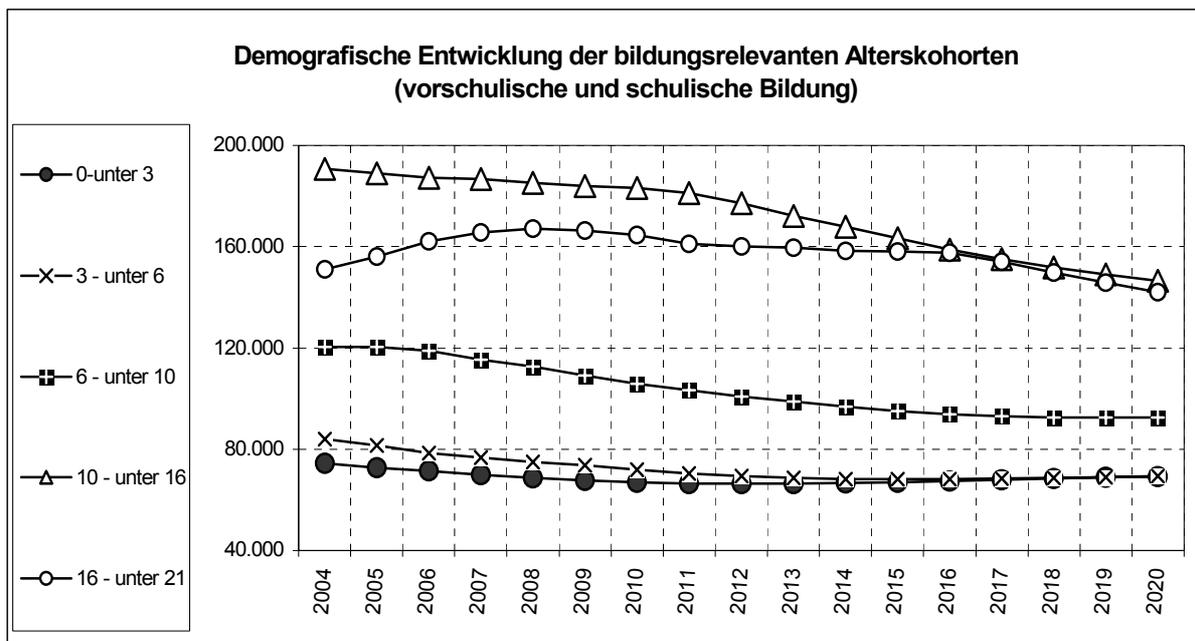
absolute Werte und Messzifferverlauf (2004 = 100)

	Bevölkerung im Alter von ... bis unter... Jahren									
	unter 3	Mess- ziffer	3 - 6	Mess- ziffer	6 - 10	Mess- ziffer	10 - 16	Mess- ziffer	16 - 21	Mess- ziffer
2004	74.375	100	84.010	100	120.262	100	190.800	100	151.050	100
2005	72.729	98	81.438	97	120.454	100	188.959	99	156.097	103
2010	66.889	90	71.902	86	105.778	88	183.178	96	164.499	109
2015	66.966	90	68.041	81	95.089	79	163.422	86	157.977	105
2020	69.219	93	69.463	83	92.520	77	146.543	77	141.888	94

Quelle: Landesergebnisse der 10. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Schleswig-Holstein bis 2020 (Statistikamt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Januar 2005), eig. Berechnungen

Bis auf die Gruppen der 16- bis 21-Jährigen und der 6- bis 10-Jährigen weisen alle Alterskohorten bereits seit 2005 rückläufige Zahlen auf. Die Zahl der jüngeren Kinder im Krippenalter wird bis 2010 um rd. 10% sinken und ab 2016 wieder leicht steigen. Die Zahl der Kinder im Kindergartenalter wird bis 2015 knapp 20% unter dem Stand des Jahres 2004 liegen und danach wieder leicht ansteigen. Die Zahl der 6- bis 10-Jährigen, d. h. die Grundschüler, wird gegenüber dem Ausgangsjahr bis 2010 um 12% und bis 2015 um 21% zurückgehen. Ab 2017 stagniert der Rückgang bei einem Minus von rd. 23% gegenüber der Zahl von 2004.

Ebenfalls sichtbar nimmt die Zahl der 10- bis 16-Jährigen (Sek I - Bereich) ab. Ihr Rückgang gegenüber 2004 wird 2010 bei 4%, 2015 bei 14% und 2020 bei 23% liegen. Die Gruppe der 16- bis 21-Jährigen, die die Entwicklung in der Sekundarstufe II und an den berufsbildenden Schulen bestimmt, wird in den kommenden Jahren insgesamt um 11% im Jahr 2008 anwachsen, dann wird ein allmählicher Rückgang einsetzen. Damit sind die stärksten Rückgänge in den Gruppen mit den deutlichsten Auswirkungen für das allgemein bildende Schulwesen festzustellen.



Quelle: Landesergebnisse der 10. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Schleswig-Holstein bis 2020 (Statistikamt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Januar 2005), eig. Berechnungen

Die Konsequenzen der demografischen Entwicklung reichen weit über die Auswirkungen auf die Schülerzahlenentwicklung hinaus. Rückgehende Geburtenzahlen bei gleichzeitig steigender durchschnittlicher Lebenserwartung werden zu einer zunehmenden Alterung der Gesellschaft führen. Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sinkt, während die Zahl der Älteren stetig zunimmt. Entscheidende Voraussetzung zum Erhalt der Arbeitsproduktivität trotz des Rückgangs der Zahl der Erwerbstätigen sind eine gute Bildung sowie eine hohe Qualifikation der Beschäftigten. Um dem erhöhten Qualifikationsbedarf gerecht zu werden, bedarf es vielfältiger Anstrengungen des gesamten Bildungswesens. Die vorhandenen Ressourcen, von den finanziellen Mitteln über die Gebäude und Ausstattungen der Schulen bis hin zum Einsatz der Lehrkräfte, müssen optimal gebündelt und effektiv eingesetzt werden.

Die wachsende Bedeutung von Bildung für die gesellschaftliche Entwicklung eines Landes und seine Wettbewerbsfähigkeit spiegelt sich auch im Haushalt bei den Bildungsausgaben wieder. Die finanziellen Aufwendungen für schulische Bildung sind in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Im Jahr 2003¹ wurden in Schleswig-Holstein 4.500 € je Schülerin und

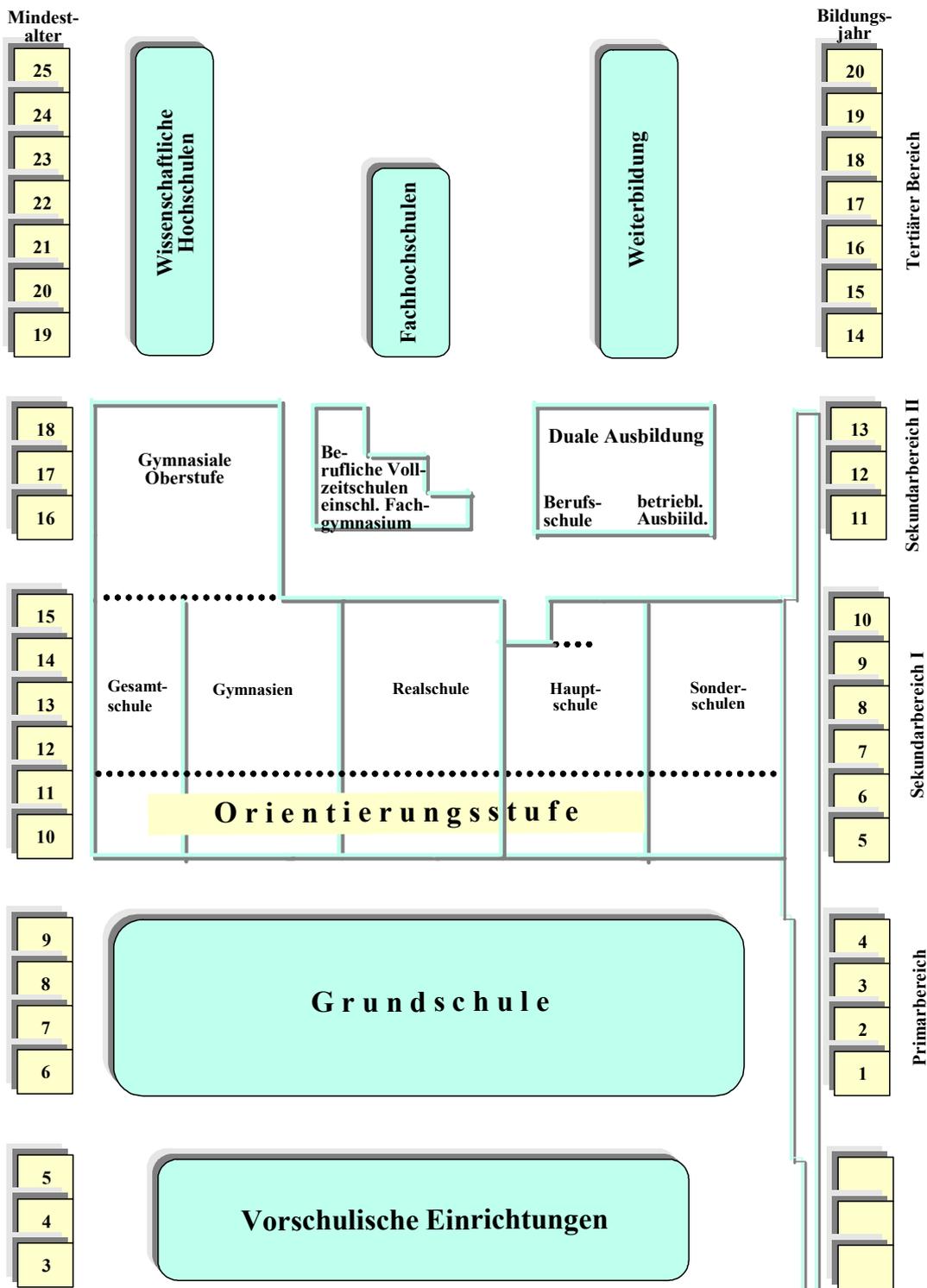
¹ Letzter verfügbarer Datenstand des Statistischen Bundesamtes, veröffentlicht April 2006

Schüler ausgegeben, im Jahr 2000 lagen die Aufwendungen noch bei 4.300 € je Schülerin und Schüler. Die Differenzierung nach Schularten weist für die allgemein bildenden Schulen im Jahr 2003 Kosten in Höhe von 4.800 € je Schülerin und Schüler und für die berufsbildenden Schulen von 3.500 € aus.

Die schleswig-holsteinischen Ausgaben für die allgemein bildenden Schulen sind vergleichbar mit denen der Flächenländer West. Bei den berufsbildenden Schulen weist Schleswig-Holstein um 200 € höhere Ausgaben pro Jahr und Schüler als der Durchschnitt der Flächenländer auf.

B Bildungspolitische Rahmenbedingungen

1 Aufbau des Bildungswesens in Schleswig-Holstein



Der Bericht bezieht sich auf die Schuljahre 2004/05 und 2005/06, daher fehlen Hinweise auf mögliche Veränderungen nach Verabschiedung des neuen Schulgesetzes ab 2007.

2 Bildung in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege

2.1 Statistische Grunddaten

In Schleswig-Holstein gab es am 31.12.2002² ein vorschulisches Betreuungsangebot von insgesamt 1.635 Einrichtungen mit 93.643 Plätzen. Beim überwiegenden Teil der Einrichtungen handelte es sich um Kindergärten (74%), 4% entfielen auf Horte und 1% auf Kinderkrippen. Die übrigen 21% sogenannter anderweitiger Einrichtungen sind Kombinationen verschiedener Tageseinrichtungen unter einem Dach bzw. altersgemischte Gruppen. Träger dieser Einrichtungen sind zu ca. 75 % die verschiedenen Wohlfahrtsverbände, hinzukommen öffentliche (Städte und Gemeinden) und verschiedene private Träger.

2.2 Leitlinien zum Bildungsauftrag

Lebenslanges Lernen in öffentlicher Verantwortung beginnt mit dem Besuch von Kindertageseinrichtungen, die schon in den siebziger Jahren vom Deutschen Bildungsrat als „erste Stufe des Bildungswesens“ bezeichnet wurden (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung, Bd. 1, Stuttgart 1973). Gemäß Bundesrahmengesetz (Sozialgesetzbuch VIII - Kinder- und Jugendhilfe; SGB VIII) tragen die Kreise und kreisfreien Städte als Jugendhilfeträger die Planungs- und Gesamtverantwortung für die Einrichtungen.

Die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen weisen darauf hin, dass positive Erfahrungen während der frühen Kindheit den Kindern helfen, Sprache zu erwerben, Problemlösungsverhalten zu entwickeln, gute Beziehungen zu Gleichaltrigen aufzubauen und weitere verschiedene Fähigkeiten zu erwerben, die für das ganze Leben von Bedeutung sind. Der Abschnitt von der Geburt bis zu den ersten Lebensjahren ist mit keiner anderen Lebensphase gleich zu setzen. Es gibt für bestimmte Entwicklungsbereiche günstige Zeitfenster, in denen die Fortschritte relativ leicht zu machen sind oder aber durch negative Einflüsse gebremst werden können. Da immer mehr und auch immer jüngere Kinder dem Wunsch der Eltern entsprechend Kindertageseinrichtungen besuchen, sollte diese Zeit genutzt werden, um die individuelle Entwicklung der Kinder zu fördern.

Der Bildungsauftrag ist im Sozialgesetzbuch vorgegeben: „Der Förderungsauftrag umfasst Erziehung, Bildung und Betreuung des Kindes und bezieht sich auf die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung des Kindes. Er schließt die Vermittlung orientierender Werte und Regeln ein. Die Förderung soll sich am Alter und Entwicklungsstand, den sprachlichen und sonstigen Fähigkeiten, der Lebenssituation sowie den Interessen und Bedürfnissen des einzelnen Kindes orientieren und seine ethnische Herkunft berücksichtigen.“ (§ 22 Abs. 3 SGB VIII).

Im Kindertagesstättengesetz von Schleswig-Holstein wurde das Bildungsverständnis (2005) konkretisiert, um sicherzustellen, dass die Kinder mit den wesentlichen Themen unserer Bildungs- und Kulturtraditionen in Berührung kommen. Dadurch werden Grundlagen für die

² Letzter verfügbarer Datenstand, Erhebungen zu Kindertageseinrichtungen werden alle vier Jahre durchgeführt.

weitere schulische und berufliche Entwicklung, für den privaten Lebensweg und die Teilnahme an einer demokratischen Bürgergesellschaft gelegt.

Die freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe und ihre Fachkräfte gestalten die pädagogische Arbeit in den Kindertageseinrichtungen in eigener Verantwortung. Viele Einrichtungen haben sich bereits mit dem Thema Bildungsauftrag – u. a. auch im Zusammenhang mit Qualitätssicherungsverfahren und der Konzepterstellung – befasst und dieses umgesetzt.

Die individuelle und gesellschaftliche Bedeutung frühkindlicher Bildungsprozesse ist allerdings zu groß, um ihre Förderung allein vom Engagement einzelner Personen oder einzelner Träger abhängig zu machen. Deswegen haben auch die Jugendministerkonferenz und die Kultusministerkonferenz den Beschluss zum „Gemeinsamen Rahmen der Länder für die frühe Bildung in Kindertageseinrichtungen“ gefasst.

Auf dieser Grundlage wurden im Jahr 2004 in Schleswig-Holstein vom Bildungsministerium gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden, Vertreterinnen und Vertreter von Fachschulen und der Fachhochschule sowie der Landeselternvertretung für Kindertageseinrichtungen Leitlinien erarbeitet, die den Blick auf den Bildungsauftrag lenken und Hilfen für eine Neuordnung der pädagogischen Arbeit geben. Diese wurden zur Erprobung an alle Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein verteilt und in regionalen Veranstaltungen diskutiert. Um die Erfahrungen mit den Leitlinien zu ermitteln, wird eine Evaluation durchgeführt, deren Ergebnisse in 2006 für eine Überarbeitung genutzt werden. Zusätzlich werden Handreichungen für die einzelnen Bildungsbereiche erarbeitet und regionale Fachtage und Fortbildungsveranstaltungen zu den Bildungsleitlinien angeboten.

2.3 Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen

Neben der inhaltlichen Konkretisierung des Bildungsauftrages wurden durch die Änderung des Kindertagesstättengesetzes und des Jugendförderungsgesetzes in 2005 die Informations-, Anhörungs- und Mitwirkungsrechte der Elternvertretungen auf Landes- und Kreisebene gestärkt und finanziell mit bis zu 35.000 € jährlich abgesichert.

Das Land hält - trotz sinkender Kinderzahlen - an der Höhe der Landesmittel von 60 Mio. € fest. Daneben leistet das Land einen Beitrag zur qualitativen Weiterentwicklung und zur Umsetzung des Bildungsauftrages, indem es seit 2006 vor allem in die Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher investiert. Es werden Multiplikatoren qualifiziert, die die Kindertageseinrichtungen dabei unterstützen, den Bildungsauftrag besser wahrzunehmen. Für die inhaltliche Weiterentwicklung stellt das Land pro Jahr 200.000 € zur Verfügung.

2.4 Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen

Nach dem Besuch einer Kindertageseinrichtung wechseln die Kinder in die Grundschule, für deren Leistungsfähigkeit der Staat verantwortlich ist. Die Lehrkräfte in den Grundschulen knüpfen an den Entwicklungsstand an, den die Kinder in ihren Familien und in den Kindertageseinrichtungen erreicht haben. Der Anschluss an das schulische Lernen wird umso besser

gelingen, wenn die Inhalte und Methoden des Lernens vorschulischer und schulischer Bildung sich ergänzen und sie aufeinander bezogen sind. Anschlussfähigkeit bedeutet aber nicht, die Kindertageseinrichtungen dem Schulsystem anzugliedern und schulischem Lernen anzupassen.

In den Kindertageseinrichtungen werden – ergänzend zu den Leistungen in den Familien – die Grundlagen geschaffen, auf denen die Schule aufbauen kann. Bildung und Erziehung in den Familien und Kindertageseinrichtungen sind im Hinblick auf die entwicklungspsychologisch vorgegebenen Zeitfenster breit angelegt (Schulung aller Sinne, Bewegung, Sprache etc.). Der Bildungs- und Erziehungsauftrag umfasst selbstverständlich auch die Aufgabe, allen Kindern die angemessenen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Schulstart zu ermöglichen.

Um den Übergang in die Grundschule zu erleichtern, hat das Bildungsministerium in Zusammenarbeit mit Vertretern und Vertreterinnen der Wohlfahrtsverbände und der Landeselternvertretung von Kindertageseinrichtungen „Empfehlungen zur Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und Jugendhilfe“ erarbeitet, die zu Beginn des Schuljahres 2004/05 zur Erprobung an alle Kindertageseinrichtungen und Grundschulen verschickt wurden.

Auf der Grundlage dieser Empfehlungen soll die Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und anderen Kooperationspartnern verstärkt werden, um den Kindern den Übergang von den Kindertageseinrichtungen in die Schulen zu erleichtern. Dazu wurde bei der Novellierung im Jahre 2005 das Kindertagesstättengesetz dahingehend geändert, dass die Kindertageseinrichtungen und die Grundschulen verpflichtet werden zu kooperieren und darüber eine schriftliche Vereinbarung zu treffen.

2.5 Vorschulische Sprachförderung

Sprachliche Fähigkeiten sind entscheidend für Schulerfolg und Bildungschancen. Neben der Familie kommt deshalb den Kindertageseinrichtungen eine zentrale Aufgabe zu. Je besser die Sprach- und Sprechentwicklung im Elementarbereich gelingt, desto günstiger sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Mitarbeit in der Schule. Deshalb wurde in Schleswig-Holstein das „integrative Sprachförderkonzept“ entwickelt. Dieses Konzept berücksichtigt nicht nur die unterschiedlichen Schwerpunkte wie z. B. die Unterstützung des natürlichen Zweitspracherwerbs bei Kindern mit Migrationshintergrund oder die Therapie von Kindern mit Sprachstörungen durch entsprechende Fachkräfte, sondern verknüpft erstmals die Arbeit der beteiligten Institutionen und Personen in einem Netzwerk. Alle Förderelemente von der allgemeinen Sprachförderung bis hin zur sprachheilpädagogischen Arbeit wurden in ein erweitertes Gesamtkonzept integriert, das nicht nach Zuständigkeiten trennt, sondern die Sprachförderung als Ganzes begreift. Flankiert wird dieses Konzept durch die Aufnahme eines Moduls zur Sprachförderung in die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher.

In den Einschulungsgesprächen wird für das Schuljahr 2006/07 auch der Sprachstand beobachtet und bewertet. Für Kinder, die bereits eine Kindertageseinrichtung besuchen, können parallel längerfristig gewonnene Beobachtungsergebnisse des Sprachstandes hinzuge-

zogen werden. Wird auf dieser Basis ein Förderbedarf festgestellt, nehmen die Kinder an Sprachintensivmaßnahmen (SPRINT-Maßnahmen) teil (vgl. hierzu auch Kapitel C 2.2). Diese fanden im ersten Halbjahr 2006 erstmals für ca. 2.300 Kinder vor Schuleintritt mit dem Ziel statt, dass jedes Kind bei der Einschulung über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügt. Ab 2007 – nach der Änderung des Schulgesetzes – wird die Teilnahme an diesen Maßnahmen verpflichtend sein. Insgesamt stehen in dieser Legislaturperiode für die vorschulische Sprachförderung 27 Mio. € zur Verfügung (Stand: März 2006).

2.6 Qualifizierung der Erzieherinnen, Erzieher und Tagespflegepersonen

Durch das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) und Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz (KICK) ist die Tagespflege im Hinblick auf Bedarfsgerechtigkeit und Qualitätsorientierung gestärkt worden. Auf Landesebene wird diese durch den Bundesgesetzgeber verfolgte Absicht aufgenommen. Der in den „Richtlinien über die Grundqualifikation von Tagespflegepersonen“ vom 14. Oktober 1994 niedergelegte Ausbildungsgang wird um die Leitlinien zum Bildungsauftrag von Kindertageseinrichtungen und deren Bildungsverständnis ergänzt. Die Landesregierung unterstützt entsprechende Kurse mit einem Zuschuss.

Auf die veränderten Anforderungen der Praxis an sozialpädagogische Fachkräfte wurde in Schleswig-Holstein bereits vor zehn Jahren mit einer umfassenden Änderung der Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher reagiert, die konsequent weiter entwickelt wird. Ziel ist die Steigerung der Qualität der Ausbildung und daraus folgend ein höheres Qualifikationsniveau. Die Ausbildung ist deshalb durch folgende Rahmenbedingungen gekennzeichnet:

- Eingangsvoraussetzung ist der mittlere Schulabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine gleichwertige Alternative.
- Die praktische Ausbildung in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ist in den dreijährigen Bildungsgang integriert und findet in mindestens zwei verschiedenen Arbeitsfeldern, z. B. in Kindertageseinrichtungen im Elementarbereich und im Kooperationsbereich Schulen und Schulsozialarbeit, statt.
- Im Rahmen der sogenannten Breitbandausbildung wird ein persönlicher Vertiefungsschwerpunkt gewählt.
- In den von Lernbereichen (Sozialpädagogische Theorie und Praxis, Kommunikation und Gesellschaft, Musisch-Kreative Gestaltung, Ökologie und Gesundheit, Organisation, Recht und Verwaltung) wird ein fächerübergreifender Ansatz verfolgt.
- Fremdsprachenunterricht ist verbindlicher Bestandteil der Ausbildung.
- Die praktische Ausbildung in kooperierenden Einrichtungen wird intensiv durch Lehrkräfte betreut.

Im Schuljahr 2004/05 wurden in den drei Ausbildungsjahren insgesamt 1.749 Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet. Seit November 2004 gilt für die Fachschule für Sozialpädagogik ein neuer, kompetenzorientierter Lehrplan. Dieser enthält das Modul Sprachförderung (120 Stunden), das im Hinblick auf die Verstärkung der frühen Förderung von Kindern seit 2005 verbindlicher Bestandteil der Erzieherausbildung ist.

Als entscheidend für die zukünftige Weiterentwicklung wird die Durchlässigkeit des Qualifizierungssystems angesehen, da die berufliche Tätigkeit zukünftig vertiefende Spezialisierung

gen und Zusatzqualifikationen erfordern wird. Zu den bestehenden Weiterbildungsangeboten in der Heilpädagogik und der Motopädagogik (Bewegungsförderung) ist 2005 die Möglichkeit der Qualifizierung zur Fachkraft für Dialog und Anleitung hinzugekommen.

Der überwiegenden Zahl der Erzieherinnen und Erzieher steht außerdem die akademische Weiterbildung offen. Schon heute haben z. B. rund 20 % der Studierenden im Studiengang Sozialpädagogik der Fachhochschule Kiel zuvor eine Erzieherausbildung absolviert. Eine verstärkte Kooperation der Fachschulen für Sozialpädagogik mit Fachhochschulen und Universitäten wird angestrebt, um die Anrechnungsmöglichkeiten auf ein nachfolgendes Studium zu verbessern. Dazu zählt vor allem die Entwicklung von Modulen, die auf ein einschlägiges Fachhochschulstudium anrechenbar sind.

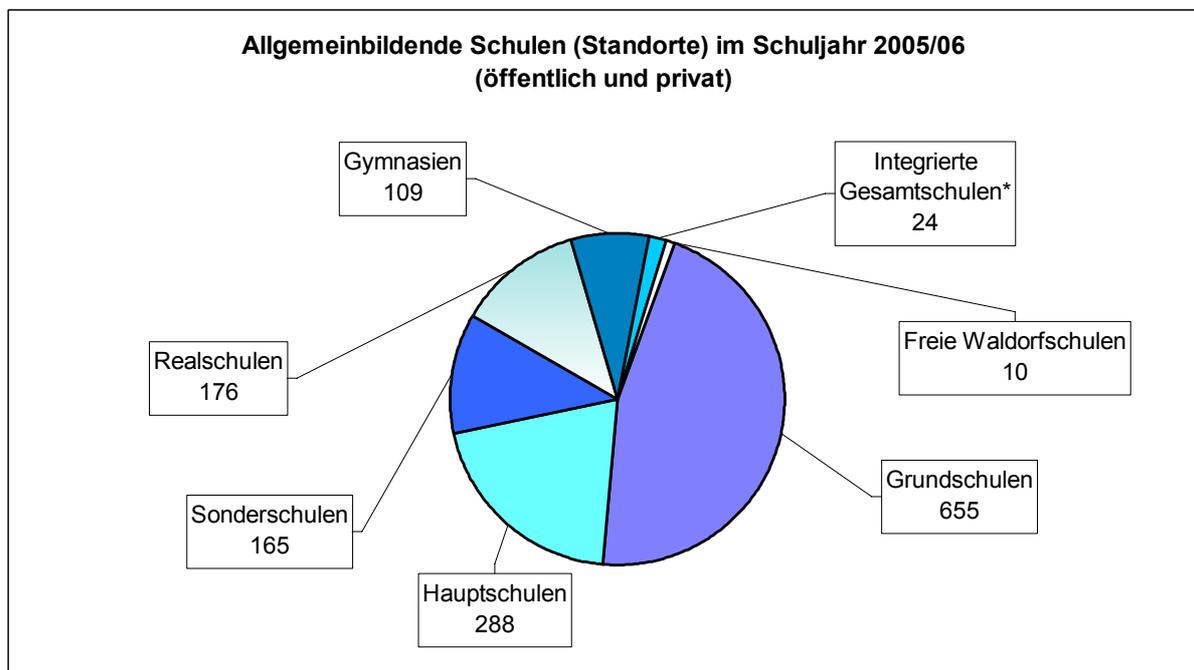
Je nach Arbeitsfeld bestehen unterschiedliche Qualifikationsbedarfe. Für die Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen im Interesse der frühen Förderung der Kinder ist ein hohes Qualifikationsniveau des Leitungspersonals wünschenswert. Hier bietet sich ein Studiengang im Bereich der Elementarpädagogik an, der zugleich die deutlich erkennbare Lücke im Forschungsbereich schließen könnte.

3 Schulischer Bereich

3.1 Daten zum Bildungsangebot

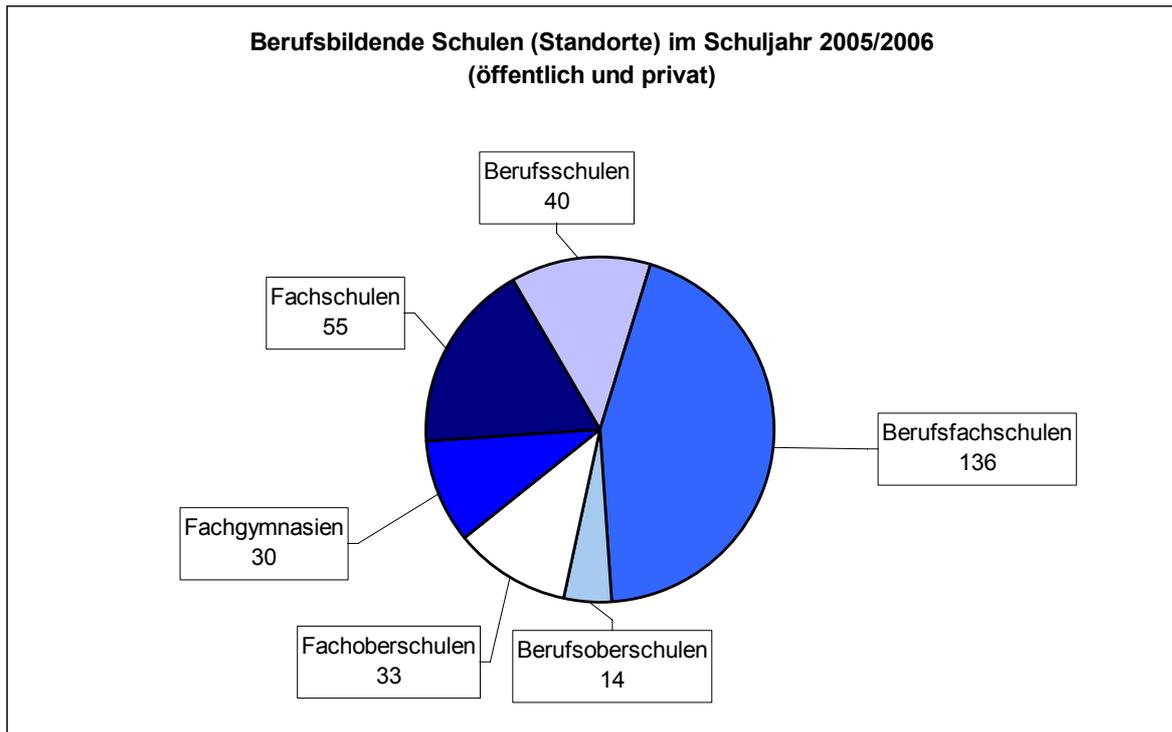
3.1.1 Grunddaten

In Schleswig-Holstein wurden im Schuljahr 2005/06 an insgesamt 1.427 allgemein bildenden (Standorte) und 308 berufsbildenden Schulen (Standorte) 431.023 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Die Schülerzahl ist damit gegenüber dem Vorjahr um 1.116 oder 0,3% gestiegen. Während an allgemein bildenden Schulen insgesamt die Schülerzahl von 342.711 auf 342.640 (-0,02%) zurückgegangen ist, ist sie an berufsbildenden Schulen von 87.196 auf 88.383 (1,5%) gestiegen.



*Kooperative Gesamtschulen werden statistisch jeweils bei Haupt-, Realschule und Gymnasium nachgewiesen.

Quelle: Schulstatistik 2005/06, eig. Berechnungen



Quelle: Schulstatistik 2005/06, eig. Berechnungen

Für den Unterricht standen im Schuljahr 2005/06 insgesamt 23.894 Lehrerinnen und Lehrer³ zur Verfügung, 1,6% mehr als im Vorjahr. 3.552 bzw. 15% der Lehrerstellen entfielen auf die berufsbildenden Schulen, 20.342 bzw. 85% auf die allgemein bildenden Schulen.

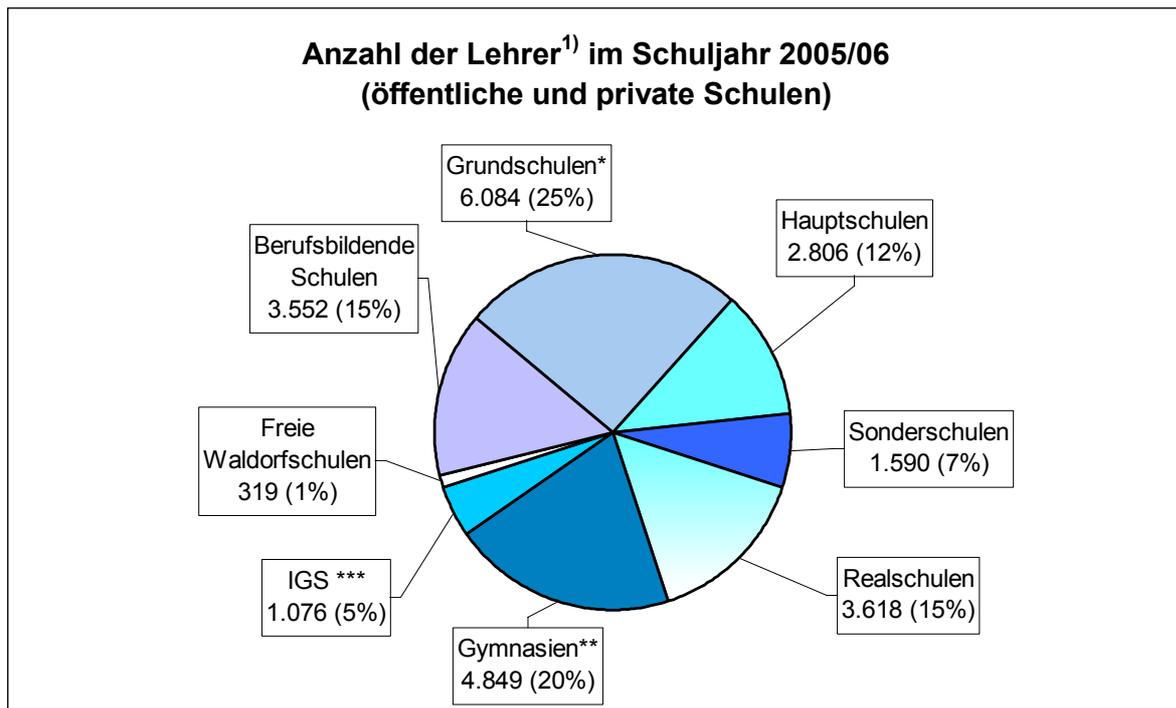
3.1.2 Allgemein bildende Schulen

Der Auftrag der Schule wird bestimmt durch das Recht des jungen Menschen auf eine seiner Begabung, seinen Fähigkeiten und seiner Neigung entsprechende Erziehung und Ausbildung, durch das Recht der Eltern auf eine Schulbildung ihres Kindes sowie durch die staatliche Aufgabe, die einzelne Schülerin und den einzelnen Schüler auf ihre Stellung als Bürgerin und Bürger mit den entsprechenden Rechten und Pflichten vorzubereiten (SchulG §4 Abs.1).

Die allgemein bildenden Schularten gliedern sich in Grundschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule und Freie Waldorfschule. Die Grundschulen und Freie Waldorfschulen stellen pädagogisch gegliedert die Primarstufe (Klassenstufen 1-4).

³ Zur Berechnung der verfügbaren Lehrereinheiten werden die Stunden der teil- und stundenweise beschäftigten Lehrkräfte in sog. Vollzeiteneinheiten umgerechnet und zu der Zahl der vollbeschäftigten Lehrkräfte hinzugezählt.

Die übrigen Schularten sind weiterführende Schulen, die alle einschließlich der Freien Waldorfschule die Sekundarstufe I anbieten (Klassenstufen 5-9 bzw.10). An Gymnasien und Gesamtschulen ist der Besuch der Sekundarstufe II (Jahrgangsstufen 11-13) möglich; die Freien Waldorfschulen bieten ein Vorbereitungsjahr auf eine Fremdenprüfung an. Darüber hinaus gibt es Sonderschulen für Kinder, die aufgrund ihrer Entwicklung oder einer Behinderung eine sonderpädagogische Förderung benötigen. In den folgenden Aufstellungen werden die Angaben der öffentlichen und privaten Schulen zusammengefasst. Da sich die Freien Waldorfschulen keiner Schulart zuordnen lassen, werden sie gesondert erwähnt.



*einschl. Schulkindergarten

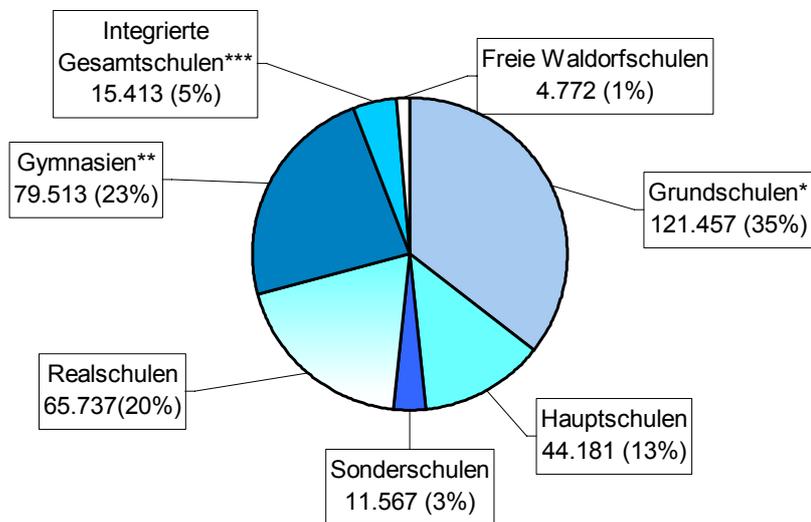
**einschl. Abendschulen

***die Lehrerzahlen der kooperativen Gesamtschulen werden bei den jeweiligen Schularten nachgewiesen

¹⁾ vgl. Fußnote Nr. 3)

Quelle: Schulstatistik 2005/06, eig. Berechnungen

**Anzahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen im
Schuljahr 2005/06
(öffentliche und private Schulen)**



*einschl. Schulkindergarten

**einschl. Abendschulen

***die Schülerzahlen der kooperativen Gesamtschulen werden bei den jeweiligen Schularten nachgewiesen

Quelle: Schulstatistik 2005/06, eig. Berechnungen

Im Vergleich zum Schuljahr 2004/05 ist die Schülerzahl an den Hauptschulen deutlich zurückgegangen. Ebenso haben die Sonder- und Realschulen Rückgänge zu verzeichnen, während die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an den Grundschulen und Freien Waldorfschulen leicht und an den Gymnasien und Gesamtschulen deutlich angestiegen ist. Der Rückgang der Schülerzahlen an den Haupt- und Realschulen ist vor allem auf sinkende Zugänge, während die rückläufige Zahl an den Sonderschulen auf den stetigen Ausbau der integrativen Beschulung zurückzuführen ist. Der Anstieg an den Gesamtschulen ergibt sich vorwiegend aus dem Ausbau einzelner bestehender Gesamtschulen. Die Gymnasien verzeichnen einen deutlich stärkeren Zugang aus den Grundschulen.

Schüler, Klassen Lehrer
Entwicklung an allgemeinbildenden Schulen
 Schuljahre 2004/05 und 2005/06

öffentlich und privat

allgemeinbildenden Schularten	Schüler			Klassen ²⁾			Lehrereinheiten		
	2004/05	2005/06	Verände- rung abs.	2004/05	2005/06	Verände- rung abs.	2004/05	2005/06	Verände- rung abs.
Grundschule	120.417	120.705	288	5.607	5.569	-38	5.868	6.046	178
Hauptschule	46.381	44.181	-2.200	2.235	2.147	-88	2.784	2.806	22
Sonderschulen ¹⁾	11.907	11.567	-340	1.181	1.157	-24	1.604	1.590	-14
Realschule	66.407	65.737	-670	2.805	2.779	-26	3.559	3.618	59
Gymnasium	76.820	79.164	2.344	2.597	2.604	7	4.757	4.827	70
Integr. Gesamtschule ³⁾	14.792	15.413	621	540	553	13	1.050	1.076	26
Freie Waldorfschule	4.716	4.772	56	171	174	3	321	319	-2

1) der Rückgang der Schülerzahlen an Sonderschulen geht einher mit einem Anstieg der Schülerzahlen in Integrationsmaßnahmen

2) einschließlich 11. Jg.

3) der Nachweis der kooperativen Gesamtschulen erfolgt bei den Schularten.

Quelle: Schulstatistik 2004/05 u. 2005/06, eig. Berechnungen

Da die Zunahme der Schülerzahlen vor allem durch eine Erhöhung der Klassenfrequenzen (vgl. Tabelle in Kapitel B 2.3) ausgeglichen wurde, haben sich die Anzahl der Klassen weniger stark verändert als die Anzahl der Schüler. Die Zahl der Lehrkräfte konnte an fast allen Schularten durch das Bereitstellen zusätzlicher Stellen erhöht werden.

3.1.3 Sonderschulen/Förderzentren

In den Sonderschulen bzw. Sonderschulklassen wurden 10.998 Schülerinnen und Schüler unterrichtet, das entspricht einer Sonderschulbesuchsquote von 3,6 %. Diese Quote ist in Schleswig-Holstein als einzigem Bundesland seit einigen Jahren in dem Maße rückläufig, wie die Zahl der integrativ beschulten Schülerinnen und Schüler steigt. Die Lehrkräfte der 155 Sonderschulen und Sonderschulteile (Verbundsysteme, z. B. Grund- und Hauptschule mit Förderschulteil) des Landes unterstützen den Prozess, die allgemein bildenden Schulen integrativer zu gestalten. Im Schuljahr 2005/06 ist das erfolgt, indem diese Lehrkräfte dort 5.741 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, der durch die Schulaufsicht festgestellt wird, beraten, fördern und im Team unterrichten.

Entsprechend den Empfehlungen der Kultusministerkonferenz (1994ff.) gibt es landesweit neun Förderschwerpunkte:

- Lernen
- Sprache
- Emotionale und soziale Entwicklung
- Sehen
- Hören
- Körperliche Entwicklung
- Geistige Entwicklung
- Autismus
- Langfristige Erkrankung

Zu allen Förderschwerpunkten gibt es Förderzentren, die die Beschulung der Schülerinnen und Schüler präventiv und integrativ in allen Schularten unterstützen oder sie in den Förderzentren selbst unterrichten.

Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf die Bereiche Integration, Prävention und Beschulung im Förderzentrum in Schleswig-Holstein im Schuljahr 2005/06:

Verteilung der Förderschwerpunkte in Schleswig-Holstein 2004/05	Kinder u. Schüler präventiv und kompensatorisch vom Förderzentrum gefördert	Schüler integrativ in allgem. bildenden Schulen unterstützt	Schüler im Förderzentrum unterrichtet	Anteil der Schüler in integrativen Maßn. an allen Schülern der jeweiligen Maßnahme	Anteil der Schüler in SH in integrativen Maßn. an allen integrativ beschulten Schülern der jeweiligen Maßnahme im Bund (2003) ²⁾
Lernen		3.658	6.921	34,6 %	11,5 %
Sprache	6.537	745	506	59,5 %	21,7 %
Emot. u. soziale Entw.	959	191	173	52,5 %	28,4%
Sehen	175	222	0	100,0 %	23,2 %
Hören	355	324	161	66,8 %	19,7 %
Körperliche Entwicklung (BUK) ¹⁾	68	124	444	21,8 %	16,1 %
Geistige Entwicklung	0	159	2.793	5,4 %	2,8 %
Autistisches Verhalten	0	52	0	100 %	
Kranke	0	0	0		
nachgehende Förderung	0	134	0	100 %	
sonstige Maß.	0	132	0	100 %	
alle Förderschwerpunkte		5.741	10.998	34,3 %	12,9 %

¹⁾ Beratung und Unterstützung Körperbehinderter

²⁾ Die letzten verfügbaren Daten der KMK, Statistische Veröffentlichungen (177), beziehen sich auf das Jahr 2003

Im Schuljahr 2005/06 wurden in Schleswig-Holstein mehr als ein Drittel (34,6 %) aller Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Förderschwerpunkt „Lernen“ integrativ beschult. Ebenso erhielten knapp 60% der Kinder im Förderschwerpunkt „Sprache“, über die Hälfte im Schwerpunkt „Emotionale und soziale Entwicklung“ sowie 67% mit einer Hörschädigung und 100% der Schülerinnen und Schüler mit einer Sehschädigung

ihren Schulunterricht an einer allgemein bildenden Schule. Insgesamt liegt die Quote der integrativ beschulten Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein mit fast 35 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt (2003) mit 13 %. Bei den Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ hat Schleswig-Holstein jedoch gegenüber Bundesländern wie Hamburg noch einen erheblichen Nachholbedarf.

3.1.4 Berufsbildende Schulen

Ein vielfältiges Bildungsangebot der berufsbildenden Schulen soll Schülerinnen und Schülern die erforderliche Grund- und/oder Fachbildung für einen bestimmten Beruf oder ein bestimmtes Berufsfeld vermitteln. Die verschiedenen Bildungsgänge ermöglichen je nach individueller Vorbildung und Fähigkeit außerdem den Erwerb von weiteren, den Abschlüssen allgemein bildender Schulen gleichwertigen Bildungsabschlüssen. Die berufsbildenden Schulen umfassen folgende Schularten: die Berufsschule, die Berufsfachschule, die Fachoberschule, die Berufsoberschule, das Fachgymnasium sowie die Fachschule.

Mit dem Abschluss der Berufsschule für Jugendliche mit einem Ausbildungsverhältnis kann gleichzeitig ein dem Hauptschulabschluss, dem qualifizierten Hauptschulabschluss oder dem Realschulabschluss gleichwertiger Abschluss oder die Fachhochschulreife erworben werden. Der nachträgliche Erwerb eines dem Hauptschulabschluss gleichwertigen Abschlusses ist auch in den Bildungsgängen der Berufsschule (Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr) möglich, die Jugendliche auf eine Ausbildung oder Berufstätigkeit vorbereiten. In den verschiedenen Bildungsgängen der Berufsfachschule kann je nach Eingangsvoraussetzung ein dem Realschulabschluss gleichwertiger Abschluss oder die Fachhochschulreife erlangt werden.

Fachoberschule und Berufsoberschule sind Bildungsangebote für junge Menschen, die nach einer Berufsausbildung die Fachhochschulreife, die fachgebundene oder die allgemeine Hochschulreife erwerben möchten. Am Fachgymnasium wird die allgemeine Hochschulreife erworben. Die Fachschule dagegen dient der beruflichen Weiterbildung; in der mindestens zweijährigen Form bietet sie die Möglichkeit zum Erwerb der Fachhochschulreife.

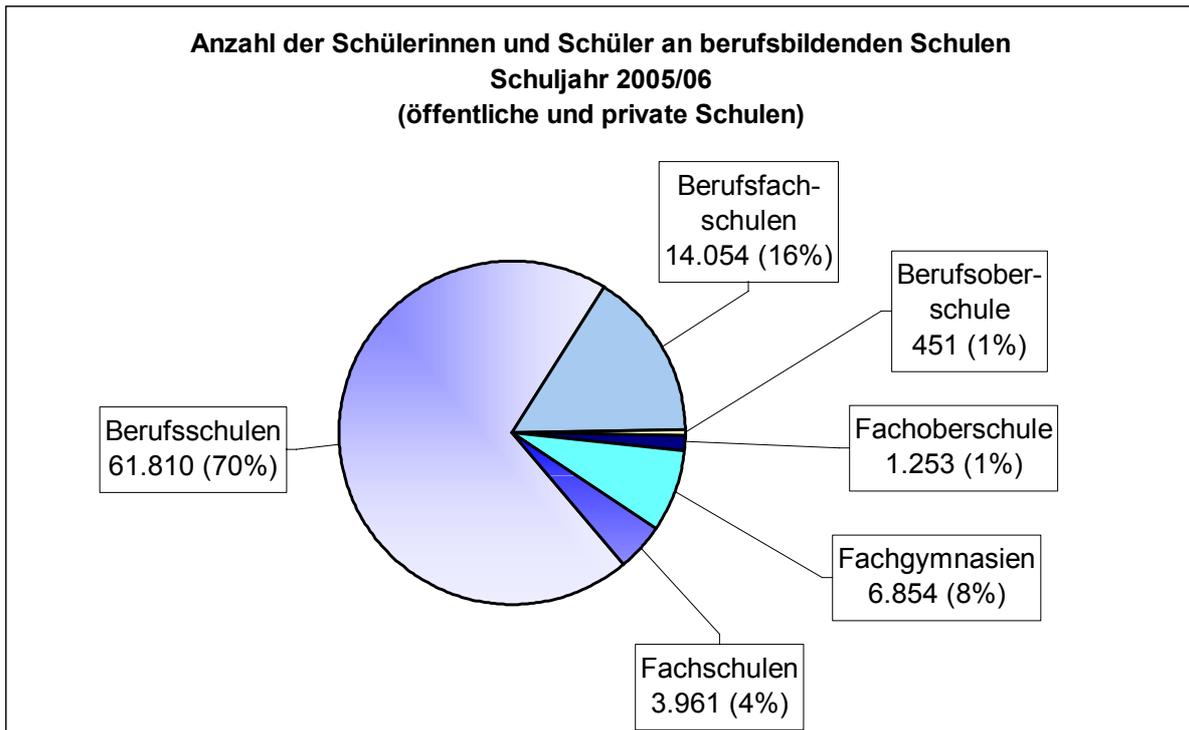
An den Schularten der berufsbildenden Schulen ist die Schülerzahl im Schuljahr 2005/06 gegenüber dem Vorjahr mit Ausnahme der Fachoberschulen angestiegen. Den deutlichsten Anstieg erlebten die Berufsfachschulen, gefolgt von den Berufsschulen und den Fachgymnasien. Entsprechend der Entwicklung der Schülerzahlen sind die Zahl der Klassen und Lehrerstellen an den Berufsfachschulen deutlich angestiegen, demgegenüber sind die Lehrerstellen an den Berufsschulen trotz der Schülerzuwächse zurückgegangen. Die übrigen Schularten weisen moderate Änderungen der Klassen- und Lehrerzahlen aus.

Entwicklung an berufsbildenden Schulen

Schuljahre 2004/05 und 2005/06

	Schüler			Klassen			Lehrereinheiten		
	2004/ 2005	2005 /2006	Ver- ände- rung abs.	2004/ 2005	2005 /2006	Ver- ände- rung abs.	2004/ 2005	2005 /2006	Ver- ände- rung abs.
Berufsschule	61.57	61.81	239	3.394	3.404	10	1.841	1.816	-25
davon:	1	0							
im dualen System	59.27	59.36	97	3.270	3.265	-5	1.643	1.615	-28
(tz)	0	7							
Berufsvorbereitungs- jahr/ Berufsgrundschul- jahr (vz)	2.301	2.443	142	124	139	15	198	201	3
Berufsfachschule (vz)	13.36	14.05	692	583	613	30	850	896	46
	2	4							
Fachoberschule	1.273	1.253	-20	55	56	1	81	86	5
davon:									
(vz)	1.196	1.156	-40	51	52	1	78	83	5
(tz)	77	97	20	4	4	0	3	3	0
Berufsoberschule (vz)	387	451	64	17	21	4	26	29	3
Fachgymnasium (vz)	6.680	6.854	174	-	-	-	459	467	8
Fachschule	3.923	3.961	38	205	204	-1	251	258	7
davon:									
(vz)	3.279	3.395	116	166	166	0	226	235	9
(tz)	644	566	-78	39	38	-1	25	23	-2

Quelle: Schulstatistik 2004/05 u. 2005/06, eig. Berechnungen



Quelle: Schulstatistik 2005/06, eig. Berechnungen

3.2 Indikatoren der Unterrichtsversorgung

Einen Schwerpunkt bei der Gestaltung von Schule bildet angesichts bisher noch insgesamt steigender Schülerzahlen und begrenzter finanzieller Ressourcen die Gewährleistung einer guten Unterrichtsversorgung. Maßnahmen zielen auf die optimale Nutzung vorhandener Ressourcen sowie eine gezielte und bedarfsgerechte Planung der Lehrerrzuweisung, Klassenbildung und Unterrichtsverteilung.

Wichtige Messgrößen der Unterrichtsversorgung sind die statistischen Kennzahlen

- erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler,
- erteilte Unterrichtsstunden je Klasse,
- Schüler-Lehrer-Relation,
- Klassenfrequenz.

Eine Darstellung der Relationen im Verlauf mehrerer Schuljahre zeigt, inwieweit durch Einsatz personeller Ressourcen und Veränderung der Klassenfrequenzen die Erhaltung und Optimierung der Unterrichtsversorgung entsprechend der Entwicklung der Schülerzahlen gesichert wurde. In der nachfolgenden Übersicht sind die Entwicklungen der o. g. Relationen seit dem Schuljahr 2001/02 für die verschiedenen Schularten dargestellt.

Indikatoren der Unterrichtsversorgung an öffentlichen und privaten Schulen

2001/02 bis 2005/06

Schulart	Unterrichtsstunden je Schüler/-in					Unterrichtsstunden je Klasse				
	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06
Grundschule	1,18	1,19	1,21	1,23	1,25	25,4	25,6	25,8	26,5	27,0
Hauptschule	1,53	1,53	1,51	1,52	1,59	31,2	31,3	31,3	31,5	32,6
Förderschule	2,27	2,25	2,27	2,34	2,35	26,0	26,1	26,2	27,1	26,9
Realschule	1,31	1,30	1,29	1,30	1,32	30,5	30,7	30,6	30,9	31,3
Gymnasium (KI.St. 5-10)	1,27	1,27	1,26	1,25	1,25	30,6	30,9	30,8	31,0	31,3
Gymnasium (Jg.St. 11-13)	1,86	1,83	1,79	1,69	1,66	-	-	-	-	-
IGS (KI.St. 5-10)	1,53	1,60	1,59	1,57	1,57	36,8	38,5	38,4	38,2	38,5
IGS (Jg.St. 11-13)	2,15	1,81	1,86	1,71	1,67	-	-	-	-	-
Berufsbildende Schulen (Teilzeitform)	0,64	0,65	0,64	0,63	0,62	11,7	11,8	11,4	11,4	11,2
Berufsbildende Schulen (Vollzeitform)	1,63	1,59	1,55	1,53	1,53	33,0	33,2	32,7	33,3	33,1

Schulart	Schüler/-innen je Lehrer/-in					Schüler/-innen je Klasse				
	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06
Grundschule	21,3	21,1	21,1	20,5	20,0	21,5	21,4	21,4	21,5	21,7
Hauptschule	16,4	16,4	16,7	16,7	15,7	20,5	20,5	20,7	20,8	20,6
Förderschule	9,6	9,6	9,3	9,2	9,0	11,5	11,6	11,6	11,6	11,5
Realschule	18,7	18,8	18,9	18,7	18,2	23,3	23,6	23,7	23,7	23,7
Gymnasium (KI.St. 5-10)	17,1	17,4	17,5	17,6	17,7	24,1	24,3	24,4	24,7	25,1
Gymnasium (Jg.St. 11-13)	11,8	12,1	12,4	13,1	13,7	-	-	-	-	-
IGS (KI.St. 5-10)	14,3	14,5	14,5	14,4	14,5	24,0	24,2	24,2	24,4	24,6
IGS (Jg.St. 11-13)	11,6	12,0	12,1	12,8	13,6	-	-	-	-	-
Berufsbildende Schulen (Teilzeitform)	34,8	34,5	35,2	35,9	36,6	18,3	18,0	17,8	18,1	18,2
Berufsbildende Schulen (Vollzeitform)	13,7	14,2	14,6	14,8	14,8	20,4	21,0	21,2	21,8	21,7

Quelle: Schulstatistik 2001/02 bis 2005/06, eig. Berechnungen

Die Relation der erteilten Unterrichtsstunden je Schülerin/je Schüler dient als Messgröße der Unterrichtsversorgung, sie zeigt an, in welchem Verhältnis Unterrichtsstunden zur Schülerzahl bereitgestellt werden. Im Vergleich zum Vorjahr ist diese Relation an den Grund-, Haupt-, Förder- und Realschulen gestiegen. Ursache hierfür ist die Bereitstellung zusätzlicher Lehrerstellen zum Schuljahr 2005/06 bei rückläufigen Schülerzahlen. Der zu verzeichnende Rückgang dieser Relation an den übrigen allgemein bildenden und den berufsbildenden Schularten trotz zusätzlicher Lehrerstellen ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Schülerzahlen an diesen Schularten zum Teil erheblich angestiegen sind.

Die Frage, wie viele Unterrichtsstunden die Schülerinnen und Schüler im Durchschnitt jede Woche erhalten, wird zumindest für die Schulformen, in denen der Unterricht überwiegend im Klassenverband stattfindet, durch die Relation der erteilten Unterrichtsstunden je Klasse beschrieben. In nahezu allen Schularten ist die Zahl der Unterrichtsstunden je Klasse gestiegen, da steigende Schülerzahlen vorwiegend nicht durch Neubildungen von Klassen, sondern durch eine Erhöhung der Klassenfrequenzen aufgefangen wurden.

Die Versorgung der Schulen mit Lehrpersonal im Verhältnis zur Entwicklung der Schülerzahlen wird durch die Schüler-Lehrer-Relation beschrieben. Diese Relation entwickelt sich analog dem Indikator „Unterrichtsstunden je Schüler“ und stellt dar, wie sich Lehrerstellen und Schülerzahlen je Schulart zueinander verhalten.

Die Relation Klassenfrequenz beschreibt für die Schulformen, in denen der Unterricht in Klassenform organisiert ist, die Größe der durchschnittlichen Lerngruppe. Bei den Förder- und Hauptschulen sowie den berufsbildenden Schulen in Vollzeitform ist im Schuljahr 2005/06 ein Rückgang der Klassenfrequenz gegenüber dem Vorjahr festzustellen, an den übrigen Schularten ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler je Klasse gestiegen oder sie stagniert auf dem Vorjahreswert.

3.3 Entwicklung und Prognose der Schülerzahlen

Die Berechnungen der Prognose von Schülerzahlen basieren auf den Ergebnissen der landesinternen Bevölkerungsvorausberechnung der 10. koordinierten Bevölkerungsprognose des Bundes und der Länder vom Januar 2005 sowie den Ist-Daten der Schulstatistik des Schuljahres 2005/06.

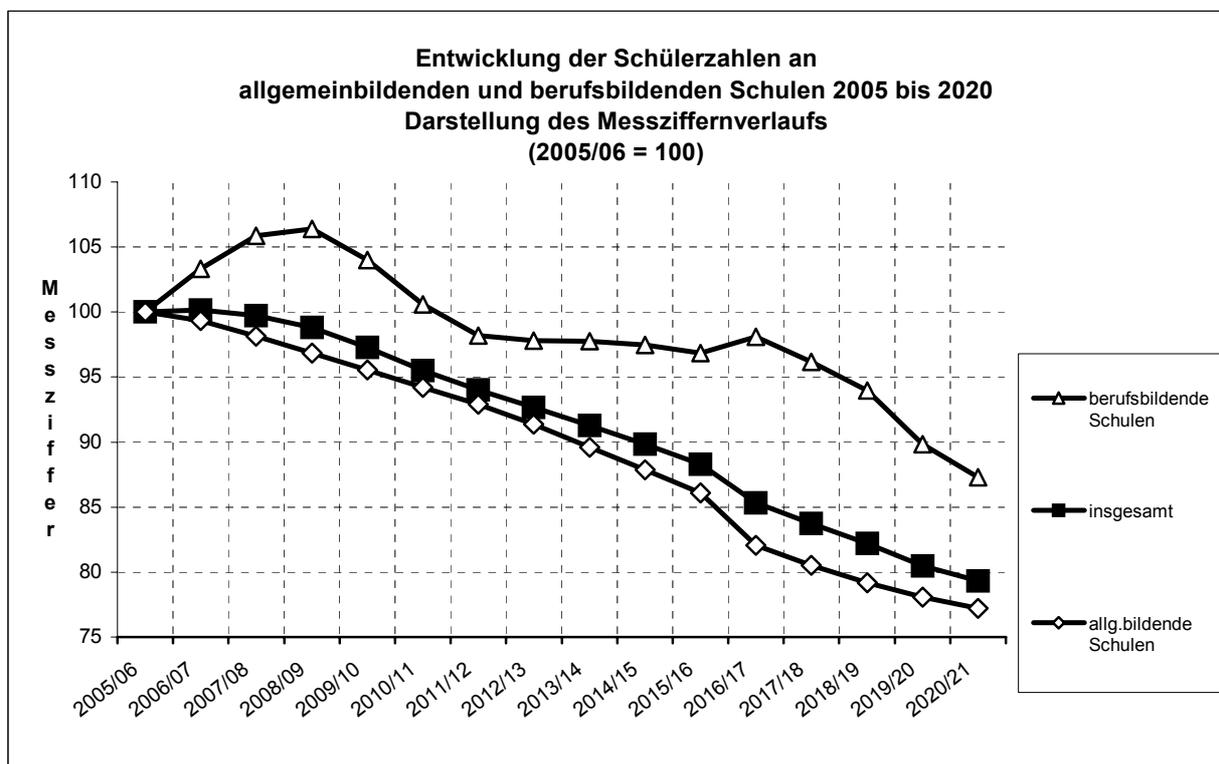
Die Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen ist neben der Bevölkerungsentwicklung abhängig von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, bildungspolitischen Konzepten und Maßgaben sowie Eltern- und Schülerverhalten. Darüber hinaus wird die Prognose der Schülerzahl an berufsbildenden Schulen stark von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusst, insbesondere von der Arbeitsmarkt- und Ausbildungsplatzsituation.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den öffentlichen und privaten allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein wird zum Schuljahr 2006/07 um rd. 700 auf rd. 431.700 steigen und dann stetig und zunehmend zurückgehen. Im Jahr 2010/11 wird die Schülerzahl insgesamt um 4,5% unter dem derzeitigen Stand liegen, im Jahr 2015/16

wird die Differenz zu heute bereits knapp 12% betragen und 2020 werden nahezu 21% weniger Schülerinnen und Schüler an schleswig-holsteinischen Schulen unterrichtet werden als heute (siehe Tabelle am Kapitelende).

Der Verlauf der Messziffernreihen (siehe folgende Grafik), ausgehend vom Jahr 2005/06, zeigt für die allgemein bildenden Schulen bereits einen deutlichen kontinuierlichen Rückgang. Die berufsbildenden Schulen werden bis zum Jahr 2008/09 einen sichtbaren Anstieg der Schülerzahlen und in den folgenden Jahren starke Rückgänge aufweisen. Ab 2012/13 wird der Rückgang einen gemäßigten Verlauf nehmen, ab 2017/18 geht die Schülerzahl erneut stärker zurück.

Ein besonderer Einschnitt zeichnet sich im Schuljahr 2016/17 ab. An den allgemein bildenden Schulen werden die Schülerzahlen um 5% sinken, da im Sommer 2016 an den öffentlichen Gymnasien durch die Einführung der verkürzten Schulzeit im Schuljahr 2008/09 zwei Jahrgänge die Schule verlassen werden. Gleichzeitig steigen durch diese erhöhte Absolvtenzanzahl an allgemein bildenden Schulen im Sommer 2016 die Schülerzahlen an den berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2016/17 um gut 1% an.



Quelle: Landesberechnung der 10. Koord. Bev.prog. 2005, Schulstatistik 2005/06, eig. Berechnungen

Nach einem stetigen Anstieg - seit dem bisherigen Tiefststand Ende der 80er Jahre - hat die Anzahl der Schüler im Jahr 2004/05 an den allgemein bildenden Schulen ihren Höhepunkt erreicht. Seit diesem Schuljahr ist die Schülerzahl rückläufig. Gemessen am Schuljahr 2005/06 wird zum Schuljahr 2006/07 die Schülerzahl um knapp 2.300 sinken. Im Jahr 2010/11 werden rd. 20.000 weniger Schülerinnen und Schüler an schleswig-holsteinischen Schulen lernen und im Jahr 2015/16 wird die Schülerzahl um rd. 14% (rd. 48.000) niedriger liegen als im Jahr 2005/06. Bis 2020/21 wird die Zahl der Schülerinnen und Schüler um mehr als ein Fünftel gesunken sein (siehe folgende Tabelle).

Die Schülerzahl der einzelnen allgemein bildenden Schularten wird vor allen Dingen in den kommenden 5 Jahren einen unterschiedlichen Verlauf nehmen. Während die Grund-, Haupt- und Realschulen bereits rückläufige Schülerzahlen verzeichnen, werden die Zahlen an den Gymnasien bis 2009/10 noch ansteigen. Erst 2014/15 wird das heutige Niveau wieder erreicht werden. Ab 2015 werden dann die Schülerzahlen an Gymnasien kontinuierlich sinken. Die Gesamtschulen werden durch Aufwuchs neu gegründeter Schulen bis zum Schuljahr 2011/12 Schülerzuwächse um knapp 10% verzeichnen. Die Schülerzahl wird bis einschließlich 2015/16 auf dem erreichten Niveau verbleiben und danach allmählich sinken. 2020 werden an Gesamtschulen noch rd. 6% mehr Schülerinnen und Schüler unterrichtet als heute.

An den berufsbildenden Schulen wird die Schülerzahl im Schuljahr 2008/09 ihren Höhepunkt erreichen. Zum Schuljahr 2006/07 wird sie um gut 3% höher ausfallen als im aktuellen Schuljahr. 2010/11 werden noch knapp 1% mehr Schülerinnen und Schüler als heute unterrichtet. Bis 2015/16 sinkt die Schülerzahl um 3% und bis 2020/21 fällt sie um 12% gegenüber dem Stand 2005/06.

Schülerzahlenprognose
Veränderungen der Schülerzahl an öffentlichen und privaten Schulen in Schleswig-Holstein
bis zum Schuljahr 2020/21 gegenüber dem Schuljahr 2005/06

Allgemeinbildende Schulen	Prognoseausgangsjahr 2005/06	2006/07			2010/11			2015/16			2020/21		
	Schüler/-innen	Schüler/-innen	Veränderung gegenüber 05/06		Schüler/-innen	Veränderung gegenüber 05/06		Schüler/-innen	Veränderung gegenüber 05/06		Schüler/-innen	Veränderung gegenüber 05/06	
			abs.	in %		abs.	in %		abs.	in %		abs.	in %
	Ist	Prognose-Werte											
Schulkindergarten	752	745	-7	-0,9	0	-752	-100,0	0	-752	-100,0	0	-752	-100,0
Grundschule	120.705	120.012	-693	-0,6	108.628	-12.077	-10,0	97.075	-23.630	-19,6	93.629	-27.076	-22,4
Hauptschule	44.181	41.727	-2.454	-5,6	37.391	-6.790	-15,4	33.488	-10.693	-24,2	29.995	-14.186	-32,1
Sonderschulen	11.567	11.602	35	0,3	11.244	-323	-2,8	10.362	-1.205	-10,4	9.304	-2.263	-19,6
Realschule	65.737	64.394	-1.343	-2,0	60.585	-5.152	-7,8	54.982	-10.755	-16,4	49.091	-16.646	-25,3
Gymnasium	79.164	80.946	1.782	2,3	83.244	4.080	5,2	77.866	-1.298	-1,6	62.181	-16.983	-21,5
Gesamtschulen	15.413	15.825	412	2,7	16.765	1.352	8,8	16.732	1.319	8,6	16.293	880	5,7
Abendgymnasium	349	356	7	2,0	301	-48	-13,8	301	-48	-13,8	262	-87	-24,9
Freie Waldorfschule	4.772	4.767	-5	-0,1	4.602	-170	-3,6	4.249	-523	-11,0	3.866	-906	-19,0
Allgemeinbildende Schulen zus.	342.640	340.374	-2.266	-0,7	322.760	-19.880	-5,8	295.055	-47.585	-13,9	264.621	-78.019	-22,8

Berufsbildende Schulen	Prognoseausgangsjahr 2005/06	2006/07			2010/11			2015/16			2020/21		
	Schüler/-innen	Schüler/-innen	Veränderung gegenüber 05/06		Schüler/-innen	Veränderung gegenüber 05/06		Schüler/-innen	Veränderung gegenüber 05/06		Schüler/-innen	Veränderung gegenüber 05/06	
			abs.	in %		abs.	in %		abs.	in %		abs.	in %
	Ist	Prognose-Werte											
Berufsschule	61.810	63.273	1.463	2,3	62.332	522	0,8	60.083	-1.727	-2,7	54.426	-7.384	-11,7
Berufsfachschule	14.054	14.563	509	3,5	12.346	-1.708	-11,7	11.903	-2.151	-14,8	10.480	-3.574	-24,5
Fachoberschule	1.253	1.332	79	5,9	1.419	166	12,5	1.359	106	8,0	1.206	-47	-3,5
Berufsoberschule	451	462	11	2,4	548	97	21,0	491	40	8,7	467	16	3,5
Fachschule	3.961	4.028	67	1,7	3.645	-316	-7,8	3.430	-531	-13,2	3.059	-902	-22,4
Fachgymnasium	6.854	7.664	810	10,6	8.634	1.780	23,2	8.332	1.478	19,3	7.531	677	8,8
Berufsbildende Schulen zus.	88.383	91.322	2.939	3,2	88.924	541	0,6	85.598	-2.785	-3,0	77.169	-11.214	-12,3

Schulen insg.	431.023	431.696	673	0,2	411.684	-19.339	-4,5	380.653	-50.370	-11,7	341.790	-89.233	-20,7
----------------------	----------------	----------------	------------	------------	----------------	----------------	-------------	----------------	----------------	--------------	----------------	----------------	--------------

Quelle: Landesberechnung der 10. Koord. Bev.prog. 2005, Schulstatistik 2005/06, eig. Berechnungen

3.4 Schulentwicklungsplanung

3.4.1 Problem und Zielsetzung

Die grundlegenden Verschiebungen im Altersaufbau unserer Bevölkerung werden in den nächsten Jahren zu einem erheblichen Rückgang der Schülerzahlen führen. Allerdings wirken sich die demografischen Veränderungen je nach den örtlichen Gegebenheiten unterschiedlich aus. Früher oder später werden aber alle Teile unseres Landes und alle allgemein bildenden Schularten betroffen sein.

Ziel der Landesregierung ist die Sicherung und zum Teil die Erweiterung/Ergänzung eines möglichst wohnortnahen und pädagogisch hochwertigen Schulangebots in allen Regionen des Landes. Dies fällt in die gemeinsame Verantwortung von Land und kommunalen Schulträgern. Dafür ist eine sorgfältige Schulentwicklungsplanung erforderlich, die regelmäßig anhand der eintretenden Veränderungen zu aktualisieren ist. Insbesondere gilt es, die örtlichen Schulentwicklungspläne auf der Kreisebene und auch zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten zu koordinieren und die Schülerströme zwischen den verschiedenen (auch privaten) Schulträgern zu berücksichtigen.

3.4.2 Maßnahmen

Die nachstehenden Neuregelungen sollen Schulträger und Land in die Lage versetzen, das genannte Ziel zu erreichen:

- Die Aufgabe der Schulentwicklungsplanung bleibt wie bisher bei den Schulträgern. Die Schulträger stellen Schulentwicklungspläne auf und legen sie ihrem Kreis vor, der sie bei der Aufstellung eines Kreis-Schulentwicklungsplans mit berücksichtigt. Die - auch kreisübergreifend abgestimmten - Kreis-Schulentwicklungspläne sollen von den Kreistagen beschlossen werden. Sie sind Grundlage für den Schulbau, die Standortplanung und für schulaufsichtliche Maßnahmen.
- Bei der Bestimmung von Schulstandorten gilt für die Grundschulen, dass die bestehenden Standorte weitgehend erhalten bleiben sollen, gegebenenfalls in der Form von Außenstellen.
- Bei den weiterführenden Schulen soll auch im ländlichen Raum ein Bildungsangebot mit möglichst allen Schulabschlüssen bereitgestellt werden.
- Eine besondere Herausforderung für die Schulentwicklungsplanung der Schulträger entsteht künftig durch das Recht der Eltern, die Schulen für ihre Kinder nach Maßgabe der verfügbaren Kapazitäten grundsätzlich frei zu wählen. Damit werden die Schulen einem stärkeren Qualitätswettbewerb ausgesetzt.

Einschränkungen der freien Schulwahl gibt es in den folgenden Bereichen:

- Bei Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf (um eine pädagogisch sinnvolle und ökonomisch vertretbare Beschulung zu gewährleisten) und

- bei Berufsschulen (im Interesse einer engen Kooperation zwischen Ausbildungsbetrieb und Schule, der gleichmäßigen Auslastung und der fachlichen Differenzierung der beruflichen Schulen).

Die Landesregierung möchte darüber hinaus eine Straffung der Schulträgerschaft erreichen. Die bestehende Schulträgerstruktur in Schleswig-Holstein ist kleinteilig: für die insgesamt 1039 öffentlichen allgemein bildenden Schulen und Sonderschulen gibt es derzeit 370 Träger; 216 Schulträger haben nur eine Schule (Datenbasis 2005/06).

3.4.3 Weitere Entwicklung

Die Umgestaltung der Schullandschaft ist ein dynamischer Prozess, in den auf Dauer alle am Bildungswesen Beteiligten eingebunden werden müssen. Die Schule soll mehr sein als eine Unterrichtsstätte für Schulkinder. Sie hat die Chance, zu einer umfassenderen Bildungs- und Begegnungseinrichtung zu werden, und soll sich als Bestandteil des kommunalen Lebens verstehen. Dies erfordert eine enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Lehrerinnen und Lehrern, Eltern, Schülerinnen und Schülern, Schulaufsicht und Schulträgern. Spielräume für die weitere Entwicklung werden sich aber nur dann ergeben, wenn stets auf einen rationellen Einsatz der zur Verfügung stehenden Ressourcen geachtet wird. Durch die im Entwurf des neuen Schulgesetzes vorgesehenen Neuregelungen soll der Gestaltungsprozess erleichtert werden.

3.5 Übergreifende Maßnahmen im schulischen Bereich

3.5.1 Stärkung schulischer Eigenverantwortung

Maßnahmen zur Stärkung der Eigenverantwortung sollen den Schulen in Schleswig-Holstein erweiterte Handlungsspielräume und zusätzliche Verantwortung für die Gestaltung ihrer Arbeit eröffnen, um den Herausforderungen und Problemen vor Ort angemessen begegnen zu können.

Über die im Folgenden genannten Projekte hinaus gilt das Prinzip, die Eigenverantwortung der Schulen zu stärken, als grundsätzliche Vorgabe bei allen schulrechtlichen wie schulaufsichtlichen Maßnahmen:

- Durch die Dezentralisierung von Verantwortung im Schulbereich wird der unteren Schulaufsichtsbehörde eine Reihe von Befugnissen in der Lehrpersonalverwaltung übertragen. Schulleiterinnen und Schulleiter erhalten zusätzliche Befugnisse bei der Ausschreibung von Stellen und der dienstlichen Beurteilung von Lehrkräften.
- Der Erlass über Personalmaßnahmen im Rahmen von "Geld statt Stellen" sieht u. a. vor, dass Schulleiterinnen und Schulleiter bis zu 10 % der zugewiesenen Planstellen in Haushaltsmittel umwandeln und im Rahmen des zugewiesenen Budgets Lehrkräfte für befristete Beschäftigungsverhältnisse einstellen können.

- Die umfangreichen Erweiterungen der Befugnisse der berufsbildenden Schulen über Art und Umfang ihres Angebots, Befugnisse zum Abschluss von Verträgen, eigenständige Mittel- und Personalbewirtschaftung werden im Bericht unter Kapitel B 2.7.1 ausführlicher vorgestellt.

3.5.2 Unterricht und Verlässlichkeit von Schule sichern

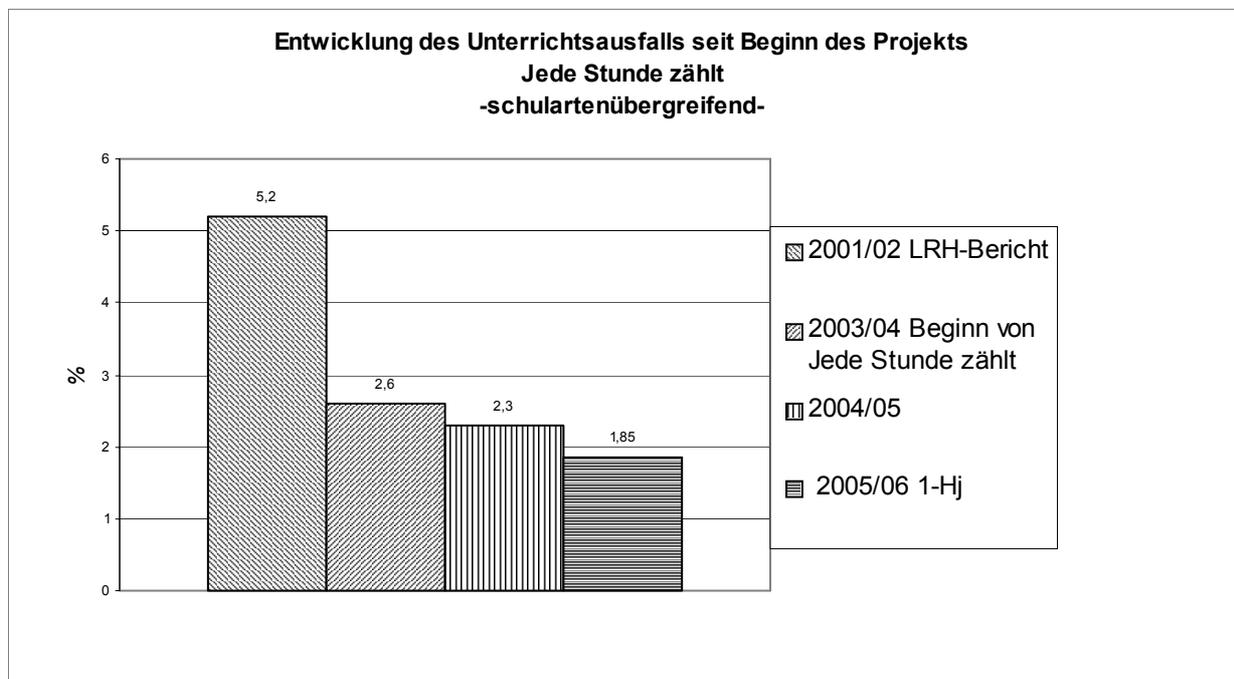
Entwicklung des Unterrichtsausfalls seit dem Schuljahr 2003/04 bis zum 1. Halbjahr 2005/06

Zur nachhaltigen Senkung des Unterrichtsausfalls hat die Landesregierung mit „Jede Stunde zählt“ ein umfassendes Handlungskonzept mit folgenden Maßnahmen entwickelt:

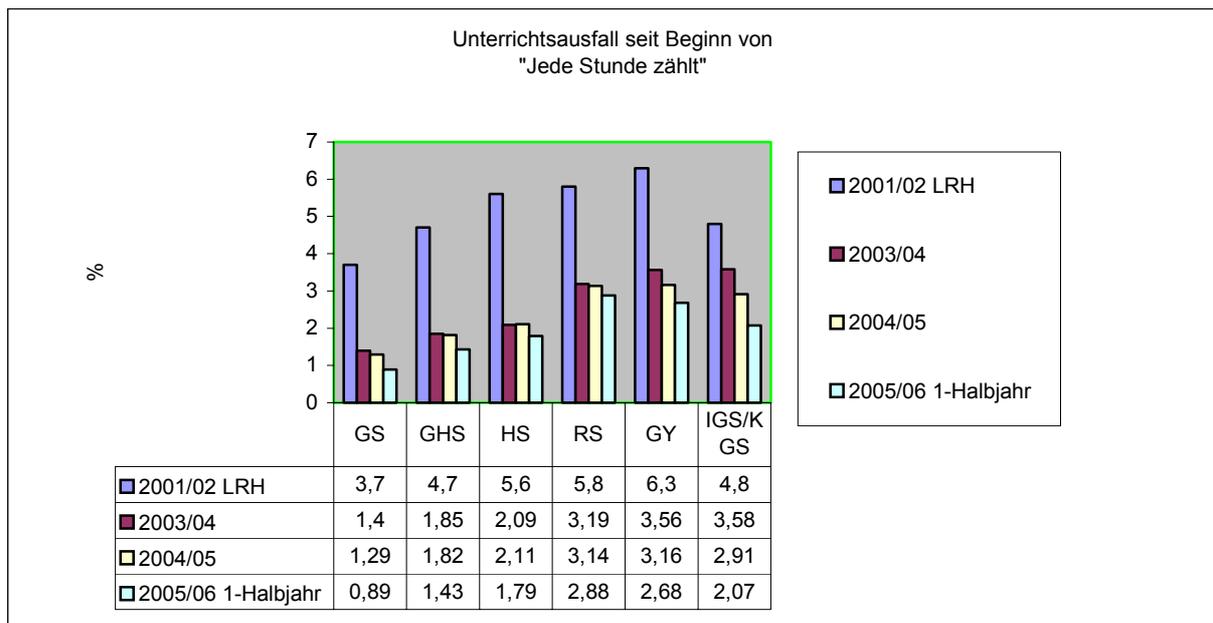
- Bereitstellung zusätzlicher Geldmittel
- Veränderung der Rahmenbedingungen an Schulen
- Verstärkte Anstrengungen der Schulen und Schulämter
- Aufbau eines umfassenden Datenbanksystems

Gemessen an den Bezugsgrößen des Landesrechnungshofes (Bericht über den Unterrichtsausfall im 1.Schulhalbjahr 2001/02) konnte über alle Schularten hinweg der Unterrichtsausfall von 5,2% (LRH-Daten 2001/02) auf 1,85 % (Schuljahr 2004/05 2,3%) reduziert werden. Das entspricht einem Rückgang um 3,35 Prozentpunkte und einer Reduzierung um 64 %.

Damit konnte das Ziel der Landesregierung, den Unterrichtsausfall in der Grundschule weitest gehend zu vermeiden und eine deutliche Reduzierung in den übrigen Schularten zu erreichen, umgesetzt werden.



Bezogen auf den Unterrichtsausfall in den einzelnen Schularten ergibt sich folgende Entwicklung:



Maßnahmen

Die Reduzierung von Unterrichtsausfall wird durch die Zusammenführung verschiedener Maßnahmen, die von Lehrkräften, Schulen und der Landesregierung jeweils in ihrer Zuständigkeit getragen werden, umgesetzt:

- Mit der Gewerkschaft und den Verbänden wurde eine Absprache über organisatorische Regelungen, die den Unterrichtsausfall an den Schulen reduzieren, getroffen.
- Schulen haben Handlungskonzepte zur Vermeidung von Unterrichtsausfall entwickelt, die sowohl organisatorische Vorkehrungen als auch zusätzliche Mittel für Vertretungsunterricht umfassen.
- Dafür stellt die Landesregierung in der laufenden Legislaturperiode jährlich 12,1 Mio. € bereit.

Eingesetzte Mittel

In welcher Größenordnung die Verwendung von Mitteln und organisatorische Maßnahmen zur Unterrichtssicherung beitragen, verdeutlichen folgende Tabellen und die Grafik (Schuljahr 2004/05).

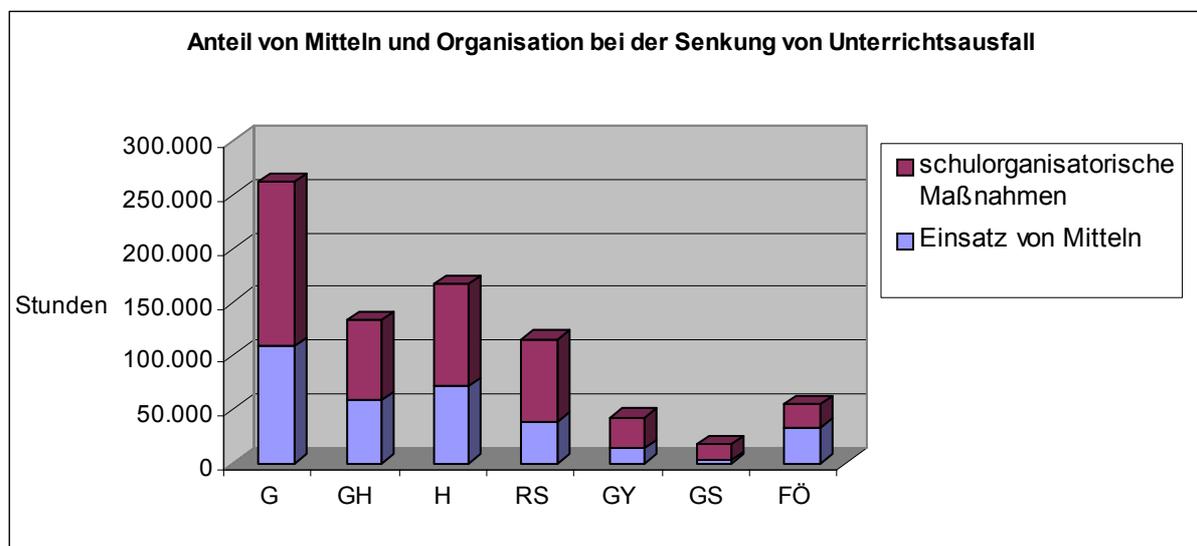
a) Anteil aller kostenwirksamen Vertretungsmaßnahmen am erteilten Unterricht an den allgemein bildenden Schulen (in Prozent):

	GS	GHS	HS	RS	Gym	IGS/ KGS	FÖZ
Summe erteilter Unterrichtsstunden	6.436.863	3.219.125	4.163.678	3.300.337	3.082.731	1.374.270	1.374.270
davon durch kostenwirksame Personalmaßnahmen	108.742	58.636	71.813	38.919	13.239	2.141	32.950
anteilig in %	1,68	1,81	1,72	1,17	0,42	0,33	2,39

b) Anteil organisatorischer Vertretungsmaßnahmen am erteilten Unterricht an den allgemein bildenden Schulen (in Prozent):

	GS	GHS	HS	RS	Gym.	IGS/ KGS	FÖZ
Summe erteilter Unterrichtsstunden	6.436.863	3.219.125	4.163.678	3.300.337	3.082.731	1.374.270	1.374.270
davon durch organisatorische Maßnahmen	152.947	74.910	94.642	76.933	29.789	14.890	21.951
anteilig in %	2,37	2,32	2,27	2,33	0,96	1,08	1,59

c) Anteil von Mitteln und organisatorischen Maßnahmen bei Reduzierung von Unterrichtsausfall:



Der Unterrichtsausfall konnte zu ca. 60 % durch organisatorische Maßnahmen und zu ca. 40 % durch zusätzliche Geldmittel aufgefangen werden.

Im Rahmen von „Jede Stunde zählt“ wurden seit dem Schuljahr 2004/05 bis zum 1. Halbjahr 2005/06 über 2500 Verträge geschlossen.

3.5.3 Maßnahmen zur Qualitätssicherung im schulischen Bereich

Vor allem die Ergebnisse der PISA-Studien 2000 und 2003 haben deutlich gemacht, dass für das gesamte Bildungssystem wie für jede einzelne Schule herausfordernde Ziele, Erfolgskriterien zu deren Umsetzung und Verfahren zu deren Überprüfung festgelegt werden müssen. Lehr- und Lernprozesse sollen stärker als bisher von den erwarteten Ergebnissen her in den Blick genommen werden. Dazu gehört die systematische Überprüfung, ob die erwarteten oder gewünschten Ergebnisse auch tatsächlich erreicht werden.

Ohne die Klarheit einer Analyse, ob und in welchem Ausmaß bestimmte Kompetenzen von den Schülerinnen und Schülern tatsächlich erreicht worden sind, lassen sich keine gezielten Maßnahmen zur Verbesserung erarbeiten. Dies gilt sowohl für die Ebene der Bildungspolitik als auch für die Arbeit in den Schulen. Hinzu kommt, dass in den vergangenen Jahren der Anspruch von den Schülerinnen und Schülern, den Eltern und der Öffentlichkeit gestiegen ist, objektive Informationen zur Qualität einer Schule anhand verbindlicher Qualitätsmaßstäbe zu erhalten.

Diese zunehmende Orientierung an Ergebnissen geht einher mit der in Schleswig-Holstein bereits seit mehreren Jahren leitenden Vorstellung, den Schulen mehr Eigenverantwortung durch erweiterte Gestaltungsmöglichkeiten einzuräumen. Die Kompetenzverlagerung von „oben nach unten“, verbunden mit der Festlegung einheitlicher und verbindlicher Leistungserwartungen, kennzeichnet auch die bei PISA erfolgreichen Staaten.

In der Sicherung schulischer Qualität liegt daher ein wichtiger Bereich bildungspolitischer Aktivitäten der Landesregierung, die dazu in ihrem Arbeitsprogramm eine Reihe von Maßnahmen beschlossen hat:

1. Einführung der KMK-Bildungsstandards,
2. Entwicklung von Vergleichsarbeiten,
3. Weiterentwicklung der externen Evaluation im Team (EVIT),
4. Einführung zentraler Abschlussarbeiten,
5. Einrichtung von Schulporträts,
6. Aufbau einer Qualitätsagentur.

Einführung der KMK-Bildungsstandards

Bildungsstandards setzen in klarer und überprüfbarer Form bestimmte Leistungserwartungen fest, denen die Schülerinnen und Schüler zu einem bestimmten Zeitpunkt ihres Bildungsgangs gerecht werden sollen.

Von der Kultusministerkonferenz beschlossene Standards liegen vor

- für den mittleren Schulabschluss in den Fächern Deutsch, Mathematik, erste Fremdsprache (Englisch, Französisch), Physik, Biologie und Chemie,
- für den Hauptschulabschluss in den Fächern Deutsch, Mathematik und erste Fremdsprache (Englisch, Französisch),
- für den Primarbereich (Ende Klassenstufe 4) in Deutsch und Mathematik.

Mit der Einführung gemeinsamer Bildungsstandards für den Mittleren Schulabschluss, den Hauptschulabschluss (zum Schuljahr 2004/05) und den Primarbereich (zum Schuljahr 2005/06) verbinden alle Länder in der Bundesrepublik Deutschland die Erwartung,

- die Qualität von schulischer Bildung zuverlässig zu sichern,
- die Lernergebnisse der Schülerinnen und Schüler zu verbessern,
- eine kooperative Unterrichtsentwicklung zu befördern,
- die Transparenz und Verbindlichkeit der Leistungsanforderungen zu erhöhen,
- die Möglichkeiten des Aufstiegs in höhere Bildungsgänge zu verbessern,
- die Schülerinnen und Schüler gezielter zu fördern.

Die Einführung der Bildungsstandards an den Schulen Schleswig-Holsteins wird seit dem Schuljahr 2004/05 durch verschiedene Angebote des IQSH und entsprechende Handreichungen unterstützt. Die wesentliche Zielsetzung aller Maßnahmen liegt darin, den Unterricht an zentralen fachlichen Kompetenzen auszurichten und Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, diese Kompetenzen schrittweise im Unterricht zu erwerben.

Das setzt voraus,

- die in den Standards aufgelisteten Kompetenzen im Unterricht konsequent zu vermitteln,
- die Schülerinnen und Schüler sowie ihre Eltern über die in den Standards formulierten Leistungserwartungen zu informieren,
- jeder Schülerin/jedem Schüler ausreichend Gelegenheit zu bieten, möglichst weit auf dem Weg der individuellen Kompetenzentwicklung zu kommen,
- sich durch landesweite Vergleichsarbeiten und zentrale Ländervergleiche zu vergewissern, inwieweit die in den Standards formulierten Kompetenzerwartungen erreicht worden sind.

Die Lehrpläne Schleswig-Holsteins werden Zug um Zug den Erfordernissen angepasst und entsprechend weiterentwickelt.

Vergleichsarbeiten

Vergleichsarbeiten zur landesweiten Evaluation von Schulen und Klassen ergänzen zentrale Testverfahren zum Vergleich der Länder und internationale Testverfahren durch die landesweite Einbindung aller Schulen. Durch Vergleichsarbeiten wird im Unterschied zu Parallelarbeiten der Leistungsstand von Schülerinnen und Schülern zu einem bestimmten Bildungsabschnitt ermittelt. Dabei wird ein schulübergreifender, durch wissenschaftliche Verfahren abgesicherter Bewertungsmaßstab zugrunde gelegt.

Landesweite Vergleichsarbeiten dienen

- der Transparenz und Rechenschaftslegung: Jede Schule erhält zuverlässige Informationen zum Leistungsstand ihrer Schülerinnen und Schüler, orientiert an den Maßstäben der Bildungsstandards.
- der Diagnostik: Zur Verbesserung der Förderung ihrer Schülerinnen und Schüler erhalten Lehrkräfte zusätzliche diagnostische Informationen rechtzeitig vor Abschluss eines Bildungsganges.
- der Verbesserung der Unterrichtsqualität: Die Auswertung der Ergebnisse soll sowohl den innerschulischen fachlichen Austausch als auch die Kooperation der Kolleginnen und Kollegen mit dem Ziel fördern, neue Impulse für die Unterrichtsentwicklung zu setzen.

Neben einer Einschätzung durch den Landesvergleich erhalten Schulen durch Vergleichsarbeiten auch Rückmeldungen darüber, in welchem Umfang die in den Bildungsstandards formulierten Kompetenzerwartungen ca. ein Jahr vor Abschluss des jeweiligen Bildungsganges erreicht worden sind. Das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) entwickelt dazu bis Ende 2008 für alle KMK-Bildungsstandards geeichte Aufgaben mit ausgewiesenen Kompetenzstufen, die den Ländern als bundesweiter Bewertungsmaßstab für Vergleichsarbeiten zur Verfügung gestellt werden.

Um die Ergebnisse für die gezielte Förderung der Schülerinnen und Schüler nutzen zu können, werden Vergleichsarbeiten mindestens 1 Jahr vor Abschluss eines Bildungsganges geschrieben.

Während internationale und nationale Studien repräsentativ durch Stichproben erhoben und von Testleitern durchgeführt werden, sind mit der Durchführung von flächendeckenden Vergleichsarbeiten die Lehrkräfte betraut. Um die Ergebnisse in möglichst kurzer Frist an die Schulen zurückzumelden, damit sie in die Unterrichts- und Schulentwicklung Eingang finden können, werten die Lehrkräfte die Tests ihrer Klasse aus und geben die Korrekturen über das Internet an einen zentralen Server weiter. Von dort erhalten die Schulen umgehend die Testauswertungen mit Ergebnissen auf Klassen-, Schul- und, soweit möglich, Individualebene zurück.

Aus den konzeptionellen Vorgaben – Orientierung an den Bewertungsmaßstäben der KMK-Bildungsstandards, Testzeitpunkt mindestens 1 Jahr vor Abschluss des Bildungsganges, Durchführung als internetbasiertes Verfahren – leiten sich Vergleichsarbeiten ab in den

- Grundschulen in Klassenstufe 3 für die Fächer Deutsch und Mathematik (VERA 3) und in den
- Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und IGS in Klassenstufe 8 für die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch (VERA 8).
- Um in dem relativ langen Zeitraum zwischen der 3. Klassenstufe und der 8. Klassenstufe zusätzliche Informationen zur Ermittlung des Leistungsstandes der Schülerinnen und Schüler zu erhalten, werden darüber hinaus in allen Schularten der Sek I Vergleichsarbeiten in Klassenstufe 6, die sich inhaltlich an den Bildungsstandards für die Primarstufe und die Sek I ausrichten, für die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch geschrieben (VERA 6).

Alle Verfahren werden in Zusammenarbeit mit anderen Ländern entwickelt und durchgeführt, um die umfangreichen Vorbereitungen und die finanziellen Mittel auf ein notwendiges Maß zu beschränken sowie den länderübergreifenden Austausch zu fördern:

- Alle Länder haben sich darauf geeinigt, ab Schuljahr 2007/08 gemeinsame Vergleichsarbeiten für die Grundschule in Nachfolge des Projekts VERA, das in Schleswig-Holstein seit 2004 durchgeführt wird, in Klassenstufe 3 zu schreiben (VERA 3).
- Vergleichsarbeiten in Klassenstufe 6 (VERA 6) werden als Gemeinschaftsprojekt der Länder Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen entwickelt und ab dem Schuljahr 2007/08 durchgeführt.
- Alle Länder haben sich dafür ausgesprochen, sich an einem gemeinsamen Projekt für Vergleichsarbeiten in Klassenstufe 8 (VERA 8) zu beteiligen.

Die genannten Verfahren bauen auf den Grundlagen der Vergleichsarbeiten für die Grundschulen (VERA 3/4) auf und nutzen die seit 2004 vorliegenden Erfahrungen, um eine inhaltliche wie organisatorische Kontinuität sicherzustellen.

Zeitplan

VERA 3:	Klasse 3 der Grundschule: Deutsch, Mathematik	ab Schuljahr 2006/07 zum Ende der 3. Klasse, ab Schuljahr 2007/08 Beteiligung aller Länder
VERA 6:	Klasse 6 für alle allgemein bildenden Schulen der Sek I : Deutsch, Mathematik, Englisch	schrittweiser Beginn ab Schuljahr 2007/08
VERA 8:	Klasse 8 für alle allgemein bildenden Schulen der Sek I : Deutsch, Mathematik, Englisch	schrittweiser Beginn ab Schuljahr 2007/08

Weiterentwicklung der „Externen Evaluation im Team (EVIT)“

Seit Anfang 2004 wird EVIT als Verfahren zur externen Evaluation von Schulen in Schleswig-Holstein landesweit durchgeführt. Die Landesregierung hat beschlossen, EVIT unter Einbeziehung von neuen Verfahren zur Qualitätssicherung der Schulen weiterzuentwickeln.

EVIT setzt für die Evaluation schulischer Qualität bestimmte Maßstäbe, die aus den Vorgaben des Landes Schleswig-Holstein – Schulgesetz und Lehrpläne – abgeleitet werden und dem derzeitigen Stand wissenschaftlicher Verfahren entsprechen. EVIT beschränkt sich auf die Bereiche schulischer Qualität, die für den Bildungs- und Erziehungsauftrag einer Schule zentral wichtig sind.

In dieser Perspektive soll EVIT dazu beitragen, dass Schulen

- über ihre Stärken, Defizite und ihren Entwicklungsbedarf Rechenschaft ablegen können.
- sich vergewissern, welche Wirkungen durch die schulische Arbeit erzielt werden.
- Impulse für die weitere schulische Entwicklung erhalten.

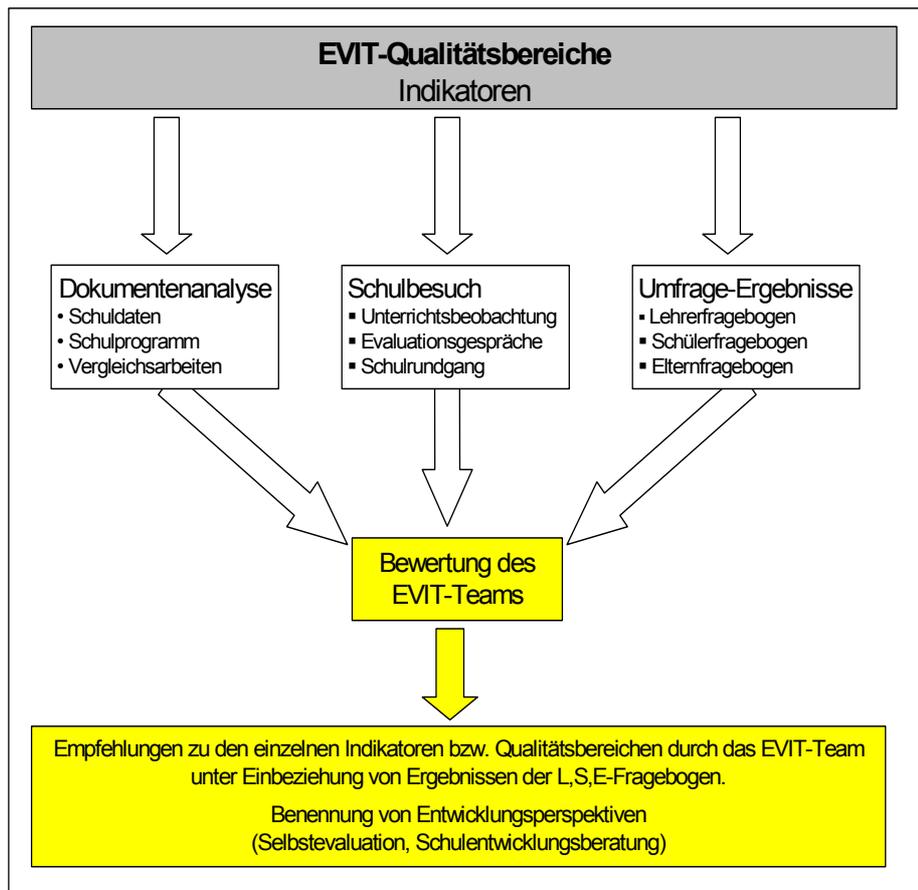
In einem alle zwei Jahre vorgelegten EVIT-Landesbericht werden im Wechsel mit dem Bildungsbericht für Schleswig-Holstein zentrale Ergebnisse aller EVIT-Besuche zusammengefasst und als Steuerungswissen für die Weiterentwicklung der Schulen und des Schulsystems veröffentlicht.

EVIT ergänzt die bisherige Arbeit der Schulaufsicht, indem ihre Vertreterinnen und Vertreter die Geschäftsführung für die systematische Überprüfung der Arbeit der einzelnen Schule übernehmen. Für die externe Evaluation werden auf regionaler Ebene für jeden Schulaufsichtsbezirk Evaluationsteams gebildet. Dazu gehören

- eine Vertreterin/ein Vertreter der Schulaufsicht,
- eine Vertreterin/ein Vertreter des IQSH,
- eine Schulleiterin/ein Schulleiter einer vergleichbaren Schule in der Region.

Die EVIT-Teams, deren Mitglieder gleichberechtigt zusammen arbeiten, werden vom geschäftsführenden Vertreter/von der geschäftsführenden Vertreterin der Schulaufsicht im gegenseitigen Einvernehmen zusammengestellt. Die Schulleiterin/der Schulleiter der zu evaluierenden Schule benennt als drittes Mitglied des EVIT-Teams eine Schulleiterin/einen Schulleiter einer vergleichbaren Schule in der Region.

Zur Vorbereitung des Verfahrens werden die Einschätzungen von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern zur Qualität der Schule durch eine Umfrage ermittelt und verschiedene statistische Daten sowie Dokumente ausgewertet.



Um die Wirksamkeit von EVIT zu überprüfen, wurden die im Jahre 2004 durchgeführten EVIT-Besuche systematisch ausgewertet und wie folgt bilanziert:

Positive Ergebnisse sind darin begründet, dass

- die Zielsetzung von EVIT, Anstöße zur schulischen Entwicklung, insbesondere zur Unterrichtsgestaltung zu geben, in den meisten EVIT-Verfahren erfüllt wird.
- EVIT auf zunehmende Akzeptanz stößt.
- die technisch-organisatorische Seite des Verfahrens trotz einiger Mängel funktioniert.
- sich der Ansatz, EVIT-Teams zu bilden und die Schulaufsicht einzubinden, bewährt hat.

Die kritischen Punkte der Bilanz werden darin gesehen, dass

- das Verfahren zur Umsetzung von Konsequenzen des EVIT-Besuchs nicht klar genug geregelt ist.
- 6 Jahre und mehr als Evaluationszyklus zu lang sind.
- die EVIT-Besuche und EVIT-Berichte noch nicht ausreichend standardisiert sind.
- Aufwand und Ertrag unterschiedlich beurteilt werden.
- eine überregionale Infrastruktur für die Koordination, Vorbereitung, Qualitätskontrolle und Auswertung der Prozesse sowie eine ständige Qualifizierung der EVIT-Teams fehlt.

Auf der Grundlage dieser Bilanz wurde EVIT seit Beginn des Jahres 2005 in folgenden Punkten überarbeitet:

1. Verbindliche Regelungen zur Sicherung der schulischen Weiterentwicklung nach dem EVIT-Besuch

Der in der Regel zweitägige Evaluationsbesuch des EVIT-Teams an der Schule erfolgt zum vereinbarten Termin und entspricht einer Ablaufplanung, die im Vorbereitungsgespräch festgelegt wurde. Das EVIT-Team bewertet alle Indikatoren und fasst auf dieser Grundlage die Ergebnisse in einem kurzen Bericht zusammen. Die Rückmeldungen zur Qualität ihrer Arbeit, die die Schule durch den EVIT- Abschlussbericht erhält, werden zur professionellen Auseinandersetzung mit den Ergebnissen genutzt. Die mit der Schulleiterin/dem Schulleiter abgesprochenen Zielsetzungen zur Weiterentwicklung werden in Form einer schriftlichen Vereinbarung zwischen der zuständigen Schulaufsicht und der Schulleiterin/dem Schulleiter festgehalten. Sie führen im Regelfall zur Weiterarbeit am Schulprogramm.

2. Verkürzung des Evaluationszyklus auf vier Jahre

Ab dem 01.08.2006 stehen der Schulaufsicht wie dem IQSH zusätzliche personelle Ressourcen zur Verfügung, um die Verkürzung des EVIT-Zyklus auf vier Jahre durch eine entsprechend erhöhte Anzahl der durchzuführenden Besuche an den Schulen zu verkürzen. Die neuen Mitglieder der EVIT-Teams werden durch verpflichtende Veranstaltungen der Qualitätsagentur des IQSH für ihre Aufgabe qualifiziert.

3. Indikatoren zur Beobachtung der Unterrichtsqualität

Um das Ziel der EVIT-Unterrichtsbesuche zu erreichen, begründete und nachvollziehbare Rückmeldungen zur Unterrichtskultur einer Schule zu formulieren, orientiert sich das EVIT-Team an einem Referenzrahmen für die Unterrichtsbeobachtung, der sich auf wesentliche, wissenschaftlich abgesicherte Indikatoren beschränkt. Der in Zusammenarbeit mit Prof. Andreas Helmke, Universität Landau, entwickelte Unterrichtsbeobachtungsbogen lässt ausdrücklich Raum für die notwendige Vielfalt der Unterrichtsgestaltung und vermeidet die Einengung auf bestimmte Unterrichtskonzepte oder Methoden.

4. Aufbau einer überregionalen Steuerung des Verfahrens in der Qualitätsagentur des IQSH

Die neu gegründete Qualitätsagentur des IQSH sorgt durch die Einrichtung einer EVIT-Geschäftsführung für die

- konzeptionelle Weiterentwicklung,
- zentrale organisatorische wie inhaltliche Koordination,
- Sicherung von Qualitätsstandards,
- organisatorische Unterstützung der EVIT-Teams und EVIT-Schulen,
- Sicherstellung der Online-Erhebung.

Darüber hinaus wertet die EVIT-Geschäftsstelle alle EVIT-Berichte systematisch aus und fasst die wesentlichen Ergebnisse in einem zweijährigen EVIT-Landesbericht zusammen.

5. Weitere Standardisierung des Verfahrens

Die EVIT-Berichte werden auf der Grundlage einer vorgegebenen Formatvorlage verfasst, um Aussagekraft und Übersichtlichkeit der Berichte zu erhöhen, den Arbeitsaufwand zu reduzieren und für vergleichbare Voraussetzungen bei der Berichtserstellung zu sorgen.

Einführung zentraler Abschlussprüfungen

Die Landesregierung plant die schrittweise Einführung zentraler Prüfungen für alle Abschlüsse allgemein bildender Schulen, d. h. für das Abitur, für den Hauptschulabschluss und für den Mittleren Schulabschluss.

Vorbereitung und Durchführung der Abschlussprüfungen in der Sek I werden so weit wie möglich analog zu den Strukturen des Zentralabiturs angelegt. Die Verfahren sollen mit Hilfe des Internet umgesetzt werden, um eine sichere und rasche Übermittlung von Aufgaben und Ergebnissen mit möglichst geringem Aufwand zu gewährleisten.

In einem ersten Schritt wird die erstmalige Durchführung des Zentralabiturs zum Schuljahr 2007/08 vorbereitet. Dazu werden unter Federführung der zuständigen ministeriellen Fachaufsicht in Zusammenarbeit mit Hamburg Aufgaben erstellt. Folgende Verfahrensschritte sind vorgesehen:

- Die Abiturprüfungsverordnung wurde in Bezug auf die Erstellung der schriftlichen Aufgaben im Jahre 2005 angepasst.
- Das Zentralabitur erfasst die Fächer der ersten Leistungskurse (Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen, Naturwissenschaften, d. h. insgesamt 10 Fächer). Die anderen Fächer werden dezentral mit Aufgaben ausgestattet.
- Für die Fächer mit zentral gestellten Aufgaben werden verbindliche Unterrichtsinhalte der Jahrgänge 12 und 13 festgelegt und den Schulen mitgeteilt.

Die zentralen Aufgaben werden in Fachkommissionen erarbeitet, in denen vor allem Lehrkräfte vertreten sind, die bisher fachaufsichtlich die Abituraufgaben geprüft und Abiturklausuren drittkorrigiert haben. Für die Prüfung und Genehmigung der dezentralen Aufgaben bleibt das bisherige Verfahren gültig.

Die Korrektur der schriftlichen Abituraufgaben erfolgt wie bisher in Erst- und Zweitkorrektur an den Schulen sowie mit einer stichprobengestützten regelmäßigen Drittkorrektur durch die Fachaufsicht.

Zeitlicher Rahmen:

Das erste zentrale Abitur ist zum Abschluss des Schuljahres 2007/08 vorgesehen.

Für die Durchführung zentraler Prüfungen an den anderen Schularten sind Änderungen des Schulgesetzes oder der Prüfungsbestimmungen in Vorbereitung. Die Planungen sehen vor, zentrale Prüfungen für den Hauptschul- und den Mittleren Schulabschluss zum Schuljahr 2008/09 einzuführen.

Einrichtung von Schulporträts im Internet

Für die schulische Berichterstattung werden zum zweiten Halbjahr des Schuljahrs 2006/07 im Internet Schulporträts eingerichtet, durch die sich die interessierte Öffentlichkeit über die Arbeit einer Schule informieren kann. Dafür werden auf der Grundlage einheitlicher Kriterien und einer gleichen Datenmaske im Internet wesentliche Informationen zur einzelnen Schule veröffentlicht. Schulen sollen die Schulporträts nutzen, um sich mit ihrem pädagogischen Angebot, ihren inhaltlichen Schwerpunkten und sonstigen Aktivitäten der Öffentlichkeit vorzustellen.

Die Zielsetzung von Schulporträts liegt darin,

- Transparenz über die Leistungen, Angebote wie Schwerpunkte der einzelnen Schule herzustellen und die Vergleichbarkeit schulischer Angebote zu fördern,
- eine interessierte Öffentlichkeit direkt und aktuell über die schulische Arbeit zu informieren,
- die Rechenschaftslegung und Qualitätsentwicklung einer Schule zu unterstützen,
- den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen Schulen zu fördern.

Es ist mit diesem Verfahren jedoch nicht beabsichtigt, eine Rangliste mit Leistungsergebnissen von Schulen aufzustellen.

Die für ein Schulporträt notwendigen Qualitätsbereiche, Kriterien und Indikatoren orientieren sich an EVIT als Referenzrahmen schulischer Qualität in Schleswig-Holstein und berücksichtigen die beschlossenen Maßnahmen zur Vermeidung von Wiederholungen bzw. Schrägversetzungen.

Aufbau einer fachlich unabhängigen Qualitätsagentur des IQSH

Durch die Einrichtung einer Qualitätsagentur zum 1. April 2006 unter dem Dach des IQSH soll die Umsetzung der bildungspolitischen Schwerpunkte im Bereich der Qualitätssicherung sichergestellt werden. Die Qualitätsagentur entwickelt und betreut im Auftrage des MBF verschiedene Verfahren zur Schulentwicklung wie zur Evaluation schulischer Arbeit und stellt der Bildungsverwaltung, der Schulaufsicht, einzelnen Schulen und der Öffentlichkeit empirisch abgesicherte Daten zur Verfügung, die für die Steuerung und Weiterentwicklung des Bildungssystems, der Regionen und einzelner Schulen genutzt werden sollen.

Die mit diesen Dienstleistungen verbundenen Aufgaben erfordern eine wissenschaftlich fundierte Arbeitsweise insbesondere im Hinblick auf die Verwendung empirischer Methoden der Sozialwissenschaften und die Berücksichtigung des aktuellen Arbeitsstandes in allen Bereichen der Beobachtung der Leistungsfähigkeit des Bildungssystems sowie der Evaluation von Schulen. Die Qualitätsagentur bedarf zur Umsetzung ihres Auftrages, Daten zu erfassen und zu verarbeiten, einer eigenen Logistik sowie einer zuverlässigen Internetkommunikation mit allen Schulen. Der geplante Ausbau des „Landesnetzes Bildung“ bietet die dafür notwendigen technischen Voraussetzungen.

Die Aufgabenbereiche der Qualitätsagentur lassen sich folgenden Schwerpunkten zuordnen (<http://iqsh.lernnetz2.de/content/qualitaet.php>):

1. EVIT, Verfahren der internen Evaluation schulischer Arbeit, Bildungsberichterstattung, Schulporträts
 - EVIT: Konzeptionelle Weiterentwicklung, zentrale organisatorische und inhaltliche Koordination, Sicherung von Qualitätsstandards, Sicherstellung der Online-Erhebung, Zusammenfassung und Auswertung der Daten und Berichte, organisatorische Unterstützung der Schulen und der EVIT-Teams, Vorlage eines Landesberichts,
 - Bereitstellung von Verfahren zur internen Evaluation schulischer Arbeit (Online-Befragungen, Testverfahren, Fragebögen, Qualitätsindikatorensystem),
 - Fortschreibung der Konzeption eines SH-Bildungsberichts, Weiterentwicklung eines Indikatorensystems, Vorlage eines Bildungsberichts in einem zweijährigen Zyklus,
 - Konzeption, Einrichtung und Betreuung von Schulporträts, Sicherstellung einer funktionierenden Kommunikation mit den Schulen.

2. Vergleichsarbeiten, diagnostische Tests, Umsetzung zentraler Abschlussprüfungen, Large Scale Assessments (PISA, TIMSS, IGLU, DESI etc.)
 - Entwicklung, Vorbereitung, Übermittlung und Auswertung von zentralen Vergleichsarbeiten in den Jahrgängen 3, 6, 8 bzw. 9 für die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch,
 - Bereitstellung eines Pools von Aufgaben zur Einführung der Bildungsstandards,
 - organisatorisch-technische Vorbereitung, Übermittlung und Auswertung von zentralen Abschlussarbeiten für alle Schularten,
 - Begleitung und Umsetzung der von der KMK beschlossenen nationalen wie internationalen Schulleistungsvergleichsuntersuchungen auf Landesebene, Auswertung der Ergebnisse im Hinblick auf Schleswig-Holstein,
 - Entwicklung diagnostischer Tests zur Evaluation von Maßnahmen zur Förderung der Schülerinnen und Schüler.

3. Bildungsstandards, Weiterentwicklung der Lehrpläne
 - Mit der Einführung von Bildungsstandards sollen mittelfristig die Lehrpläne der allgemein bildenden Schulen Schleswig-Holsteins zu Kerncurricula weiterentwickelt werden, um die Kompatibilität zu den KMK-Bildungsstandards zu erhöhen und den Schulen mehr Freiräume zur Gestaltung ihrer pädagogischen Arbeit zur Verfügung zu stellen.
 - Die Einführung von Bildungsstandards in Schleswig-Holstein wird durch regionale Qualitätsforen begleitet, die der gemeinsamen Erarbeitung von Aufgaben und Unterrichtskonzeptionen durch Vertreterinnen und Vertreter der Fachkonferenzen von Schulen dienen. Die Arbeitsergebnisse der Qualitätsforen sollen auch für den Aufbau eines Aufgabenpools genutzt werden.

Die Erfüllung der verschiedenen Aufträge von Seiten des MBF wird durch eine enge Kooperation zwischen den Abteilungen des IQSH gefördert; sie verlangt darüber hinaus eine enge fachliche Zusammenarbeit mit den Hochschulen des Landes, dem Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen der KMK (IQB), dem Konsortium zur nationalen Bildungsberichterstattung und mit den Qualitätsagenturen bzw. den entsprechenden Einrichtungen anderer Länder. Hier sollen Möglichkeiten einer engen Zusammenarbeit mit Hamburg und weiteren Ländern im norddeutschen Verbund genutzt werden.

3.5.4 Ganztagsangebote und Offene Ganztagschulen

Bildungsangebote an Offenen Ganztagschulen in Schleswig-Holstein, die ergänzend zum planmäßigen Unterricht durchgeführt werden, erweitern die Möglichkeiten, die Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern zu verbessern, vorhandene Interessen von Kindern und Jugendlichen zu fördern sowie Benachteiligungen auszugleichen.



Darüber hinaus tragen Offene Ganztagschulen dazu bei, Schule als „Lern- und Lebensort“ im lokalen Umfeld noch stärker zu verankern.

Der Unterricht wird an mindestens drei Wochentagen durch nachmittägliche Ganztagsangebote ergänzt. Eltern, Schulen, Schulträger, die freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe sowie ggf. weitere Kooperationspartner arbeiten eng zusammen, um einen Mittagstisch sowie Projekte, Arbeitsgemeinschaften, Förderangebote, Anregungen zu gemeinsamem und/oder eigenständigem Tun, Hausaufgabenhilfe, berufsorientierende Angebote oder Angebote in den Bereichen Musik, Kunst, Kultur und Sport zu realisieren. Die Teilnahme ist freiwillig, nach Anmeldung aber für ein Jahr verpflichtend.

Zur Genehmigung einer Schule als Offene Ganztagschule muss vom Schulträger ein auf Dauer angelegtes Konzept vorgelegt werden, das eine Ergänzung des Unterrichts um zusätzliche Angebote bis zu einem Umfang der Schulzeit von mindestens 7 Zeitstunden an mindestens drei Wochentagen vorsieht. Voraussetzung der Genehmigung ist darüber hinaus ein Mittagessenangebot und das Einverständnis des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe, ein Beschluss der Schulkonferenz sowie eine befürwortende Stellungnahme der Schulaufsicht.

Der Auf- und Ausbau Offener Ganztagschulen hat sich in Schleswig-Holstein sehr positiv entwickelt. Verfügte Schleswig-Holstein noch bis zum Jahr 2002 über lediglich 22 Ganztagschulen, alle in gebundener Form, so gibt es zum Ende des Schuljahres 2005/06 294 Schulen, die nach den Kriterien der KMK Ganztagschulen sind. Darüber hinaus gibt es weitere Schulen, die Ganztagsangebote für ihre Schülerinnen und Schüler vorhalten.

Umsetzung des Investitionsprogramms des Bundes „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB)

Das Investitionsprogramm des Bundes „Zukunft Bildung und Betreuung“ hat die Entwicklung Offener Ganztagschulen in Schleswig-Holstein in besonderer Weise unterstützt. Für die Laufzeit des Programms von 2003 bis 2007 erhält Schleswig-Holstein insgesamt 135 Mio. € Bundesmittel für den Aufbau und die Weiterentwicklung von Ganztagschulen. Zu den förderfähigen Investitionsmaßnahmen zählen insbesondere erforderliche Neubau-, Ausbau-, Umbau-, Renovierungsmaßnahmen und Ausstattungsinvestitionen. Die Maßnahmen können mit 90 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben aus dem IZBB gefördert werden, der Schulträger hat einen Eigenanteil von mindestens 10 % zu erbringen.

Übersicht der Programme 2003 bis 2005 (Stand 29.03.2006)

Programmjahr	Anzahl der Vorhaben	Investitionsvolumen (gerundet)	Zuschuss (gerundet)
2003	29	10,06 Mio. €	8,9 Mio. €
2004	74	37,9 Mio. €	34,1 Mio. €
2005	68	36,5 Mio. €	32,8 Mio. €

3.5.5 Landesnetz Bildung

Nach der Vernetzung von 450 großen Dienststellen in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren bietet das Ministerium für Bildung und Frauen (MBF) nun den Schulträgern den Anschluss an das „Landesnetz Bildung“ an.

Das MBF will dadurch die Effizienz der Schulverwaltungen steigern (Schulleitung, Funktionsträger, Sekretariat, verwaltungstechnische Außenbeziehungen) und die Durchführung von Projekten, die über das Internet laufen (Vergleichsarbeiten, zentrale Abschlussarbeiten, Schulporträts), erleichtern. Zu diesem Zweck wird das MBF einen zentralen Informationspool für die Schulen errichten und langfristig die bisher auf unterschiedlichen Plattformen liegenden Inhalte und Verfahren des Bildungsministeriums zu einem „Landesnetz Bildung“ verbinden. Dazu müssen alle Arbeitsabläufe und Verfahren in der Kommunikation mit den Schulen mit dem Ziel überprüft werden, sie auf elektronischen Datenverkehr im Intranet umzustellen.

Der Anschluss im „Landesnetz Bildung“ ermöglicht unter Berücksichtigung des Datenschutzes eine Vernetzung der Schulen untereinander sowie mit den Kreisen und kreisfreien Städten als Schulträger und dem Bildungsministerium. Bestehende Kommunikationsverbindungen können durch die im Landesnetz bestehenden Möglichkeiten optimiert werden. Für die Kommunen in Schleswig-Holstein eröffnen die neuen Kommunikationsmöglichkeiten erhebliche Einsparungspotenziale durch die Zusammenführung der bisher getrennten Leitungen für Internet-Zugang, Email, Schulverwaltung und der kommunalen Haushaltsprogramme zu einem Landesnetz-Anschluss. Dazu wird mit den Schulträgern rechtzeitig eine Prüfung der technischen Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der vorhandenen Strukturen vereinbart.

Die Einbeziehung der Schulen in das „Landesnetz Bildung“ ist bis spätestens 2008 vorgesehen und erfordert standardisierte Schulverwaltungsrechner, die in ein landesweit einheitliches Systemkonzept eingebunden werden. Die Anschlusskosten sowie die laufenden Netzkosten für den Anschluss übernimmt die Landesregierung.

3.6 Erweiterte Rahmenbedingungen für die Arbeit in der Grundschule

3.6.1 Einführung der Verlässlichen Grundschule

Mit der Einführung der Verlässlichen Grundschule verfolgt die Landesregierung das Ziel, die Grundschule zu einem dem Alter angemessenen Lern- und Lebensraum für Kinder weiterzuentwickeln. Durch kindgerechte pädagogische Ansätze wie eine Rhythmisierung der Lernzeiten oder jahrgangsübergreifendes Lernen kann dies besonders gut realisiert werden. Der verlässliche Zeitrahmen dieser Grundschulen erleichtert es Eltern zudem, Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren.

Konzeption

Kernpunkte des Konzepts sind verlässliche Schul- und Unterrichtszeiten für alle Kinder. Entsprechend den Klassenstufen sind unterschiedliche Zeiten festgelegt:

- Verlässliche Schulzeiten für Klassenstufe 1 und 2 von täglich vier, Klassenstufe 3 und 4 von täglich fünf Zeitstunden, darin enthalten
- wöchentliche Unterrichtszeiten von 15 Zeitstunden für Klassenstufe 1 und 2 sowie 18 Zeitstunden für Klassenstufe 3 und 4.
- Durch die Einführung von Englisch erhöht sich im Schuljahr 2006/07 der Umfang der wöchentlichen Unterrichtszeit in der Klassenstufe 3 und im darauf folgenden Schuljahr in der Klassenstufe 4 auf 19,5 Zeitstunden.

Es hat sich gezeigt, dass alle Grundschulen, die bereits als Verlässliche Grundschulen arbeiten, praktikable Wege gefunden haben, den Erlass in seiner Zielsetzung umzusetzen. Dabei entstand eine große Bandbreite von Konzepten, die die jeweiligen örtlichen Bedingungen berücksichtigen. Der Umfang des verbindlich allen Kindern zu erteilenden Unterrichts ist gestiegen und es ist zudem belegt, dass der Unterrichtsausfall in den Grundschulen nach Einführung der Verlässlichkeit gegen Null tendiert.

Unterstützung durch zusätzliche Ressourcen

Das Land unterstützt die Einführung der Verlässlichen Grundschule in erheblichem Umfang. Es stellt dafür in jeder Region 75 zusätzliche Lehrerplanstellen zur Verfügung. Auch sind die Zuschüsse des Landes für ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot in Ergänzung der Schulzeit erhöht worden.

Übersicht über die Betreuungsangebote an Grund- und Förderschulen sowie an Verlässlichen Grundschulen:

Schuljahr	Anzahl der geförderten Betreuungsangebote an Grund- und Förderschulen	Höhe der Zuwendungen	Anzahl der geförderten Betreuungsangebote an Verlässlichen Grundschulen	Höhe der Zuwendungen
2004/05	144	730.000 €	159	863.000 €
2005/06	116	584.000 €	206	910.000 €
2006/07	57	286.000 €	275	1.320.000 €
2007/08			350	1.800.000 €
2008/09			380	2.000.000 €
2009/10			410	2.200.000 €

Die Zahlen ab dem Schuljahr 2007/08 beruhen auf Hochrechnungen sowie der Zugrundelegung eines weiteren bedarfsgerechten Ausbaus von Betreuungsangeboten an Verlässlichen Grundschulen und Sonderschulen (Klassenstufen 1-4).

Durch den Ausbau der Grundschulen zu Verlässlichen Grundschulen seit dem Schuljahr 2003/04 bis zum Schuljahr 2007/08 löst die Förderrichtlinie zur Förderung der Betreuungsangebote an Verlässlichen Grundschulen und Sonderschulen (Klassenstufen 1-4) die Förderrichtlinie zur Förderung von Betreuungsangeboten an Grund- und Förderschulen sukzessive ab.

Weitere Entwicklung

Im Schuljahr 2005/06 gibt es 299 Verlässliche Grundschulen in Schleswig-Holstein (2006/07 438 Schulen). Die landesweite, flächendeckende Einführung der Verlässlichen Grundschule erfolgt schrittweise in Regionen und wird zum Schuljahr 2007/08 mit den Kreisen Schleswig-Flensburg, Nordfriesland und Dithmarschen abgeschlossen sein.

Mit den kreisfreien Städten wurde eine Vereinbarung zur Förderung der Betreuungsangebote abgeschlossen. Darin ist festgelegt, dass die Landeszuschüsse den Städten in einer pauschalen Summe zugewiesen werden, um ihnen einen flexiblen Einsatz der Fördermittel bei der Gestaltung und Finanzierung der Betreuungsangebote zu ermöglichen. Die Städte haben die sich daraus ergebenden Möglichkeiten überwiegend zum Anlass genommen, die Struktur der Förderung der Schulkindbetreuung grundlegend neu zu ordnen.

3.6.2 Englisch in der Grundschule

Zielsetzung

Die Einführung des Englischunterrichts in der Grundschule soll frühzeitig die Entwicklung einer positiven Einstellung zum lebenslangen Fremdsprachenlernen fördern sowie das systematische Erlernen von Fremdsprachen in den weiterführenden Schulen vorbereiten. Dazu dient die Entwicklung eines fundierten Sprachbewusstseins, interkultureller und kommunikativer Kompetenzen unter Ausnutzung des „leichteren“ Erlernens einer Fremdsprache in einem früheren Lebensalter als bisher. Das Ziel der Mehrsprachigkeit von Schülerinnen und Schülern und damit Förderung der Aufgeschlossenheit für Sprachen insgesamt einschließlich der Muttersprache soll ebenso unterstützt werden wie das fächerintegrierte, grundschulgemäße Lernen.

Grundlagen

Das Fremdsprachenlernen basiert auf dem Konzept der gemeinsamen Grundbildung der vorhandenen Lehrpläne der Grundschule und der Sekundarstufe I. Englisch wird in fächerübergreifender Form in zeitlich kurzen Sequenzen auf die Woche verteilt unterrichtet und orientiert sich an den Inhalten der Lernbereiche sowie an den Leitlinien des Grundschullehrplans. Die Grundschulen in Schleswig-Holstein haben einen Rahmenplan zur Erprobung für Englisch in den Klassenstufen 3 und 4 mit Bausteinen in Form eines verbindlichen Fundamentums und eines Additums und didaktisch-methodische Handreichungen mit Unterrichtsbeispielen erhalten. Dieser Rahmenplan ist mit dem Grundschullehrplan und den Bildungsstandards im Fach Englisch abgestimmt.

Englisch in der Grundschule nutzt die didaktische Rangfolge Hörverstehen und Sprechen und darauf aufbauend Leseverstehen und Schreiben. Erste grammatikalische Kenntnisse haben dienende Funktion und werden ebenso wie Schreiben und Lesen zur Differenzierung und Individualisierung des Lernprozesses genutzt.

Umsetzung

Bisher wurde bereits an mehr als 75 % der Grundschulen in Schleswig-Holstein Fremdsprachenlernen angeboten und über 1000 Lehrkräfte haben sich für das Englischlernen an der Grundschule in Weiterbildungskursen des IQSH qualifiziert.

Zum Schuljahr 2006/07 wird Englischunterricht im Umfang von zwei Wochenstunden verbindlich in der Grundschule eingeführt. Begonnen werden soll im genannten Schuljahr mit der Klassenstufe 3, im nachfolgenden Schuljahr 2007/08 erfolgt die Umsetzung in Klassenstufe 3 und 4. Für den Englischunterricht werden für die Schuljahre 2006/07 und 2007/08 jeweils 100 Planstellengegenwerte zusätzlich zur Verfügung gestellt.

3.7 Erweiterte Rahmenbedingungen für die berufsbildenden Schulen

3.7.1 Regionale Berufsbildungszentren (RBZ)

Die Übertragung weitgehender Selbstständigkeit und größtmöglicher Eigenverantwortung soll die berufsbildenden Schulen in die Lage versetzen,

- eine kontinuierliche Verbesserung ihrer Unterrichtsqualität zu erreichen,
- bei vorrangiger Beachtung ihres staatlichen Bildungsauftrages an der Gestaltung des regionalen Berufsbildungsangebots mitzuwirken,
- für eine optimale Nutzung der knappen Ressourcen des Landes und der Schulträger zu sorgen.

Für die Übergangszeit bis zur Verabschiedung des entsprechend neu gefassten Schulgesetzes regelt ein Erlass des MBF, der sich an den Erlass „Erweiterung der Befugnisse der berufsbildenden Schulen im Rahmen des Projekts Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ)“ anlehnt, die Rahmenbedingungen für alle berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein.

3.7.2 Fortschreibung des Bezirksfachklassenkonzeptes

Seit Anfang Februar 2006 wird das Bezirksfachklassenkonzept fortgeschrieben, das vor drei Jahren gemeinsam mit den Schulträgern der berufsbildenden Schulen entwickelt wurde. Damals waren ca. 60 Berufe an etwa 30 Schulstandorten betroffen. Allen Beteiligten war seinerzeit bewusst, dass man sich im Spannungsfeld zwischen der Zusammenführung von Ausbildungsberufen und einer möglichst betriebsnahen Beschulung bewegt. Doch Veränderungen waren und sind notwendig, weil sich die Nachfrage kontinuierlich verändert.

Die duale Berufsausbildung findet bundesweit in 340 anerkannten Ausbildungsberufen statt. In Schleswig-Holstein gibt es wie in allen Flächenländern zunehmend Probleme, die Beschulung in einer Reihe von Ausbildungsberufen flächendeckend und damit zugleich ortsnah sicher zu stellen. Die Entwicklung hat sich dadurch verschärft, dass in Schleswig-Holstein die Zahl der Schülerinnen und Schüler in dualer Ausbildung von über 85.000 im Jahre 1985 auf rund 54.000 im Jahre 2005 zurückgegangen ist.

Aktuell wird in Schleswig-Holstein Berufsschulunterricht für rund 150 Ausbildungsberufe erteilt. Dazu gehören verschiedene gewerbliche Berufe, die in den letzten Jahren neu geordnet wurden. Für diese sind zwischen allen Ländern bundesweit abgestimmte Rahmenlehrpläne entwickelt worden, die eine moderne Berufsausbildung sicherstellen sollen. Sie sehen in jedem Beruf die Beschulung in Lernfeldern vor. Soweit diese für das 1. und manchmal auch noch für das 2. Ausbildungsjahr identisch sind, können Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Ausbildungsberufen gemeinsam beschult werden. Sind die Lernfelder aber unterschiedlich, ist eine Beschulung in getrennten Lerngruppen erforderlich. Bei der Fortschreibung des Bezirksfachklassenkonzeptes geht es im Wesentlichen um die Festlegung der Standorte dieser Lerngruppen, die nach Möglichkeit so getroffen werden soll, dass einerseits eine betriebsnahe, andererseits eine qualitativ hochwertige und wirtschaftliche Versorgung möglich ist.

Nach Abschluss und Auswertung der Anhörung ist für die gegenwärtig zu regelnden Berufe eine Lösung gefunden worden, die als tragfähig für die nächsten Jahre eingeschätzt wird.

Vor dem Hintergrund der weiterhin gültigen Entscheidungskriterien, die bereits 2003 im Bezirksfachklassenkonzept niedergelegt wurden, wie z. B.

- hohe Qualität des Unterrichtes,
- ökonomischer Lehrereinsatz,
- zumutbare Schulwege der Auszubildenden,
- vertretbare Sachkosten,
- Unterstützung der Ausbildungsbereitschaft der Ausbildungsbetriebe und
- fairer Wettbewerb zwischen den Schulstandorten,

werden voraussichtlich auch in Zukunft vermehrt Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen eingerichtet werden müssen. Beabsichtigt ist die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die ein neues, langfristiges Konzept entwickeln soll, wie der Abstimmungsprozess zwischen den zukünftigen Regionalen Berufsbildungszentren über die jeweils geschlossenen Zielvereinbarungen hinaus seitens des Landes moderiert werden kann.

3.7.3 Externe Evaluation an berufsbildenden Schulen (EVIT-BS)

Mit der Erarbeitung ihrer Schulprogramme haben sich die berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein auf den Weg gemacht, die eigene Entwicklung durch verschiedene Formen der Bestandsaufnahme zu evaluieren. Einige Schulen arbeiten bereits mit Verfahren des internen Qualitätsmanagements. Mit zunehmender Eigenständigkeit und Verantwortlichkeit wächst die Verpflichtung der einzelnen Lehrkräfte und Schulleitungsmitglieder, Rechenschaft über den Erfolg der geleisteten Arbeit abzulegen. Berufsbildende Schulen werden stärker als in der Vergangenheit daran gemessen, welche Wirkungen sie in den Aufgabenbereichen Bildung, Qualifizierung und Erziehung tatsächlich erzielen.

Die Externe Evaluation im Team an berufsbildenden Schulen (EVIT-BS) wird verdeutlichen, wie die Qualität von Unterricht verbessert und durch das Personal in der Schul- und Unterrichtsorganisation und in der Schulverwaltung weiterentwickelt werden kann. EVIT-BS soll dazu beitragen, die Kooperation zwischen allen Beteiligten zu fördern, denn eine erfolgreiche Schule ist auf die gute Zusammenarbeit von verantwortlichen Personen wie Mitgliedern der Schulleitung, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern, Ausbilderinnen und Ausbildern sowie Eltern angewiesen. Der zum Abschluss einer Evaluation erstellte Bericht soll dazu dienen, die schulinterne Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung zu befördern, die auf systematisch erhobene interne wie externe Daten und Rückmeldungen angewiesen ist.

EVIT-BS untersucht die Ergebnisse des Unterrichts auf der Grundlage der Studentafeln, Lehrpläne und der von der KMK beschlossenen Vereinbarungen und Empfehlungen, z. B.

- zum Lernfeldkonzept der Rahmenlehrpläne für Ausbildungsberufe,
- zu Bildungsstandards für den Hauptschulabschluss,
- zu Bildungsstandards für den Mittleren Schulabschluss (Deutsch, erste Fremdsprache und Mathematik),
- zu den einheitlichen Prüfungsanforderungen für die allgemeine Hochschulreife am Fachgymnasium.

Da kein Evaluationsverfahren alle Aktivitäten einer berufsbildenden Schule oder eines berufsbildenden Schulsystems vollständig abbilden kann, wird EVIT-BS über die Online-Befragung einerseits das gesamte System einer Schule erfassen, andererseits in Abstimmung zwischen Schulaufsicht und Schulleitung ausgewählte Bereiche schulischer Qualitätsfelder und Bildungsgänge im Rahmen des Schulbesuchs besonders in den Blick nehmen.

EVIT-BS unterscheidet sich darüber hinaus in nachfolgenden Punkten von dem an den allgemein bildenden Schularten eingeführten EVIT-Verfahren durch

- eine stärkere Bezugnahme auf das interne Qualitätsmanagementsystem von berufsbildenden Schulen,
- die Fokussierung auf den Qualifizierungsauftrag im Rahmen der beruflichen Aus- und Fortbildung,
- eine stärkere Berücksichtigung externer Partner einschließlich Fragebogen für Betriebe,
- einen dreitägigen Schulbesuch als Regelfall,
- eine an den Bedingungen von BS orientierte Beschreibung der Indikatoren.

EVIT-BS wurde in einer Pilotphase an zwei berufsbildenden Schulen durchgeführt. Im Schuljahr 2006/07 erfolgt die Auswertung und die Vorbereitung der landesweiten Einführung von EVIT-BS (<http://www.evit.lernnetz2.de/bs/>).

3.7.4 Qualitätsmanagementsysteme an berufsbildenden Schulen

Schleswig-Holstein hatte sich von 1999 bis 2002 an einem Verbundprojekt der Bund-Länder-Kommission „Qualitätsentwicklung in der Berufsschule“ beteiligt. Das in diesem Projekt exemplarisch erarbeitete Qualitätsmanagementhandbuch für die Walter-Lehmkuhl-Schule in Neumünster wurde allen berufsbildenden Schulen im Lande zur Verfügung gestellt und setzte eine lebhafte Diskussion über den Wert von QM-Systemen aus der Industrie in Gang. Es gibt einige beispielhafte Vorreiterschulen, die seit dem Jahre 2002 nach DIN EN ISO 9001:2000 zertifiziert sind, wie die Fachschule für Seefahrt in Flensburg, die Walter-Lehmkuhl-Schule in Neumünster und die Berufliche Schule am Schützenpark - Sozialwirtschaft - in Kiel (seit 2005).

In verschiedenen Schulleitungsfortbildungen wurde über die Chancen und Grenzen gängiger QM-Systeme aus der Wirtschaft und dem Weiterbildungsbereich wie ISO, EFQM, LQS, LQW, Q2E informiert; anhand von Beispielen aus Schulen wurden die Umsetzungschancen erörtert. Als Ergebnis dieser Diskussion erarbeiten und erproben einige berufsbildende Schulen in Schleswig-Holstein das für sie am besten passende System und tragen damit dem Gedanken der Förderung von mehr Eigenständigkeit und Selbstverantwortung Rechnung. Wertvoll für die einzelne Schule ist in jedem Falle der eigentliche Qualitätsentwicklungsprozess, der durch die Einführung eines QM-Systems initiiert wird.

Für die Zukunft soll eine effiziente Verzahnung der schulischen QM-Systeme mit der externen schulischen Evaluation EVIT-BS gesichert werden, damit der externe Blick durch EVIT-BS auf das komplexe System einer berufsbildenden Schule in Schule und Öffentlichkeit breite Anerkennung als Gütesiegel findet.

3.7.5 Standardisierte Fremdsprachenprüfungen an der Berufsfachschule Wirtschaft für Kaufmännische Assistentinnen und Assistenten

Seit 1998 können die berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein auf freiwilliger Basis die Prüfung zum KMK-Fremdsprachenzertifikat auf drei verschiedenen Niveaustufen anbieten,

damit sich Schülerinnen und Schüler in einer Berufsausbildung oder Berufsbildung ihre Fremdsprachenkenntnisse zertifizieren lassen. Der Fremdsprachenunterricht in der Berufsschule und in anderen berufsqualifizierenden Bildungsgängen bildet die Grundlage zur sachgemäßen Vorbereitung auf die Prüfung. Im Schuljahr 2004/05 haben in Schleswig-Holstein 936 Schülerinnen und Schüler an 25 beteiligten berufsbildenden Schulen ein KMK-Fremdsprachenzertifikat für Englisch, Französisch oder Spanisch erworben.

Die Schülerinnen und Schüler der Berufsfachschule für Kaufmännische Assistentinnen und Assistenten haben die Möglichkeit, zugleich mit ihrer Abschlussprüfung das KMK-Fremdsprachenzertifikat zu erwerben. Nach den zugrunde liegenden Rahmenvereinbarungen der Kultusministerkonferenz⁴ sollen die Schülerinnen und Schüler zum Abschluss der Ausbildung in der Fremdsprache die Niveaustufe III⁵ und in der Fachrichtung Fremdsprachen in einer weiteren Fremdsprache die Niveaustufe II beherrschen. Diese Niveaustufen liegen auch dem KMK-Fremdsprachenzertifikat zugrunde. Für diesen Bildungsgang ist nach einem Probedurchgang die Abschlussprüfung in den Fremdsprachen 2006 grundlegend umgestaltet worden. Der überwiegende Teil der schriftlichen Prüfungen in den Fremdsprachen wird zentral von der Landesarbeitsgruppe für das KMK-Fremdsprachenzertifikat erstellt. Die Aufgabenstellung stellt damit zugleich die geforderten Standards für den Abschluss sicher. Die Schulen ergänzen die Aufgaben durch einen eigenen Teil, der die jeweiligen unterrichtlichen Schwerpunkte aufgreift. Die schriftlichen Prüfungen werden an landesweit einheitlichen Terminen abgenommen. Diejenigen Schülerinnen und Schüler, die zusätzlich das KMK-Fremdsprachenzertifikat erwerben wollen, melden sich zu einer freiwilligen mündlichen Prüfung, für die gleichfalls zentral erstellte Aufgabenvorschläge vorliegen.

Mit dem Nachweis umfassender Kompetenzen durch Erwerb des KMK-Fremdsprachenzertifikats können die angehenden Kaufmännischen Assistentinnen und Assistenten ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern.

3.7.6 Berufsvorbereitung Jugendlicher mit besonderem Förderbedarf

Für Schülerinnen und Schüler, deren schulische Karrieren wegen unterschiedlicher Problemlagen oder gesellschaftlich bedingter Benachteiligungen von Misserfolgserfahrungen, Schulmüdigkeit und Schulversäumnissen geprägt sind, ist die Gefahr schulischen Scheiterns besonders hoch. Ohne Abschluss fehlen sinnvolle Anschlussmöglichkeiten, da der Hauptschulabschluss in zunehmendem Maße die Mindestvoraussetzung für den Einstieg in eine Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf darstellt.

⁴ Rahmenvereinbarung über die Ausbildung und Prüfung zum Staatlich geprüften Kaufmännischen Assistenten / zur Staatlich geprüften Kaufmännischen Assistentin an Berufsfachschulen (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 01.10.1999 i. d. F. vom 28.03.2003)
Vereinbarung über den Erwerb der Fachhochschulreife in beruflichen Bildungsgängen (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 05.06.1998 i. d. F. vom 09.03.2001)

⁵ Gemäß "Common European Framework of Reference for Language Learning and Teaching" des Europarates

In den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der Jugendlichen, die besonderer Förderung beim Übergang von den allgemein bildenden Schulen und Förderschulen in die berufliche Bildung bedürfen, deutlich erhöht. Rund 7.000 Jugendliche besuchen jedes Jahr Klassen der Ausbildungs- und Berufsvorbereitung oder Klassen für Jugendliche ohne Ausbildung oder Praktikum an den berufsbildenden Schulen. Viele Hauptschulen und Förderschulen sowie berufsbildende Schulen in Schleswig-Holstein haben in den letzten Jahren besondere Anstrengungen unternommen, um für diese Jugendlichen neue Konzepte zu entwickeln und die dazugehörigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Unterstützt werden sie durch das Landesprojekt „Fördernetzwerke zur Integration benachteiligter Jugendlicher in die berufliche Bildung“ (FÖN) im Rahmen des Programms Arbeit für Schleswig-Holstein 2000, finanziert aus Landesmitteln und Mitteln des Europäischen Sozialfonds.

3.7.7 Einführung der einjährigen Berufsfachschule

Das Bildungsangebot der berufsbildenden Schulen wird seit dem Schuljahr 2005/06 auf Antrag der Schulträger um die einjährige Berufsfachschule ergänzt. Dieser Bildungsgang wird als besondere Versuchsschule erprobt.

Die einjährige Berufsfachschule gibt es zurzeit an zehn Schulstandorten im Lande in den Fachrichtungen Ernährung, Gesundheit und Ernährung, Technik und Wirtschaft mit etwa 300 Schülerinnen und Schülern. Eingangsvoraussetzung für den Besuch dieser Schulart ist der Hauptschulabschluss. Diese Berufsfachschule vermittelt eine berufliche Grundausbildung. Sie berechtigt bei entsprechenden Leistungen zum Einstieg in die Oberstufe der zweijährigen Berufsfachschule und kann auf diese Weise zu einem mittleren Schulabschluss führen. Dieser Bildungsgang eröffnet berufsschulpflichtigen Jugendlichen weiterführende Bildungschancen und stellt einen zusätzlichen Beitrag des Landes im Rahmen des Bündnisses für Ausbildung in Schleswig-Holstein dar.

3.8 Dänische Schulen und Schulen in freier Trägerschaft

3.8.1 Die Schulen der dänischen Minderheit

Als eine der vier anerkannten Minderheiten in Deutschland steht die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig unter dem ausdrücklichen Schutz des Grundgesetzes und der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung sowie international verbindlicher Erklärungen.

Der Dänische Schulverein (*Dansk Skoleforening for Sydslesvig*) ist Träger von 49 dänischen Schulen im Land Schleswig-Holstein (Stand 01.08.2006). Im rechtlichen Sinne sind die dänischen Schulen staatlich anerkannte Ersatzschulen, d. h. sie vermitteln entsprechende Qualifikationen und Abschlüsse wie die öffentlichen Schulen. Ihrem Wesen nach sind sie Regelschulen für die Angehörigen der dänischen Minderheit. Die Fächer Dänisch und Deutsch werden als Muttersprache unterrichtet, während in allen übrigen Fächern die Unterrichtssprache Dänisch ist.

Schulentwicklung

Die besonderen Rahmenbedingungen einer über das Land verteilten Minderheit, die ökonomische und demografische Entwicklung sowie pädagogische Überlegungen sind im letzten Jahrzehnt Anlass einer bewussten Politik des Dänischen Schulverbandes zur integrativen Beschulung nach der 6. Klassenstufe gewesen.

Das Gros der dänischen Schulen umfasst die Grundschule und die Klassenstufen 5 und 6 der Orientierungsstufe, die damit schulartunabhängig ist. Die voraussichtlich 2009 abgeschlossene Umstrukturierung zu einem System aus flächendeckenden Grundschulen mit Orientierungsstufe und integrierten Gesamtschulen (*Fælleskoler*) führt zu einem regionalen Verbund von Schulen, der es den Schülerinnen und Schülern ermöglicht, alle Abschlüsse bis einschließlich des 10. Jahrgangs wohnortnah zu erreichen. Einzig die letzten 3 Jahre bis zum Abitur werden nach wie vor in Flensburg und ab 2008 auch in Schleswig angeboten.

Entwicklung des Schulangebots in Zahlen:

Schuljahr	Anzahl Schulen	Schüler	Gymnasium	Realschulen	Gesamtschulen Sek. I, Sek. I u. II		Hauptschulen	Weiterführende Schulen, gesamt
1995/96	53	5536	1	4	1		18	24
2005/06	49	5778	1	3	3		11	18
2010/11	?	5780	0	0	7	2	2	11

3.8.2 Schulen in freier Trägerschaft

Es gibt in Schleswig-Holstein 72 Schulen in freier Trägerschaft, davon sind 10 Schulen Freie Waldorfschulen und 49 Schulen sind Schulen der dänischen Minderheit, die bereits seit vielen Jahren existieren (Schuljahr 2005/06). Seit einiger Zeit ist ein wachsendes Interesse an der Einrichtung von Schulen in privater Trägerschaft festzustellen. Wenn an diesen Schulen Abschlüsse öffentlicher Schulen vergeben werden sollen, ist dafür die Anerkennung des Bildungsministeriums erforderlich.

Die Genehmigung einer Grundschule in freier Trägerschaft darf nur erteilt werden, wenn es sich um eine Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule oder eine Schule der dänischen Minderheit handelt oder wenn dafür ein besonderes pädagogisches Interesse vorliegt, das den Vorrang aufwiegen muss, welchen der Verfassungsgeber einer „Grundschule für alle“ zugeschrieben hat. Zur Anerkennung dieses besonderen pädagogischen Interesses ist zu prüfen, ob eine sinnvolle Alternative zum bestehenden öffentlichen und privaten Schulangebot vorliegt, welche die pädagogische Erfahrung bereichert und der Entwicklung des Schulsystems insgesamt zugutekommt. Das Konzept der zu genehmigenden Grundschule muss wesentlich neue Akzente setzen oder schon erprobte Konzepte mit neuen Ansätzen von einigem Gewicht kombinieren. Nur ein solches besonderes pädagogisches Interesse kann eine Abweichung davon rechtfertigen, dass zumindest an der Grundschule alle Schülerinnen

und Schüler unabhängig von ihrer unterschiedlichen Leistungsstärke und sozialen Herkunft gemeinsam beschult werden.

Darüber hinaus ist vom Bildungsministerium vor der Genehmigung jeder Schule in freier Trägerschaft zu prüfen, ob gewährleistet ist, dass nicht hohe Elternbeiträge gegen das Sonderungsverbot der Verfassung verstoßen. Des Weiteren muss für die Anerkennung dargelegt werden, dass die Arbeit der Schule den im Schulgesetz beschriebenen Anforderungen an die Schularten entsprechen wird.

3.9 Lehrerbildung

3.9.1 Erste Phase (Bachelor-/Masterstruktur)

Entsprechend der Vereinbarung von Bologna zur Anpassung der Studienstrukturen europäischer Hochschulen an ein zweistufiges System werden in Schleswig-Holstein zurzeit auch die Studiengänge im Bereich der Lehrerbildung auf die Bachelor-/Masterstruktur umgestellt. Mit der Neugliederung der Landesregierung ist die Federführung für diesen Prozess in das jetzt für die Hochschulen zuständige Wissenschaftsministerium übergegangen.

Mit der Einführung des Bachelor-/Mastersystems in die Lehramtsstudiengänge sind folgende Ziele verbunden:

- Das Lehramtsstudium fügt sich in die internationale Struktur von Bachelor-/Master-Studiengängen ein.
- Die Ausbildung erweitert die Chancen vielfältiger Verwendung und schafft eine größere Nähe zum Arbeitsmarkt.
- Ziel der Bachelor-Studiengänge ist ein erster berufsqualifizierender Abschluss. Die Absolventen können wählen zwischen einem unmittelbaren Einstieg in die außerschulische berufliche Praxis oder einem weiterführenden Studium mit dem Ziel eines fachwissenschaftlichen Masters oder eines Lehramtsabschlusses. Es ist auch möglich, nach einer Phase der beruflichen Tätigkeit in eine weitere wissenschaftliche Qualifikation einzusteigen.
- In der Bachelorphase soll auch die Möglichkeit bestehen, schul- und unterrichtsbezogene Veranstaltungen zu besuchen. Andererseits können sich Studierende mit einem zunächst nicht schulbezogenen akademischen Abschluss durch ein entsprechend gestaltetes Master-Studium für das Berufsfeld Schule qualifizieren.

Die Einführung gestufter Strukturen im Bereich der Lehramtsstudien erfolgt auf der Grundlage von Eckpunkten, die im Wesentlichen Folgendes vorsehen:

1. Das Bachelor-Studium hat einen zeitlichen Umfang von drei Jahren und führt zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss. Der Studiengang ist so zu strukturieren, dass er für unterschiedliche Tätigkeitsfelder sowohl im Bereich der jeweiligen Fachwissenschaften wie auch interdisziplinärer Berufsfelder mit Anforderungen im Bereich Wissenstransfer und Wissensmanagement qualifiziert.
2. Für eine berufliche Tätigkeit als Lehrerin oder Lehrer ist zusätzlich zum Bachelor-Studium ein Master-Abschluss („Master of Education; M. Ed.“) erforderlich. Die Mas-

ter-Studiengänge für die Lehrämter umfassen fachwissenschaftliche Studien unter besonderer Berücksichtigung des Berufsfeldes Schule und sind auf den Erwerb berufsfeldbezogener, erziehungswissenschaftlicher und fachdidaktischer Kompetenzen ausgerichtet. Mit dem Abschluss des Masterstudiums müssen Qualifikationen in zwei wissenschaftlichen Disziplinen als Unterrichtsfächer sowie in Erziehungswissenschaften erreicht sein.

3. Grundlage für Bachelor- und Masterstudiengänge ist eine modulare Studienorganisation. Die Studiengänge werden mit einem international einheitlichen Punktesystem (ECTS-Punkte) versehen.
4. Die in Bachelor- und Master-Studiengängen erworbenen Abschlüsse sind Hochschulabschlüsse. Nach dem Beschluss der KMK vom 01.03.2002 ist die staatliche Verantwortung für die inhaltlichen Anforderungen der Lehrerbildung sicherzustellen.
5. Die Lehramtsstudiengänge in der neuen Struktur sind so auszugestalten, dass die Ausbildungszeit von erster und zweiter Phase den bisherigen Regelumfang nicht überschreitet. Dies soll zum einen dadurch ermöglicht werden, dass der Master-Studiengang auf die Vermittlung von Kompetenzen ausgerichtet ist, die spezifisch für eine Berufstätigkeit als Lehrerin oder Lehrer erforderlich sind, zum anderen durch eine funktionsgerechte Abstimmung der Inhalte und durch zeitliche Verschränkung beider Ausbildungsphasen in enger Kooperation zwischen Universität und IQSH.

Die Universität Flensburg hat ihr gesamtes Studienangebot bereits seit dem Wintersemester 2005/06 entsprechend neu gestaltet. Die Christian-Albrechts-Universität wird mit Beginn des Wintersemesters 2007/08 folgen. Auch die übrigen an der Lehrerbildung mitwirkenden Hochschulen stellen ihre Studiengänge zurzeit auf die Bachelor-/Master-Struktur um.

3.9.2 Neugestaltung der Lehrerbildung in der zweiten Phase

Zum 01.08.2004 ist die neue „Landesverordnung über die Ordnung des Vorbereitungsdienstes und die Zweiten Staatsprüfungen der Lehrkräfte“ (OVP) in Kraft getreten, mit der die Neugestaltung des Vorbereitungsdienstes in Schleswig-Holstein ihre rechtsverbindliche Form gefunden hat.

Die wesentlichen Veränderungen durch die neue OVP:

- Der Ausbildungsort „Schule“ wird gestärkt, indem die Schule neben dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) als eigenständiger, berufsqualifizierender Ausbildungsraum die Ausbildung professionell organisiert und Lehrkräfte in Ausbildung mit einem hohen Grad an Eigenverantwortung dort arbeiten und lernen.
- Daneben wird eine fachspezifische und pädagogische Ausbildung der Nachwuchsschullehrkräfte durch das IQSH durchgeführt, allerdings nicht in der bisherigen Seminar- und Fachgruppenstruktur, sondern in der Form von individuell auszuwählenden Qualifizierungsmaßnahmen.
- Verbindliche Standards gelten für alle Ausbildungsbereiche und werden regelmäßig evaluiert.
- Die Zweite Staatsprüfung wird als eine überwiegend externe Prüfung von einer Prüfungskommission durchgeführt, der in der Regel drei bis vier Personen angehören

(Schulaufsicht, Schulleiterin/Schulleiter der Ausbildungsschule sowie ein bis zwei Mitglieder des IQSH). Zukünftig kann die jeweilige Ausbildungslehrkraft an den Unterrichtsstunden, die von einer Lehrkraft in Ausbildung anlässlich ihrer Zweiten Staatsprüfung gehalten werden, sowie an deren Besprechung ohne Stimmrecht teilnehmen.

Für die Wahrnehmung der Ausbildungsaufgaben erhalten Ausbildungslehrkräfte durch das IQSH Qualifizierungsangebote und werden Schulleiterinnen und Schulleiter durch das IQSH im Bereich der Personalentwicklung, der Erarbeitung, Umsetzung und Evaluation schuleigener Ausbildungskonzepte sowie der Vorbereitung und Durchführung der Zweiten Staatsprüfungen unterstützt.

Die Zahl der Ausgleichsstunden, die die Schulen für die Betreuung der Lehrkräfte in Ausbildung erhalten, ist durch Übertragung von Personalressourcen aus dem IQSH verdoppelt worden (pro Fach 2 Std. je Lehrkraft in Ausbildung).

Neben einer Stärkung des Ausbildungsorts „Schule“ ist mit der Reform des Vorbereitungsdienstes auch eine wirksamere Verzahnung von Lehrerbildung und Schulentwicklung verbunden. Alle Schulen können Ausbildungsschulen werden und müssen dafür im Rahmen der Schulprogrammarbeit schulinterne Ausbildungskonzepte entwickeln, in denen Ziele und Organisation der Ausbildung an der Schule dargelegt werden. Die Stunden des von den Lehrkräften in Ausbildung erteilten Unterrichts stehen den Schulen zusätzlich zur Verfügung und werden nicht auf den schulischen Bedarf angerechnet.

Mit der neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnung ist als wesentlicher Bestandteil der Reform die regelmäßige Evaluation der Ausbildungsarbeit festgeschrieben worden. Das IQSH hat deshalb von Beginn an jede einzelne Ausbildungsveranstaltung mit einem einheitlichen Fragebogen evaluiert. Eine zusammenfassende Darstellung dieser Rückmeldungen ist im Frühjahr 2005 vorgenommen und in einem ersten Evaluationsbericht im Juni 2005 veröffentlicht worden⁶.

Als Konsequenz aus den Evaluationsbefunden wurde die Ausbildungsorganisation weitgehend verändert:

- Die Module sind so weiter entwickelt worden, dass Praxisorientierung, insbesondere Unterrichtsorientierung, vorrangiger Schwerpunkt ist.
- Im Pflichtbereich sollen Module eines Halbjahres aus drei Präsenzphasen à acht Stunden mit konstanten Gruppen bestehen, die von jeweils einer Studienleiterin oder einem Studienleiter durchgeführt werden. <http://iqsh.lernnetz2.de/>

3.9.3 Schwerpunkte für die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte

Die Diskussionen um PISA und die daraus resultierenden bildungspolitischen Maßnahmen haben die Schwerpunktsetzung für Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte bestimmt.

⁶ Evaluationsbericht Juni 2005: <http://ausbildung.lernnetz2.de/>

Fortbildung

Ziel ist eine bedarfsgerechte und effektive Fortbildung als Bestandteil von Schulentwicklung. Die Angebote sind vor allem auf die Sicherung und Entwicklung von Unterrichtsqualität ausgerichtet. Bei der Analyse des Fortbildungsbedarfs können Ergebnisse aus EVIT-Berichten, Vergleichsarbeiten oder Lernstandserhebungen wichtige Hinweise geben und bei der Fortbildungsplanung berücksichtigt werden.

Wirksame Fortbildung stärkt diejenigen Kooperationsstrukturen an einer Schule, die für die Sicherung und Entwicklung von Unterrichtsqualität entscheidende Bedeutung haben. Fortbildung ist deshalb insbesondere mit Blick auf Fachkonferenzen oder ähnliche Teamstrukturen auszurichten.

Lehrerfortbildung in diesem Verständnis ist zentraler Bestandteil der Personalentwicklung und damit entscheidende Führungsaufgabe der Schulleitung.

Vor diesem Hintergrund haben sich das Bildungsministerium, der Hauptpersonalrat (L) und das IQSH für die Schuljahre 2004/05 und 2005/06 auf folgende Schwerpunkte für die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte verständigt:

- Einführung von Bildungsstandards / Unterstützung der Fachkonferenzarbeit: Ziel ist die Einführung von Bildungsstandards, wozu auch die Weiterentwicklung der Lernkultur im Sinne eines Schülerinnen und Schüler aktivierenden Unterrichts gehört. Die Unterstützung der Fachkonferenzarbeit schließt Fächer, Fachrichtungen und Fachbereiche sowie fachübergreifende Bereiche ein, in denen es keine Bildungsstandards gibt (z. B. Gewaltprävention, Interkulturelle Erziehung, Umwelterziehung).
- Führungskräfte-Qualifizierung:
Nicht nur die im Amt befindlichen oder neu gewählten Führungskräfte, sondern auch Lehrkräfte, die sich für Führungsaufgaben interessieren, sollen qualifiziert werden.
- Qualifizierung von Ausbildungslehrkräften:
Die im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Vorbereitungsdienstes angelaufene Qualifizierung von Ausbildungslehrkräften stellt ein umfassendes Fortbildungsprojekt dar, welches Innovationen und erweiterte Kompetenzen in die Schulen trägt.
- Erhaltung der Dienstfähigkeit, Vermeidung vorzeitiger Dienstunfähigkeit:
Ausgehend von wissenschaftlichen Erhebungen, wonach der Hauptbelastungsfaktor für Lehrkräfte der tägliche Unterricht ist, steht im fachlichen Fortbildungsangebot des IQSH die Vermittlung von entlastenden und zugleich effektiven Unterrichtsverfahren im Vordergrund. Spezielle Angebote zur Stressbewältigung, auch Coaching und Supervision, dienen sowohl der Stärkung als auch der Erweiterung allgemeiner Kompetenzen.

Weiterbildung

In Weiterbildungsmaßnahmen werden von den Lehrkräften zusätzliche Unterrichtsbefähigungen erlangt. Sie sind erforderlich, um den in der Stundentafel vorgeschriebenen Unterricht sicherzustellen.

Anzahl der Veranstaltungen

2005 fanden insgesamt 1.220 Veranstaltungen (2004: 951) mit einem Gesamt-Umfang von 2.573 Halbtagen (2004: 2.443) statt. Im Vergleich zu 2004 konnte die Anzahl der Veranstaltungen um 28,3 % erhöht werden.

Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die Teilnehmerzahl konnte 2005 gegenüber 2004 um 15,6 % gesteigert werden. 2005 haben 23.354 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen teilgenommen (Mehrfachzählungen enthalten). Die Zunahme ergibt sich vor allem aus der Ausweitung der regionalen Qualitätsforen zur Umsetzung der Bildungsstandards mit über 3000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Zusätzlich wurden

- insgesamt 111 e-Learningveranstaltungen (davon 56 e-Learningveranstaltungen für Siemens ‚Join Multimedia‘) mit ca. 2.500 Personen,
- Veranstaltungen im Bereich der Suchtprävention (KOSS) mit über 700 Lehrkräften, ca. 4.000 Eltern und ca. 660 Schülerinnen und Schülern,
- Veranstaltungen zur Qualifikation von insgesamt 1.200 Ausbildungslehrkräften durchgeführt.

Rückmeldungen zu den Veranstaltungen

Die 2003 eingeführte Veranstaltungsrückmeldung als erster Schritt in Richtung einheitlicher und systematischer Evaluation erfolgt freiwillig, anonym und schriftlich im Anschluss an die Veranstaltung. 2005 konnten 11.189 abgegebene Rückmeldebögen ausgewertet werden, das entspricht einer Rücklaufquote von 48 %. Dabei muss berücksichtigt werden, dass bei Großveranstaltungen der Einsatz von Rückmeldebögen häufig entfallen muss.

Die Auswertung bestätigt die Ergebnisse aus den vorherigen Jahren: Die IQSH-Veranstaltungen erhalten von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gute bis hervorragende Noten.

Auswertung Veranstaltungen 2005: Ausgewertete Bögen: 11.189 Angabe in Prozent		trifft voll zu	trifft teil- wei- se zu	trifft nur im Ansatz zu	trifft nicht zu	Kann ich nicht beant- worten
1	Ich nahm an der Veranstaltung auf Grund eines Fortbildungsplans meiner Schule teil.	21,0	5.9	3.7	56.3	12.8
2	Die Inhalte entsprachen meinen Erwartungen.	63.7	28.8	4.8	1.1	1.3
3	Die Methoden waren für mich ansprechend.	64.3	27.7	5.5	1.1	1.2
4	Ich habe für meine Praxis gute Anregungen bekommen.	64.6	25.4	7,0	1.4	1.3
5	Die verteilten Materialien sind für mich nützlich.	61,0	23,0	4.9	1.5	9.3
6	Die Leitung hat die Veranstaltung klar und gut strukturiert.	79.1	16.7	2.8	0.4	0.8
7	Die Leitung war fachlich kompetent.	88.6	8.8	1.1	0.1	1.1
8	Die Leitung ist auf Erwartungen u. Beiträge der Teilnehmerinnen u. Teilnehmer gut eingegangen.	78.3	15.8	2.6	0.4	2.6
9	Das Arbeitsklima auf der Tagung war gut.	88.3	9.5	1.1	0.1	0.7
10	Mit dem Veranstaltungsort war ich zufrieden.	75.3	15.6	5.2	2.6	1,0

In ausgewählten Bereichen, wie z. B. in der Führungskräftequalifizierung, wurden ergänzende Evaluationen vorgenommen, die hier nicht aufgeführt sind.

Auch wenn Befragungen zur Zufriedenheit noch keine verlässlichen Hinweise auf Auswirkungen für die Praxis in Unterricht und Schule geben, sind sie ein unverzichtbares Instrument, um die Qualität von Fortbildungsmaßnahmen beurteilen und verbessern zu können.

C Maßnahmen zur Gestaltung schulischer Prozesse

1 Schul- und Unterrichtsentwicklung

1.1 Förderung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts

Nach Beendigung des BLK-Projektes "Steigerung der Effizienz des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts" (SINUS) im Jahre 2003 wurden mit SINUS-Transfer für Schulen der Sek I und SINUS-Transfer-Grundschule zwei Programme zur weiteren Verbreitung der Programmkonzeption an möglichst viele Schulen durch die Bund-Länder-Kommission aufgelegt. In Schleswig-Holstein beteiligen sich zum Schuljahr 2005/06 an SINUS-Transfer 136 Schulen der Sek I und an SINUS-Transfer-Grundschule 31 Schulen.

In weitgehender konzeptioneller Übereinstimmung und Zusammenarbeit mit SINUS kommen drei Programme zur Weiterentwicklung des Biologie-, Chemie- und Physikunterrichts, die durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert werden, hinzu.

SINUS-Transfer

Mit dem Einstieg in die zweite Phase zur Verbreitung von SINUS im Bereich der Sek I zum 01.08.2005 verfolgt SINUS-Transfer das Ziel, dass Lehrerinnen und Lehrer sich gemeinsam auf den Weg machen, ihren Unterricht in Mathematik und den Naturwissenschaften weiter zu entwickeln. Die 10 Module des Programms, die sich auf besondere Problembereiche, wie Aufgabenkultur, Vermittlung von Basiswissen, naturwissenschaftliches Arbeiten, aber auch „Selbstorganisiertes Lernen“ beziehen, bieten dafür einen erprobten Orientierungsrahmen.

Ein zentrales Leitprinzip von SINUS-Transfer ist der unterrichtsbezogene Austausch und die enge Zusammenarbeit in der Fachgruppe an der jeweiligen Schule sowie in den Schulsets. Die besonderen Fragestellungen in den Fachgruppen der beteiligten Schulen stellen den Ausgangspunkt für die konkrete Zielsetzung der weiteren Arbeit dar.

Erste Ergebnisse einer Evaluation durch den Programmträger, das Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN, <http://www.ipn.uni-kiel.de/>), die mit nationalen PISA-Instrumenten durchgeführt wurde, zeigen, dass SINUS im Verlauf der Programmzeit auf allen untersuchten Ebenen nachweisbare positive Wirkungen entfaltet hat.

Nach Beendigung des Programms (Mitte 2007) sollen die Ergebnisse von SINUS-Transfer in Schleswig-Holstein auf verschiedenen Ebenen genutzt werden für

- die Umsetzung der Bildungsstandards in Mathematik und für die Naturwissenschaften,
- die Qualifizierung für Schulpraktika in der ersten Phase der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung an der Universität,
- das Aus- und Fortbildungsangebot des IQSH.

<http://www.sinus-transfer.de/>

SINUS-Transfer Grundschule

Als Folgerung aus den Ergebnissen nationaler wie internationaler Schulleistungsstudien verfolgt das Programm SINUS-Transfer-Grundschule das Ziel, den mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht unter den besonderen Bedingungen der Grundschule weiter zu entwickeln. Im Programm soll eine Unterrichtskultur gefördert werden, die besonderen Wert legt auf

- Vermittlung von Problemlösekompetenzen,
- erhöhte Motivation von Schülerinnen und Schülern,
- Anschlussfähigkeit des Wissens,
- Lernen in nachvollziehbaren Sinnzusammenhängen.

Dabei soll nach praktischen Lösungen gesucht werden, wie heterogene Gruppen besser als bisher gefördert und Schülerinnen und Schüler ihre mathematischen wie naturwissenschaftlichen Kompetenzen generell verbessern können. SINUS-Grundschule will darüber hinaus Wege aufzeigen, die enge Koppelung zwischen Kompetenzerwerb und sozialer Herkunft zu verringern und geschlechtsspezifische Differenzen im Kompetenzerwerb auszugleichen.

Dazu ist es erforderlich, die Professionalität der nicht selten fachfremd unterrichtenden Lehrkräfte für Themen vor allem aus dem Bereich der Mathematik, Physik, der Chemie und der Technik durch geeignete Angebote des Programms zu erweitern.

Seit Beginn des Schuljahres 2004/05 beteiligen sich Lehrkräfte von insgesamt 31 Grundschulen in drei regionalen Netzwerken (Raum Lübeck, Raum Kiel, Landkreis Dithmarschen) an dem Programm. Zum Schuljahr 2007 soll die Anzahl der beteiligten Schulen verdoppelt werden, um schrittweise eine Verbreitung der Programmsergebnisse zu gewährleisten.

Der Schwerpunkt in den Netzwerken Lübeck und Kiel liegt in der Entwicklung „guter Aufgaben“ für den naturwissenschaftlichen Sachunterricht. Das Set im Landkreis Dithmarschen ist im Mai 2005 als Kooperationsprojekt von SINUS-Transfer und SINUS-Transfer-Grundschule aufgebaut worden und widmet sich der Entwicklung „guter Aufgaben“ für den Unterricht im Fach Mathematik. <http://www.sinus-grundschule.de/>

Biologie im Kontext (BIK)

Das BMBF-Projekt „Biologie im Kontext (BIK)“ fördert auf Grundlage der KMK-Bildungsstandards für den Mittleren Schulabschluss im Fach Biologie die Kompetenzentwicklung der Schülerinnen und Schüler im Biologieunterricht der Sekundarstufe I. „BIK“ strukturiert die Vielfalt biologischen Wissens mit Hilfe grundlegender Konzepte und bezieht das zu erlernende Wissen auf alltägliche Zusammenhänge der Schülerinnen und Schüler wie auf wissenschaftliche Anwendungsfelder.

Die beteiligten Lehrkräfte entwickeln und erproben Unterrichtskonzeptionen und Aufgabenbeispiele zur Kompetenzförderung im Biologieunterricht und werden dabei durch Wissenschaftler unter der Federführung des IPN unterstützt.

<http://www.ipn.uni-kiel.de/projekte/bik/bik.html>

Physik im Kontext („piko“)

Das BMBF-Projekt „piko“ (Laufzeit von 2003 bis 2006) zur Weiterentwicklung des Physikunterrichts an allgemein bildenden Schulen will die naturwissenschaftliche Grundbildung der Schülerinnen und Schüler fördern und ihre Aufgeschlossenheit gegenüber physikalischen wie technischen Fragestellungen steigern. Das Programm arbeitet nach drei Leitlinien:

- Entwicklung einer neuen Lehr-Lern-Kultur,
- Förderung naturwissenschaftlicher Denk- und Arbeitsweisen sowie der Wissensanwendung,
- Vermittlung von Grundideen moderner Physik und Technologie.

Unter Beteiligung mehrerer Universitäten und Koordination durch das IPN zielt „piko“ auf die enge Zusammenarbeit von Physiklehrkräften und Fachdidaktikern in Teams (Schulsets) bei der Entwicklung, Erprobung und Evaluation neuartiger Unterrichtskonzepte. Bundesweit kooperieren zurzeit etwa 160 Lehrkräfte von 70 Schulen in insgesamt 15 Schulsets aus elf Bundesländern (Schuljahr 2005/06). In Schleswig-Holstein bilden Lehrkräfte von 12 Haupt-, Real- und Gesamtschulen ein Schulset.

Die ersten Evaluationsergebnisse zeigen, dass „piko“ bei den Lehrkräften überwiegend auf großes Interesse und hohe Akzeptanz stößt. Lehrkräfte schätzen v. a. den Austausch von Ideen und Materialien mit Fachkollegen sowie die Chance, neue Unterrichtskonzepte zusammen zu entwickeln und zu testen.

<http://www.uni-kiel.de/piko/>

Chemie im Kontext („CHiK“)

Das BMBF-Projekt (ab 2002 bis 2008) zielt auf die Weiterentwicklung des Chemieunterrichts durch einen neuen Ansatz der Lehrerfortbildung. Lehrkräfte arbeiten in Teams in enger Kooperation mit der Bildungsverwaltung und der Bildungsforschung zusammen. In der ersten Phase stand die Entwicklung von Kontext-Unterrichtseinheiten im Vordergrund, in der Transfer-Phase geht es um die Einbeziehung der Bildungsstandards und die Implementation der „CHiK“-Arbeit in die Fortbildungsstrukturen der beteiligten Länder.

In Schleswig-Holstein arbeiten im Projekt „Chemie im Kontext“ Lehrkräfte in 4 Schul-Sets zusammen, davon eines mit Lehrkräften aus Gymnasien, ein weiteres mit Lehrkräften aus Gesamtschulen, Realschulen und Gymnasien; zwei Sets arbeiten mit Lehrkräften aus Hauptschulen.

Die Arbeit wird durch verschiedene wissenschaftliche Arbeiten evaluiert und über deren Ergebnisse optimiert. Die bisherigen Ergebnisse belegen eine deutliche Steigerung der Kooperation zwischen Lehrkräften im Projekt. Bei Schülerinnen und Schülern, die nicht zu den leistungsstärksten gehören, führt ein Unterricht nach „Chemie im Kontext“ zu besseren Lernleistungen. Die methodische Vielfalt hat zu einer deutlichen Steigerung der Akzeptanz des Chemieunterrichtes geführt, und zwar sowohl bei Lehrkräften wie bei Schülerinnen und Schülern. Die Aufgaben für den Unterricht aus dem Programm sind ein fester Bestandteil bei der Implementation der Bildungsstandards in den Qualitätsforen des IQSH.

<http://www.chik.de/>

1.2 Demokratiepädagogik, Förderung sozialer Kompetenzen, Sucht- und Gewaltprävention

1.2.1 BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“

Sieben Schulen (drei Real-, drei Hauptschulen und eine Gesamtschule) arbeiten in Schleswig-Holstein seit August 2002 bis Mitte 2007 an dem Ziel, eine demokratische Schulkultur zu entwickeln und Mitwirkungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern als festen Bestandteil des Schulalltags zu verankern.

Die einzelnen Maßnahmen zielen auf drei Ebenen:

- Unterricht,
- Mitgestaltung des Schullebens, Stärkung der SV-Arbeit,
- Öffnung in das schulische Umfeld.

Unterricht:

Mitwirkung und Mitbestimmung werden im Unterricht Gegenstand des Lernens, z. B. durch die Einrichtung von Wahlpflichtkursen, um Schülerinnen und Schüler für SV-Arbeit, kommunale Beteiligung (Jugendrat) oder Gestaltung des Schullebens möglichst praktisch zu qualifizieren. Schülerinnen und Schüler üben z. B. das Formulieren von Anträgen, die Präsentation von Anliegen oder das Auftreten vor einer größeren Gruppe; ein regelmäßig stattfindender Klassenrat wird eingerichtet oder im fächerübergreifenden Unterricht eine Klassenfahrt selbstständig geplant.

Mitgestaltung des Schullebens, Stärkung der SV-Arbeit:

Die Einrichtung eines Schülerkiosk, Beteiligung an Aufsichten, Nichtraucherclub, Hausaufgabenhilfe oder Pausenangebote sind Beispiele für eine konkrete Mitgestaltung des Schullebens, die Übernahme von Aufgaben und Verantwortung. Das zentrale Element zur Entwicklung einer demokratischen Schulkultur ist jedoch die Stärkung der SV-Arbeit. Im Rahmen des Modellprogramms wurden verschiedene Schulungen für Schülerinnen und Schüler sowie für Verbindungslehrkräfte durchgeführt und weiteren Schulen angeboten.

<http://www.blk-demokratie.de/>

Öffnung in das schulische Umfeld:

Auf dieser Ebene werden verschiedene Maßnahmen beschrieben, die zu einer Öffnung von Schule und Kooperation mit außerschulischen Partnern beitragen. Als besonders erfolgreiches Modell ist hier das Wahlpflichtangebot des „Service Learning“ zu nennen, in dem Schülerinnen und Schüler sich in der Gemeinde ehrenamtlich betätigen und im Unterricht ihre Erfahrungen reflektieren und vertiefen. Das „Service Learning“ lässt sich gut mit anderen schulischen Anforderungen wie dem Berufswahlpass verbinden. Andere Kooperationen finden z. B. mit dem Kreisjugendring, dem Kreistag oder ortsansässigen (Beratungs-) Einrichtungen statt, die Schülerinnen und Schülern das Blickfeld und den Handlungsrahmen erweitern.

<http://www.blk-demokratie.de/fortbildung/interne-fortbildung/service-learning.html>

1.2.2 Drogenfreie Schule, Gewalt- und Suchtprävention in der Schule

Gesundheitserziehung und als ein besonderer Teil davon die Suchtprävention leisten einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrages. Maßnahmen zur Gewaltprävention sollen ein angst- und gewaltfreies Schulklima für alle Schülerinnen und Schüler als wesentliche Grundlage und Voraussetzung förderlicher Lernbedingungen gewährleisten. Diese Zielsetzung wird durch vielfältige Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus, die in den vergangenen Jahren in Schleswig-Holstein fortgeführt oder neu eingeleitet wurden, umgesetzt.

<http://praevention.lernnetz2.de/>.

„Prävention im Team (PIT)“

Seit 1997 wird das Programm „Prävention im Team (PIT)“ angeboten und seitdem von vielen Schulen nachgefragt. „PIT“ ist ein Projekt für kriminalpräventiven Unterricht für die Sek I mit den thematischen Bausteinen „Gewalt“, „Diebstahl“ und „Sucht“, das in mehrjähriger, enger Zusammenarbeit von einer Arbeitsgruppe des Landesrates für Kriminalitätsverhütung entwickelt worden ist. IQSH und Landeskriminalamt führen seitdem jährlich zwei landesweite Fortbildungen für Lehrkräfte und Polizeibeamte durch, an denen insgesamt 279 Schulen mit 371 Lehrkräften und 302 Polizeibeamten teilgenommen haben.

Mehrere Umfragen bei den beteiligten Schulen belegen den großen Erfolg dieses Projekts wie auch die Tatsache, dass „PIT“ inzwischen von anderen Bundesländern übernommen und 2004 mit dem „Deutschen Förderpreis Kriminalprävention“ der Stiftung Kriminalprävention ausgezeichnet worden ist.

<https://www.polizei.schleswig-holstein.de/internet/vorbeugung-und-beratung/aktionen-und-projekte/praevention-im-team/startseite.html>

„AGGAS-Projekt“

1998 wurde in Lübeck das Modellprojekt „AGGAS“ (Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt an Schulen) gemeinsam vom 2. Polizeirevier Lübeck sowie dem Schulamt eingeführt und inzwischen auf alle Lübecker Schulen ausgeweitet. Ziel ist es, den Kontakt zwischen Polizei und Schule herzustellen und jeder Schule einen festen Ansprechpartner zur Verfügung zu stellen. „AGGAS“ enthält sowohl präventive als auch „repressive“ Elemente: Es werden strafrechtliche Vorfälle zeitnah in Zusammenarbeit mit den Beteiligten, soweit möglich und sinnvoll aufgearbeitet und Lösungsansätze erarbeitet, die für die Beteiligten (Opfer, Täter, Zeugen, Lehrkräfte) tragbar sind. Auf Anregung der Gemeinsamen Strategiekommision Polizei/Staatsanwaltschaft (AG Gewaltdelikte) soll dieses Projekt 2006 auf weitere Schulen ausgeweitet werden.

<http://www.verantwortung.de/nt/projekt/01/schwerpunkte/vernetzung/trouble/trouble.html>

Streitschlichter/Konfliktlotsen

Seit 1999 werden vom IQSH in Zusammenarbeit mit dem Schulpsychologischen Dienst und dem Beratungslehrerverband Schleswig-Holstein Lehrkräfte als Multiplikatoren ausgebildet, die ihrerseits Schülerinnen und Schüler als Streitschlichter/Konfliktlotsen ausbilden.

Interkulturelle Bildung

Im Bereich der Interkulturellen Bildung und Erziehung, die eng mit Fragen der Gewaltprävention verbunden ist, bietet das IQSH weiterhin den einzelnen Lehrerinnen und Lehrern, den Schulen, aber auch Eltern umfangreiche Beratung und Hilfestellung an. So wurde unter anderem ein Arbeitskreis gegen Rechtsradikalismus und Rassismus eingerichtet. Im Rahmen der durch diesen Personenkreis angebotenen Fortbildungsveranstaltungen wurden dabei geeignete Unterrichtsmaterialien eingesetzt, die sich gegen Diskriminierung jeder Art wenden. In diesem Kontext stehen auch die koordinierenden Gespräche zum Projekt des Landessportverbandes „Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit“.

<http://www.lsv-sh.de/fairandfun/sgg.html>

Schulen, die am Projekt „Schulen ohne Rassismus“ teilnehmen, werden durch die IQSH-Beauftragten für Interkulturelle Erziehung/Deutsch als Zweitsprache intensiv unterstützt, z. B. durch schulinterne Lehrerfortbildung.

Mit der Islamischen Religionsgemeinschaft Schleswig-Holstein e.V., die sich als Brücke zwischen ihren Mitgliedern und den Institutionen in Schleswig-Holstein versteht, werden Gespräche geführt, um gemeinsam Ansätze zur verbesserten Integration und zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses zu erarbeiten. Diese Zielsetzung wird vor allem in zahlreichen Religions-Fortbildungen umgesetzt u. a. mit dem PTI (Pädagogisch-Theologisches Institut Nordelbien) und durch die Bezirksbeauftragten für Religion.

Suchtprävention

Die „Koordinationsstelle Schulische Suchtvorbeugung (KOSS)“ arbeitet auf dem Gebiet der Suchtvorbeugung im Rahmen der Lehrerfortbildung und der direkten Beratung und Begleitung einzelner Schulen. Die „KOSS“ ist dem IQSH zugeordnet und kooperiert eng vernetzt mit der LSSH (Landesstelle gegen die Suchtgefahren), um schulische und außerschulische Institutionen effektiv miteinander zu verbinden.

In ihren Jahresberichten und im Fächerportal⁷ stellt die „KOSS“ ihre Arbeit, insbesondere in unterschiedlichen Projekten mit Kooperationspartnern, dar (z. B. Projekt „Gläserne Schule“). Zeitgleich mit der Veröffentlichung des Erlasses „Rauch- und Alkoholverbot an Schulen“ hat die „KOSS“ Anfang 2006 die Schrift „Rauchfreie Schule“ herausgegeben, mit der die Schulen bei der Umsetzung des Erlasses unterstützt werden. Hier finden die Schulen nicht nur Hinweise auf alle bestehenden Projekte zu den Themen „Einstiege verhindern“ und „Ausstiege ermöglichen“, sondern auch Beispiele für den konsequenten und zugleich pädagogischen Umgang mit dem Erlass.

<http://www.koss.lernnetz2.de/>

⁷ <http://faecher.lernnetz2.de/> (Suchtvorbeugung)

1.3 Berufsorientierung: Zusammenarbeit Schule - Wirtschaft Einführung des Berufswahlpasses

Der Berufswahlpass (BWP) ist als gemeinsames Vorhaben im „7-Länder-Nordverbund“ entwickelt und bis zum August 2005 in den Hauptschulen eingeführt worden. Der Berufswahlpass ist

- ein Instrument zur Förderung der Selbstverantwortung der Schülerinnen und Schüler und zur individuellen Lernplanung,
- ein Mittel zur Dokumentation der Projekte und Maßnahmen im Rahmen der Berufsorientierung - wie z. B. Praktika, Unterrichtsprojekte, schulische und außerschulische Veranstaltungen - bzw. besonderer Lernleistungen,
- Unterlage zur Unterstützung des beruflichen Entscheidungsprozesses der Schülerinnen und Schüler,
- ein Mittel zur gemeinsamen Auseinandersetzung über den Verlauf des Berufswahlprozesses der Schülerinnen und Schüler,
- Anlass für die Schule, ihr Berufsorientierungscurriculum zu formulieren und zu präzisieren.

Mit der Arbeit an einem Berufswahlpass können die Hauptschulen schon in der Mittelstufe mit der Berufsorientierung beginnen, Eltern stärker in den Orientierungsprozess einbinden und damit im Ergebnis die Berufswahlvorbereitung intensivieren, um spätere Ausbildungsabbrüche zu vermindern. Auf diese Weise wird die schon bestehende Berufswahlvorbereitung in der Hauptschule um einen weiteren wichtigen Baustein ergänzt und der Übergang in die Ausbildung verbessert.

Die landesweite Einführung wurde bis zum Ende des Projektes am 30.9.2005 durch die Landeskoordinatorin begleitet. Die Kreisfachberaterinnen und -berater für Berufsorientierung und die bisherigen Projektschulen wirken weiterhin als Multiplikatoren mit und unterstützen die Verbreitung des BWP. Alle künftigen schulischen und außerschulischen Maßnahmen zur Unterstützung der Berufsorientierung an allgemein bildenden Schulen sollen dem Ziel des Berufswahlpasses dienen und Teil des Konzeptes werden. Nur durch diese Bündelung ist gewährleistet, dass der Bereich Berufsorientierung für alle Beteiligten übersichtlich bleibt.

<http://www.berufswahlpass.de/>

Weiterentwicklung der Betriebspraktika

Die Praxisbegegnung in der Form von Betriebspraktika am Ende des 8. und am Anfang des 9. Schuljahres wird weiter entwickelt, um damit den Schülerinnen und Schülern durch betriebliche Erfahrungen konkrete Lernanlässe und Lernmotivation zu vermitteln. Die bisherigen guten Erfahrungen mit Langzeitpraktika (ein Betriebstag pro Woche) sind die Grundlage, auf der allen Schülerinnen und Schülern der 8. und 9. Klassenstufe der Hauptschule Praxistage in Betrieben ihrer Umgebung ermöglicht werden sollen. Die Schulen entscheiden über den Umfang in eigener Zuständigkeit. Mit dem verstärkten Praxisbezug verändert sich der Bildungsgang in der Hauptschule. Durch diese Form des Praktikums macht die Schule in Kooperation mit Betrieben ein Bildungsangebot, mit dem über praktisches Handeln Kompetenzen und Einstellungen vermittelt werden, die für eine erfolgreiche Arbeitsweltorientierung

von entscheidender Bedeutung sind. Praktika in Blockform sollen auch außerhalb des Schuleinzugsbereiches und in den Ferien ermöglicht werden.

Die Schulen wenden sich darüber hinaus verstärkt der Weiterentwicklung der Berufsorientierung zu. Schwerpunkte dabei sind

- ein früherer Beginn der Arbeitsweltorientierung (bereits ab Klassenstufe 5),
- die Erprobung neuer Praxisformen (wöchentlicher Praxis- oder Betriebstag),
- die Zertifizierung von Praxisleistungen durch die Betriebe („Arbeitszeugnis“),
- der Ausbau von Partnerschaften mit Betrieben und
- die verstärkte Mitarbeit der Eltern.

Diese Elemente sollen Bestandteil eines Schulcurriculums für Berufsorientierung werden.

In der Durchführung der Betriebspraktika und deren inhaltlicher Weiterentwicklung werden die Schulen seit Jahren aktiv unterstützt von Kreisfachberaterinnen und -beratern für Berufsorientierung, von den Betrieben des Landes, den Kammern und der Handwerkerschaft. Darüber hinaus tragen z. B. Lehrerbetriebspraktika, die zahlreich bestehenden regionalen Arbeitskreise Schule-Wirtschaft, der Besuch von Ausbilderinnen und Ausbildern in den Schulen, Betriebsbesichtigungen, der Besuch von Berufsinformationszentren und Jobbörsen zur Berufsberatung und zur verstärkten inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Berufswahl bei.

Flexible Übergangsphase

Im Zusammenhang mit dem Ziel, möglichst vielen Schülerinnen und Schülern einen Abschluss zu ermöglichen und den Übergang ins Berufsleben erfolgreich vorzubereiten, steht auch die Einführung einer neuen Schulausgangsphase.

An die Stelle des freiwilligen 10. Schuljahres der Hauptschule tritt künftig die Flexible Übergangsphase (FlexPhase) für Schülerinnen und Schüler, die eine längere Lernzeit benötigen, um den Hauptschulabschluss zu erreichen. Mehrere Hauptschulen können in Zusammenarbeit mit einem Förderzentrum eine FlexPhase bilden, die mit Jahrgangsstufe 8 beginnt und drei Jahre dauern kann. Durch verstärkte Praktika und intensive Berufsorientierung soll die Zielsetzung, die Lernmotivation zu wecken und den Hauptschulabschluss zu erreichen, umgesetzt werden. Der Besuch ist freiwillig.

Potenzialanalyse

Die Potenzialanalyse als ein an Stärken orientiertes Verfahren hat zum Ziel, innerhalb von fünf unterschiedlichen Kompetenzbereichen (sozialer, handwerklicher, sprachlicher, logischer und mathematischer Kompetenzbereich) die individuellen Stärken, Fähigkeiten und Haltungen jeder Schülerin und jedes Schülers wahrzunehmen und zu dokumentieren.

Viele Schülerinnen und Schüler an der Schwelle zwischen Schule und Beruf sind sich häufig der Bedeutung der Entscheidung nicht bewusst und unsicher hinsichtlich ihrer zukünftigen beruflichen Orientierung. Die Erkenntnisse aus der Potenzialanalyse sind z. B. eine geeignete Grundlage zur Gestaltung eines effektiven Bewerbungstrainings mit dem Ziel, junge Menschen zu eigenständigen und erfolgreichen Bewerbungsaktivitäten zu befähigen. Dies beinhaltet unter anderem die Befähigung

- zur Entwicklung von Bewerbungsstrategien,
- zur eigenständigen Nutzung des Stellen- und Bildungsangebotes,
- zur Gestaltung von Bewerbungsunterlagen
- zur Vorbereitung auf Vorstellungsgespräche und Testverfahren.

Zahlenangaben seit Start der Maßnahme im Mai 2005:

1.	Schülerinnen und Schüler 2005 wurden ca. 90, 2006 bisher ca. 220 Schülerinnen und Schüler durch diese Maßnahme erfasst.
2.	Trainerinnen und Trainer Bisher wurden 33 Lehrkräfte/JAW-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter zu Trainerinnen und Trainern ausgebildet.
3.	Assessorinnen und Assessoren Von den Kreisfachberaterinnen und -beratern für Berufsorientierung wurden 12, von den JAWs in Schleswig-Holstein wurden 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Assessorinnen und Assessoren geschult und können zur Beobachtung in Assessmentverfahren eingesetzt werden.
4.	Erzieherfachklassen Schleswig-Holstein nimmt die Beobachterschulung auch in die Ausbildung angehender Erzieherinnen und Erzieher auf. In Erzieherfachklassen in Lübeck, Neustadt/Lensahn, Neumünster und Schleswig sind bereits entsprechende Schulungen durchgeführt worden.

Berufsorientierungscurriculum

Die Elemente zur Berufsorientierung sind eingebettet in die regionalen und personalen Gegebenheiten des Umfeldes der Schule. Da Berufsorientierung nicht einem Fach zugeordnet, sondern integrativer Bestandteil fast aller Fächer ist, sind die Schulen aufgefordert, ein schuleigenes Curriculum zur Berufsorientierung zu entwerfen, das geplante Maßnahmen, ihre zeitliche Einordnung und Zuständigkeiten der Fächer sowie der Lehrkräfte beschreibt. Das Curriculum zur Berufsorientierung ist Bestandteil des langfristigen Arbeitsplans der Schule.

1.4 UNESCO-Schulen/Baltic-Sea-Project

In dem weltweiten Schulnetzwerk der UNESCO arbeiten 160 deutsche, davon 9 schleswig-holsteinische Schulen mit. Gemeinsam ist allen „unesco-projekt-schulen“ (ups <http://ups-schulen.de/>) die Verankerung der Themen „internationale Verständigung, Nachhaltigkeit und interkulturelles Lernen“ in ihren Schulprogrammen. Themen wie Menschenrechte, Umwelt-

schutz und Toleranz werden im Unterricht schwerpunktmäßig behandelt und in Form von Projektarbeit vertieft. Das Netzwerk der „unesco-projekt-schulen“ bietet vielfältige Anregungen und Materialien für die schulische Arbeit. Jede UNESCO-Schule hat Partnerschaftsprojekte mit Schulen aus anderen Ländern und gestaltet Austauschprogramme. Gemeinsam wird bundesweit alle 2 Jahre ein internationaler Projekttag veranstaltet, im Jahr 2006 zum Thema „Lebens(t)raum Sport: fit - friedlich - fair - für Eine Welt“.

Das Ostseeprojekt (Baltic Sea Project, BSP) ist ein internationales Schulprojekt der „unesco-projekt-schulen“. Die BSP-Schulen bilden ein Netzwerk von Schulen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Bildungsbehörden und den nationalen UNESCO-Kommissionen in den Ostseeanrainerstaaten. Sie kooperieren mit Kommunen, Universitäten und Wirtschaftsunternehmen in der Region. In Schleswig-Holstein gibt es 7 BSP-Schulen, in Deutschland 25 und in allen 9 Anrainerstaaten zusammen 446.

Die Schwerpunkte der Arbeit liegen in den Bereichen „Umweltbildung“ und „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Schülerinnen und Schüler führen jährlich Messungen und Zählungen u. a. zur Luft- und Wasserqualität der Ostsee durch. Internationale Seminare und Online-Konferenzen mit Experten aus verschiedenen Ländern wie 2006 zum Thema: „DEMOCRACY - Participate in the Process“ sorgen für den gegenseitigen Austausch. Die internationale Online-Konferenz „Agenda 21 NOW!“ wurde im April 2006 von fünf Baltic Sea Project Schulen koordiniert. Im September 2005 wurde von den UNESCO- und den BSP-Schulen in Schleswig-Holstein erstmalig gemeinsam eine Bundestagung zum Thema „Nachhaltigkeit lernen“ durchgeführt. Schülerinnen und Schüler verfassen regelmäßig Publikationen wie die BSP-Newsletter. Zum Thema Recycling wurde im Rahmen eines Unterrichtsprojekts ein „Learner’s Guide“ mit Beiträgen aus zwölf Nationen erarbeitet.

<http://www.bspnews.kiss.pl/>

http://www.ups-schulen.de/projekte_baltic.php

<http://www.agenda21now.org>

1.5 Europaschulen/Europaklasse

„Europa in der Schule“ steht für pädagogisch gestaltetes, handlungsorientiertes europäisches Engagement der Schulen, das durch pädagogische Leitlinien und Programme der EU gefördert wird. Der

Gedanke europäischer Zusammenarbeit wird im Unterricht, in Projekten, Begegnungen, Austauschmaßnahmen, Schulpartnerschaften und Wettbewerben, wie z. B. dem Europäischen Wettbewerb, an dem allein über 3000 Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein jährlich teilnehmen, umgesetzt.

In Schleswig-Holstein gibt es zurzeit 27 Europaschulen, die sich mit einem eigenen Profil für das europäische Miteinander und die europäische Zusammenarbeit engagieren. Zur Förderung der europäischen Schulentwicklung werden Verfahren zur internen und externen Evaluation z. B. mit einem speziellen Europaprofil im Rahmen von EVIT bereitgestellt.

Europa in der Schule



Der Verein „Europaschulen Schleswig-Holstein“ fördert mit Unterstützung des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa unter anderem europäische Auslandspraktika von Auszubildenden wie Schülerinnen und Schülern und organisiert jährlich eine Fachtagung der Europaschulen mit pädagogischen Schwerpunkten.

Ein besonderes Internetforum (<http://www.europa.lernnetz2.de/>) unterstützt Schulen in Schleswig-Holstein darin, ein europäisches Profil auszubilden und stellt pädagogische Informationen sowie Materialien zur Verfügung.

Die grenzübergreifende „Europaklasse“ mit gemeinsamem Unterricht für die dreijährige Oberstufe an den Gymnasien Niebüll und Tondern stärkt die Praxis gemeinsamen Lernens und fördert das Zusammenwachsen in der deutsch/dänischen Grenzregion. Die Schülerinnen und Schüler werden mit den kulturellen, gesellschaftlichen sowie ökonomischen Strukturen des jeweiligen Nachbarlandes und Europas vertraut gemacht und Sprachkenntnisse intensiv gefördert. Das abschließend erworbene Abitur ist im Curriculum und im Umfang dem Europäischen Abitur der Europäischen Schulen vergleichbar.

<http://fps-niebuell.de/>

1.6 Internationale Begegnungen

Die EU formuliert acht sogenannte Schlüsselkompetenzen als zentrale Bausteine der Grundbildung und des lebenslangen Lernens, die durch internationale Begegnungen entwickelt und gefördert werden sollen:

- muttersprachliche Kompetenz,
- fremdsprachliche Kompetenz,
- mathematische Kompetenz und grundlegende naturwissenschaftlich-technische Kompetenz,
- Computerkompetenz,
- Lernkompetenz,
- interpersonale, interkulturelle und soziale Kompetenz sowie Bürgerkompetenz,
- unternehmerische Kompetenz,
- kulturelle Kompetenz.



Ein Internetportal (<http://internationale-begegnungen.lernnetz2.de/>) dient als Informationsforum für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studentinnen und Studenten sowie Lehrerinnen und Lehrer aus Schleswig-Holstein, die eine internationale Begegnung als Aufenthalt, berufliche Tätigkeit, Austausch, Begegnungsprojekt oder Weiterbildungsmaßnahme anstreben.

Hier finden sich u. a. Informationen zum Aufbau von Schulpartnerschaften, zum Erwerb des „europass“ Sprachenpasses zu Austausch- und Stipendienprogrammen bis hin zu eLearning-Projekten. <http://www.europass-info.de/>,

Das Bildungsministerium unterstützt zurzeit mit personellen Ressourcen die folgenden schulischen Begegnungs- und Austauschprogramme:

- die schulbezogenen Comenius-Programme der EU,
- die Programme des Deutsch-Französischen Jugendwerkes,
- die über Länderabkommen vereinbarten Programme zum individuellen Schülerinnen- und Schüleraustausch mit Frankreich (Voltaire und Pays de la Loire), mit der Schweiz und Kanada/Saskatoon,
- die Programme des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes,
- Austauschprogramme des Pädagogischen Austauschdienstes (PAD) der Kultusministerkonferenz, <http://www.kmk.org/pad/home.htm>
- die Vermittlung und Betreuung schwedischer Gastschülerinnen und –schüler im Rahmen des Programms „1 Jahr in Deutschland“,
- die Vermittlung englischer Gastschülerinnen und -schüler im Rahmen des Anglo-German-Fellowship-Programms.

Das Bildungsministerium fördert finanziell und personell den Austausch von Fremdsprachenassistentinnen und –assistenten, um durch „native speaker“ den Fremdsprachenunterricht zu unterstützen, aber auch um schleswig-holsteinischen Studentinnen und Studenten in ihren Fremdsprachenkompetenzen zu professionalisieren. Ferner engagieren sich bis zu 30 Schulen in Schleswig-Holstein jedes Jahr innerhalb des Hospitationsprogramms des Pädagogischen Austauschdienstes (PAD) und nehmen für einige Wochen Deutschlehrerinnen und –lehrer aus ehemaligen Ostblockländern zur Weiterentwicklung ihrer deutschsprachigen Kompetenzen auf. Im Rahmen des Weiterbildungsprogramms unterrichtet im jährlichen Wechsel eine Deutschlehrerin aus Lateinamerika an einer Schule in Schleswig-Holstein.

Zwei Schulen in Schleswig-Holstein beteiligen sich am Sprachkursprogramm des PAD. Dadurch wird Schülerinnen und Schülern vornehmlich aus den ehemaligen Ostblockländern eine vertiefende deutschsprachige und kulturelle Weiterbildungsmöglichkeit geboten.

Zur Unterstützung der Ziele der auswärtigen Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland werden vom Bildungsministerium Lehrerinnen und Lehrer in den Auslandsschuldienst als Auslandsdienstlehrkräfte beurlaubt. Vier schleswig-holsteinische Lehrkräfte dieses Landesprogramms unterrichten speziell zur Förderung der deutschen Sprache in den ehemaligen Ostblockstaaten, um Schülerinnen und Schülern auf das Deutsche Sprachdiplom vorzubereiten.

Im Rahmen des Aufbaus von Schulpartnerschaften unterhalten eine Reihe von Schulen in Schleswig-Holstein Partnerschaften mit über 30 Staaten der Erde, die entweder von den Schulen selbst in die Wege geleitet oder im Rahmen von Partnerschafts- und speziellen Austauschprogrammen organisiert werden. Hierzu gehören die Comenius-Partnerschaftsprojekte im Rahmen des Sokrates-Programms, das vor allem der Verbreitung des Europagedankens in der Projektarbeit und der Entwicklung der Fremdsprachenkompetenz dient. Unterstützt durch die Beratung im Bildungsministerium melden sich jährlich Schulen für über 40 Projekte an. <http://www.kmk.org/pad/sokrates2/>

Den Schulen kommt eine besondere Rolle im Rahmen der Zusammenarbeit von Schleswig-Holstein mit den Ostseeanrainerländern zu. 2005 sind allein im Ostseeraum 181 Schulpartnerschaften zu verzeichnen, wobei Polen als Partnerland an der Spitze steht.

2 Verstärkung der Förderorientierung

Die Ergebnisse nationaler wie internationaler Studien zeigen übereinstimmend, dass in einer verstärkten Förderorientierung die zentrale Herausforderung für alle Schulen liegt, um jeder Schülerin und jedem Schüler die bestmögliche schulische Bildung zu vermitteln. Dazu gehört,

- die hohe Anzahl von Wiederholungen, Zurückstellungen, Schrägversetzungen und Schulabbrüchen weiter zu reduzieren,
- für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen,
- die Qualität aller Bildungsgänge weiter zu erhöhen,
- das Kompetenzniveau der Schülerinnen und Schüler schrittweise an die internationale Spitzengruppe heranzuführen.

Dieser Zielsetzung dient eine Reihe von Maßnahmen:

2.1 Lernpläne

Der Erlass „Lernpläne an allgemein bildenden Schulen“ gilt mittlerweile für die Klassenstufen 3 bis 8. Eine erste Evaluation nach Abschluss des Schuljahres 2004/05 zeigt, dass sich das Instrument als Möglichkeit individueller Förderung grundsätzlich bewährt, seine Wirksamkeit aber noch erhöht werden muss.

2.2 Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist entscheidend für Schulerfolg und Bildungschancen, berufliche Möglichkeiten und eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dies gilt in besonderer Weise für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Eine Auswertung der PISA-Daten nach Herkunftssprachgruppen in den OECD-Staaten (Organisation for Economic Co-operation and Development) mit vergleichbarer Migrantenpopulation belegt jedoch, dass in Deutschland die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund nicht ausreichend gelingt. Als Folge einer unzureichenden Beherrschung der deutschen Sprache und ungenügender Fördermaßnahmen sind ausländische Kinder und Jugendliche in höheren Bildungsgängen unterrepräsentiert und an Schulen, die keine weiterführende Abschlüsse anbieten, überrepräsentiert. Hinzu kommt, dass der Anteil dieser Schülergruppe an den Schulabbrüchen überproportional hoch ist. Auch die durch PISA 2003 für Schleswig-Holstein vorliegenden Befunde machen deutlich, dass eine gezielte und möglichst rechtzeitige sprachliche Förderung dieser Schülerinnen und Schüler dringend verstärkt werden muss (Angaben zu PISA siehe Kapitel D 5.7)

Kurse zur Sprachintensivförderung (SPRINT)

Je frühzeitiger ein sicherer Sprachstand erreicht wird, desto besser sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Schulstart. Deshalb haben Kindertageseinrichtungen und Grundschulen eine große Verantwortung bei der Sprachförderung. Dem Übergang von den Kindertageseinrichtungen zur Grundschule kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Landesweit liegt die Quote der Einschulungskinder mit Migrationshintergrund 2005 bei 10,2 Prozent. Die kreisfreien Städte und der Kreis Pinneberg weisen erheblich höhere Zahlen auf. Den höchsten Anteil erreicht Neumünster mit 23,2 Prozent.

Bis 2005 wurden Kurse zur Sprachintensivförderung (SPRINT) mit 10 Wochenstunden zwischen Schulanmeldung und Einschulung vor allem für Kinder aus Migrationsfamilien, die gar nicht oder nur kurz eine Kindertagesstätte besucht haben, an neun Standorten (Kiel, Lübeck, Flensburg, Neumünster, Norderstedt, Pinneberg, Bad Oldesloe, Mölln und Glückstadt) in Schleswig-Holstein durchgeführt.

Erstmalig im Herbst 2005 wurde bei den vorgezogenen Einschulungsgesprächen für das Schuljahr 2006/07 bei rund 28.500 Kindern der Sprachstand systematisch beobachtet und bewertet. Ergaben sich dabei Hinweise auf Sprachdefizite, erfolgte eine zweite Untersuchung durch Fachkräfte, um den Sprachstand dieser Kinder genauer einzuschätzen. Insgesamt 2.158 Kinder (7,5 Prozent landesweit) mit einem auf diese Weise festgestellten Sprachförderbedarf erhielten im ersten Halbjahr 2006 in 294 Kursen eine Sprachintensivförderung. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in den SPRINT-Gruppen lag bei 65 %, daneben wurden auch Kinder mit Deutsch als Erstsprache aus bildungsfernen Familien in SPRINT-Maßnahmen gezielt gefördert.

Die Sprachintensivförderung erfolgt vorrangig durch Fachkräfte für Deutsch als Zweitsprache, insbesondere Lehrkräfte und speziell fortgebildete Erzieherinnen und Erzieher, sowie durch andere geeignete Personen. Die SPRINT-Kurse umfassen in der Regel mindestens 10 Stunden in der Woche über einen Zeitraum von 20 Wochen. Sie basieren auf Materialien, die in den vergangenen Jahren erarbeitet wurden und künftig weiter entwickelt sowie festgeschrieben werden. Am Ende der SPRINT-Kurse erfolgt zukünftig eine erneute Überprüfung des Sprachstands und eine Auswertung der Kurse. Bei festgestelltem weiteren Sprachförderbedarf wird die gezielte Förderung dieser Kinder, die unabhängig vom Sprachstand eingeschult werden, in der Grundschule fortgesetzt.

Die Landesregierung beabsichtigt, ab dem Jahr 2007 eine verpflichtende Teilnahme an SPRINT-Kursen für die Kinder einzuführen, bei denen ein Sprachförderbedarf festgestellt wird.

Gemeinsame Sprachförderung von Eltern und Kindern mit Migrationshintergrund vor Schuleintritt

Die Erfahrungen zeigen, dass Kinder in ihrer Sprachentwicklung am besten gefördert werden, wenn Eltern, Kindertagesstätten und Schulen an einem Strang ziehen. Die Einbeziehung der Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund in den Bildungsprozess bereits vor

dem Schuleintritt ist daher eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche frühe sprachliche Förderung.

Dieses Ziel verfolgt das in den Niederlanden entwickelte „Rucksack-Programm“, das seit 2003 auch in Schleswig-Holstein über die Interkulturelle Elternarbeit der Gemeindediakonie Lübeck regional angeboten wird. Die Elternbegleiterinnen der „Rucksackgruppen“ sind selbst Mütter mit Migrationshintergrund, die eine Brücke zwischen der Bildungseinrichtung und den Migrantenfamilien herstellen. Für die Einbindung der Familien in die Spracherziehung und Sprachbildung steht umfangreiches Lehrmaterial bereit.

An verschiedenen Standorten in Schleswig-Holstein wird das Rucksack-Programm bereits in Verbindung mit den laufenden SPRINT-Maßnahmen in Kindertageseinrichtungen angeboten. Der Umfang der Maßnahmen zur Sprachförderung der Eltern mit Migrationshintergrund soll in den kommenden Jahren deutlich verstärkt werden.

Sprachförderung in der Schule

Die Landesregierung stellt den Schulen Schleswig-Holsteins insgesamt 220 Planstellen für die Sprachförderung zur Verfügung. Diese werden abhängig von der Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund den Kreisen anteilig zugewiesen. Der Sprachförderunterricht beginnt unmittelbar nach dem Schulstart in den Grundschulen, dabei wird die bereits im Rahmen von SPRINT-Maßnahmen vor Schuleintritt begonnene intensive Sprachförderung bei Bedarf fortgesetzt.

Seit dem Schuljahr 2002/03 werden in Schleswig-Holstein an ca. 20 ausgewählten Standorten in „Deutsch-als-Zweitsprache-Zentren“ (DaZ-Zentren) Deutsch-Intensiv-Kurse für Schülerinnen und Schüler mit äußerst geringen bzw. ohne Deutschkenntnisse angeboten.

Im Rahmen des BLK-Modellprogramms zur „Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ (FÖRMIG) wird für die DaZ-Zentren in Schleswig-Holstein ein Gesamtkonzept zur durchgängigen Sprachförderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund entwickelt. Dabei sollen die Schnittstellen Kindergarten-Grundschule-Sekundarstufe I besondere Berücksichtigung finden und Möglichkeiten zur Einbindung der Familien in die Fördermaßnahmen der Lernenden genutzt werden. Die Arbeit richtet sich auf den Aufbau von Partnerschaften mit Schulen, Kindertagesstätten sowie außerschulischen Partnern vor Ort sowie auf die Vorbereitung und Gründung neuer DaZ-Zentren.

<http://foermig-sh.lernnetz2.de/>

Die „Mercator-Stiftung“ vermittelt Kindern nichtdeutscher Muttersprache gezielten Förderunterricht in der deutschen Sprache. Der Unterricht ist kostenlos, findet nachmittags an ihrer Schule statt und wird von speziell fortgebildeten Lehramtsstudentinnen und -studenten erteilt.

In Schleswig-Holstein hat die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände (LAG) die Organisation des Projektes (Beginn 2005) übernommen. Mittlerweile erteilen 46 Studierende der Universitäten Kiel, Flensburg und Hamburg sowie der Fachhochschule Kiel in Schleswig-Holstein Sprachunterricht an 37 Schulen für ca. 550 Schülerinnen und Schüler.

Viele Förderkräfte haben selbst einen Migrationshintergrund und kennen sich mit der besonderen Situation dieser Schülerinnen und Schüler aus. Alle Förderkräfte erhalten Fortbildungen, in denen ihre allgemeinen didaktischen und fachwissenschaftlichen Kenntnisse vertieft werden. Unter Begleitung der Hochschulen und des IQSH werden die Studierenden in fächerübergreifender Sprachförderung geschult und können ihre interkulturellen Kompetenzen ausbauen.

Mercator http://www.stiftung-mercator.de/cms/front_content.php

2.3 Maßnahmen zur Förderung besonders begabter Kinder und Jugendlicher

Die Verstärkung der Förderorientierung in allen Schularten schließt nachdrücklich auch besonders begabte Schülerinnen und Schüler ein. Dabei verfolgt das Land Schleswig-Holstein einen integrativen Ansatz zur Begabtenförderung, der in einer verbesserten Wahrnehmung dieser Zielgruppe im binnendifferenzierten Unterricht, aber auch in zusätzlichen gezielten Angeboten ihren Niederschlag findet. Das „Drehtür-Modell“ erlaubt besonders begabten Schülerinnen und Schülern, aus dem regulären Unterricht in einem bestimmten Umfang in anspruchsvolle Projekte, die individuell betreut werden, zu wechseln.

Eine zusätzliche Förderung erhalten begabte Schülerinnen und Schüler durch das erweiterte Angebot von außerunterrichtlichen regionalen sog. „Enrichmentkursen“, das an immer mehr schulischen Standorten verbreitet werden soll.

Enrichment – Projekte in Schleswig-Holstein Schuljahr 2004/05 und 2005/06

Stadt/Kreis	Jahr	Organisation	Stützpunkt- schulen (i. d. R. Gym- nasien)	Anzahl nominierte Schüle- rinnen und Schü- ler	Anzahl Angebote (Kurse, Workshops)	Angebote für Klassen- stufen	Anzahl Teilnehmer
Kr. Pinne- berg (inkl. Norder- stedt)	2004/05	Stiftung Sparkasse Südholstein, betei- ligte Stützpunkt- schulen, Schulpsy- chologischer Dienst Pinneberg	6 (inkl. 2 GS, 1 IGS)	~ 500	26	2. – 13.	320
	2005/06		8 (inkl. 2 GS, 1 IGS)	~ 900	34	2. – 13.	480
Kr. Segeberg (inkl. Neu- münster)	2004/05	Stiftung Sparkasse Südholstein, beteiligte Stütz- punktschulen, Schulpsychologi- scher Dienst Pinne- berg	--	--	--	--	--
	2005/06		4	~ 80	7	6. – 7.	55
Kiel (+ angren- zende Gym- nasien ab 2006/07)	2004/05	MBF (III 331/338), beteiligte Stützpunktschulen	2	~ 250	8	4. – 13.	90
	2005/06		4	~ 700	17	4. – 13.	230
Lokale Pro- jekte: Gymn. am Mühlenberg, Bad Schwar- tau (Angebot auch für andere Gymn.)	2004/05	--	--	--	--	--	--
	2005/06	GAM	1	~ 100	2	6. – 12.	10
Gymnasium Kronwerk, Rendsburg (schulintern)	2004/05	--	--	--	--	--	--
	2005/06	Kronwerk	1	~ 25	1	5. – 6.	12
Summe	2005/06		18	~ 1805	61		~ 790

Hinzu kommt eine Reihe weiterer Aktivitäten:

- Schleswig-Holstein beteiligte sich im Schuljahr 2005/06 erstmals an der START-Initiative der HERTIE-Stiftung zur Förderung besonders begabter Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Seit Beginn des Jahres 2006 konnten mithilfe verschiedener Stifter zunächst zwölf Stipendien vergeben werden

<http://www.start.ghst.de/>.

- Auch im Schuljahr 2005/06 wurde wieder eine Schülerakademie für besonders begabte Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 12 am GKSS-Forschungszentrum Geesthacht ausgerichtet. Zwei weitere Akademien mit anderen Forschungseinrichtungen und eine JUNIOR-(Ferien-)Akademie in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für das hochbegabte Kind Schleswig-Holstein kommen im Laufe des Jahres 2006 hinzu.

Mit der derzeitigen Novellierung des Hochschulgesetzes werden die Möglichkeiten des Frühstudiums für besonders Begabte und die Anerkennung ihrer Studien- und Prüfungsleistungen auf eine verbindliche rechtliche Grundlage gestellt.

2.4 Sonderpädagogische Fördermaßnahmen

Die Förderorientierung in den allgemein bildenden Schulen wird auch unterstützt durch Sonderschullehrkräfte, die von den Förderzentren aus in diesen Schulen tätig sind. So werden je nach Bedarf u. a. folgende präventive Maßnahmen durchgeführt:

- Beratung und Unterstützung beim Umgang mit „schwierigen“ Schülerinnen und Schülern,
- Durchführung von Leseintensivmaßnahmen in Teamarbeit mit Lehrkräften der allgemein bildenden Schulen,
- Unterstützung der Arbeit in der Flexiblen Eingangsphase der Grundschule durch förderdiagnostische Tätigkeit im Team mit den Grundschullehrkräften,
- Unterstützung bei der Einführung und dem Einsatz von Lernplänen.

2.5 Unterstützung durch den Förderfonds

Zur Entwicklung einer stärkeren Förderorientierung in Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien und neuer Formen längeren gemeinsamen Lernens hat die Landesregierung einen Förderfonds im Umfang von 40 Stellen pro Jahr (insgesamt 200 Stellen auf fünf Jahre anwachsend) eingerichtet. Aus diesem Fonds können Schulen seit dem 01.08.2006 eine zeitlich befristete Unterstützung in Form von zusätzlichen Lehrerwochenstunden oder entsprechenden Finanzmitteln erhalten. Voraussetzung für eine Förderung ist die Vorlage eines Konzeptes zur Vermeidung des Sitzenbleibens, von Rückstufungen und des Schulabgangs ohne Abschluss.

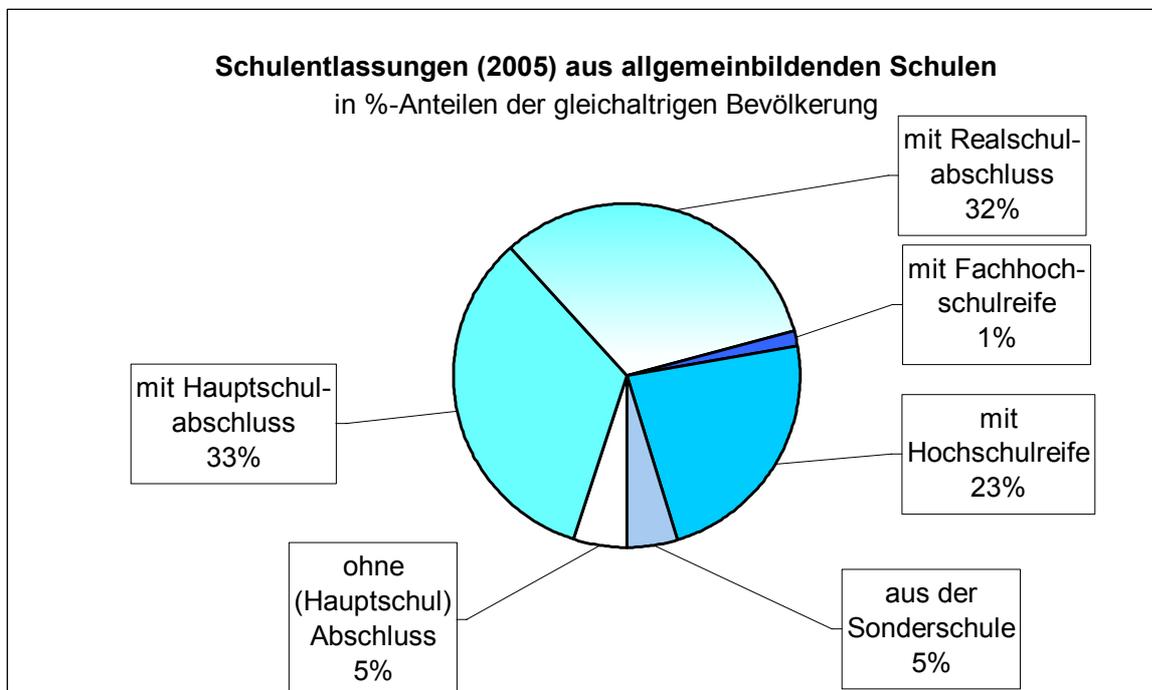
Anträgen auf Förderung aus dem Förderfonds ist ein Konzept beizufügen, das die Ausgangslage beschreibt und Aussagen zur geplanten Verwendung der zusätzlichen Mittel enthält. Dabei werden Konzepte, die Möglichkeiten der Fortführung der Maßnahmen nach Auslaufen der Förderung aufzeigen, bevorzugt. Den Anträgen ist außerdem ein Beschluss der Schulkonferenz beizufügen. Mit Aufnahme in die Förderung wird mit den Schulen eine Vereinbarung über die angestrebten Ziele geschlossen, die jährlich auf der Grundlage eines Berichtes der Schule evaluiert und fortgeschrieben wird.

D Wirkungsqualitäten

1 Bildungsabschlüsse

Schulabgänger nach Art des Abschlusses

Im Sommer 2005 wurden insgesamt 31.046 Jugendliche aus den öffentlichen und privaten allgemein bildenden Schulen des Landes Schleswig-Holstein entlassen. Mit fast gleichen Anteilen an der gleichaltrigen Bevölkerung von knapp 33% bzw. 32% sind der Hauptschulabschluss und der Realschulabschluss die häufigsten Schulabschlüsse, gefolgt von der Hochschulreife, die von knapp 23% der Abgänger im typischen Abschlussalter erworben wurde. Die Fachhochschulreife erzielten 1,3%. 5% haben die Schule ohne Abschluss verlassen, weitere 5% wurden aus Sonderschulen entlassen.



Quelle: Schulstatistik 2005/06

Absolventinnen und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen
 - öffentliche und private Schulen -
2005

Art des Abschlusses	aus Schulart	abs.
o h n e (Hauptschul-) Abschluss	Hauptschule	1.373
	Realschule	144
	Gymnasium	11
	Gesamtschule	57
	zusammen	1.585
m i t Hauptschulabschluss	Hauptschule	9.692
	Sonderschule	40
	Realschule	308
	Gymnasium	46
	Gesamtschule	672
zusammen	10.758	
mit Realschulabschluss	Sonderschule	7
	Realschule	8.997
	Gymnasium	318
	Gesamtschule	905
zusammen	10.227	
mit Fachhochschulreife	Gymnasium	255
	Abendgymnasium	38
	Gesamtschule	100
	zusammen	393
mit Hochschulreife	Gymnasium	5.467
	Abendgymnasium	106
	Gesamtschule	997
	zusammen	6.570
aus der Sonderschule	m i t Abschluss	1.283
	o h n e Abschluss	230
	zusammen	1.513

Quelle: Schulstatistik 2006/06

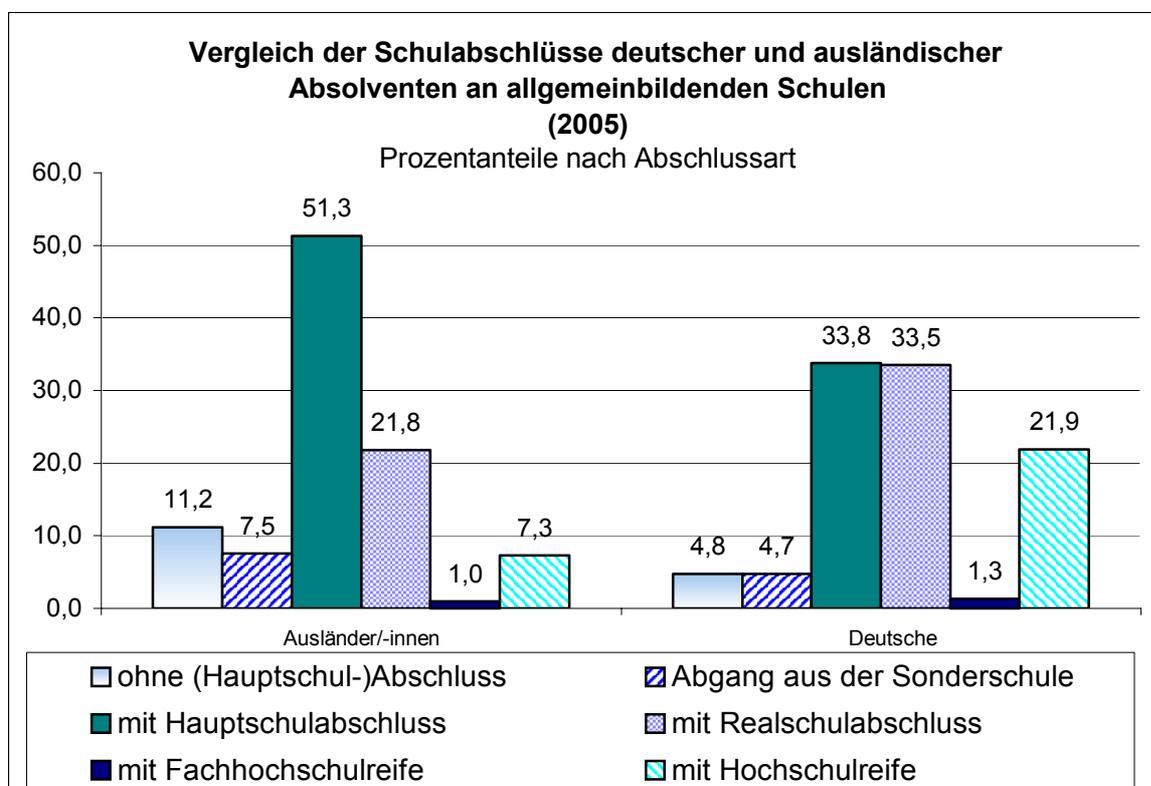
Die Entwicklung der letzten fünf Jahre belegt einen gewissen Rückgang der Schulentlassungen ohne und mit Hauptschulabschluss und aus der Sonderschule, während der Erwerb der Hochschulreife zugenommen hat. Die Anteile der Absolventen mit Realschulabschluss und Fachhochschulreife unterliegen leichten Schwankungen.

Schulentlassungen aus öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen

Art des Abschlusses	Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung in %						
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
ohne (Hauptschul-) Abschluss	5,7	5,7	5,9	5,5	4,5	4,4	4,8
mit Hauptschulabschluss	35,4	34,7	35,1	35,2	33,7	34,4	32,9
mit Realschulabschluss	32,5	31,7	31,9	32,1	31,8	32,7	32,0
mit Fachhochschulreife	2,0	1,5	1,6	1,8	1,4	1,5	1,3
mit Hochschulreife	22,4	21,5	20,7	20,7	21,0	22,0	22,6
aus der Sonderschule	4,8	4,8	5,2	5,5	5,2	5,2	4,7

Quelle: Schulstatistik 2006/06

Eine Differenzierung der erreichten Schulabschlüsse nach deutschen und ausländischen Absolventen macht große Unterschiede deutlich. Während 9,5% der deutschen Absolventen ohne Hauptschulabschluss (4,8% ohne Abschluss, 4,7 % aus Sonderschulen) die Schule verließen, lag der Anteil bei den ausländischen Schulabgängern bei 18,7% (11,2% ohne Abschluss, 7,5% aus Sonderschulen). Dagegen erlangten nur gut 7% der Ausländerinnen und Ausländer eine Hochschulreife gegenüber 22% der Deutschen. Die mittleren Abschlüsse verteilten sich bei deutschen Absolventen jeweils zu einem Drittel auf Hauptschulabschluss und Realschulabschluss, ausländische Schulabgänger verlassen die Schule zu über 50% mit einem Hauptschulabschluss, knapp 22% erreichen die mittlere Reife.



Quelle: Schulstatistik 2005/06, eig. Berechnungen

Viele Jugendlichen nehmen nach dem Verlassen der allgemein bildenden Schule Bildungsangebote der berufsbildenden Schulen wahr, um Abschlüsse nachzuholen bzw. einen höheren Schulabschluss zu erreichen.

Im Jahr 2005 wurden 10.833 weitere allgemein bildende Abschlüsse an den berufsbildenden Schulen des Landes erworben. Davon entfielen rd. 23% (2.491) auf einen Hauptschulabschluss oder gleichwertigen Abschluss, rd. 37% (3.981) auf einen Realschulabschluss oder gleichwertigen Abschluss, rd. 23% (2.516) erreichten die Fachhochschulreife und rd. 17% die Hochschulreife (1.845).

**Absolventinnen und Absolventen der berufsbildenden Schulen nach
Abschlussarten
- öffentliche und private Schulen -
2005**

Art des Abschlusses	Schulart/Bildungsgang für Jugendliche ...	abs.
Hauptschul- oder gleichwertiger Abschluss	... mit Ausbildungsverhältnis	1.237
	... in berufsvorb. Maßnahmen	524
	... ohne Ausbildung	62
	... im BGJ/sch.	6
	... im AVJ	662
	zusammen	2.491
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	... mit Ausbildungsverhältnis	1.182
	...an BFS	2.789
	...FS	10
	zusammen	3.981
Fachhochschulreife	... mit Ausbildungsverhältnis	128
	... an BFS	913
	... an FOS	904
	... an FGy	247
	... an FS	190
	... an StK	134
	zusammen	2.516
Hochschulreife	... an BOS	319
	... an FGy	1.526
	zusammen	1.845

Quelle: Schulstatistik 2005/06

BGJ = Berufsgrundbildungsjahr

AVJ = Ausbildungsvorbereitendes Jahr

BFS = Berufsfachschule

FGy = Fachgymnasium

FS = Fachschule

FOS = Fachoberschule

BOS = Berufsoberschule

StK = Studienkolleg

Die Darstellung, an welchen Schularten und Bildungsgängen die Abschlüsse erreicht wurden, verdeutlicht das breit gefächerte Bildungsangebot, das Jugendlichen nach dem Verlassen des allgemein bildenden Schulsystems zur Verfügung steht.

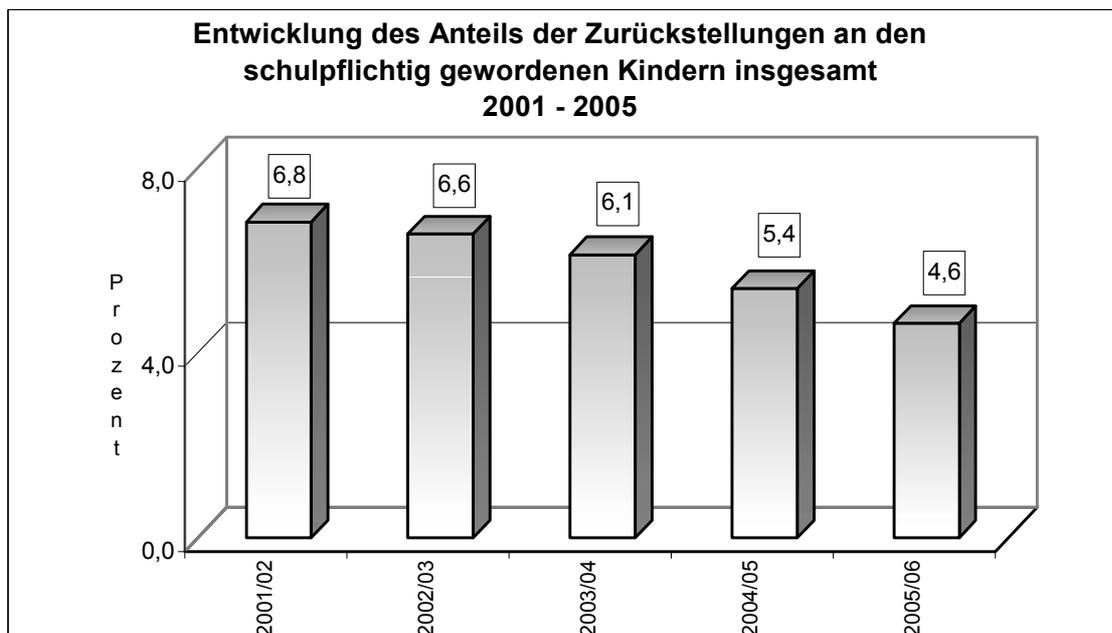
2 Umgang mit Bildungszeit

Der Umgang mit der Lebens- und Lernzeit junger Menschen und die Qualität schulischer Bildung hängen eng miteinander zusammen. Die aufgewendete Schulzeit sollte so effektiv und effizient wie möglich zur umfassenden Bildung der jungen Menschen genutzt werden. Im Interesse der Schülerinnen und Schüler wie der Gesellschaft eines Landes werden daher längere Lernzeiten mit der Erwartung höherer Bildungsabschlüsse verknüpft.

2.1 Wiederholungen, Zurückstellungen

Vor allem die Befunde der PISA-Studien haben gezeigt, dass Wiederholungen und Zurückstellungen die vorgesehene Schulzeit in einem erheblichen Umfang verlängern, ohne dass die damit erhofften Leistungsverbesserungen eintreten oder höherwertige Schulabschlüsse erreicht werden.

In Schleswig-Holstein konnte insbesondere durch die Einführung der Eingangsphase in der Grundschule und die damit verbundene differenzierte individuelle Förderung von Kindern die Zahl der Zurückstellungen von der Einschulung in den letzten 5 Jahren deutlich von einem Anteil von 6,8% auf 4,6% gesenkt werden.



Quelle: Schulstatistik 2005/06, eig. Berechnungen

Ebenso ist in den vergangenen Jahren die Zahl der Wiederholungen bereits deutlich zurückgegangen. Die durchschnittliche jährliche Wiederholerquote ist an allen Schularten rückläufig.

**Prozentualer Anteil der Wiederholer/-innen einer Klassenstufe an der Gesamtschülerzahl
nach Schulart 2001/02 bis 2005/06**
öffentliche und private Schulen

Schuljahr	Grundschule	Hauptschule	Realschule	Gymnasium (Kl.st. 5-10)	IGS (Kl.st. 5-10)
2001/02	2,4	5,0	5,8	2,9	2,1
2002/03	2,2	5,0	5,5	2,5	1,8
2003/04	2,0	4,9	5,5	2,1	1,9
2004/05 *	0,6	4,5	5,7	1,9	1,6
2005/06 *	0,6	4,3	5,2	1,9	1,7

*Aufgrund der Regelungen zur Eingangsphase der Grundschule sind Wiederholungen in den Klassenstufen 1 und 2 ausgeschlossen.

Quelle: Schulstatistik 2005/06, eig. Berechnungen

An der Grundschule ist das Wiederholen eines Schuljahres bereits der Ausnahmefall. Die Kinder können die ersten zwei Jahre entsprechend ihrer individuellen Lern- und Leistungsfähigkeit flexibel in einem, zwei oder in drei Schuljahren durchlaufen. In den weiteren Klassenstufen wird mit Hilfe der Lernpläne individuell gefördert. Die höchsten Wiederholerquoten weisen die Realschulen auf, gefolgt von den Hauptschulen; an Gymnasien und Gesamtschulen konnten die Quoten bereits deutlich gesenkt werden.

Bei Betrachtung ausgewählter Klassenstufen im Sekundarbereich I, in denen die Wiederholerquoten allgemein besonders hoch ausfallen, zeigt der Verlauf der letzten drei Jahre in allen Schularten rückläufige Zahlen.

**Prozentualer Anteil der Wiederholer/-innen einer Klassenstufe an der Gesamtschülerzahl
nach Schulart in ausgewählten Klassenstufen**

2003/04 bis 2005/06

Schuljahr	Hauptschule			Realschule			Gymnasium			IGS		
	7.Klst.	8.Klst.	9.Klst.	7.Klst.	8.Klst.	9.Klst.	7.Klst.	8.Klst.	9.Klst.	7.Klst.	8.Klst.	9.Klst.
2003/04	7,2	6,8	2,6	6,9	9,1	9,3	2,7	3,5	3,0	0,2	0,4	3,8
2004/05	7,1	6,8	2,8	6,7	9,0	9,7	2,0	3,3	2,9	0,2	0,3	2,2
2005/06	6,8	6,9	2,1	6,1	8,0	8,2	2,3	3,2	2,7	0,2	0,4	1,7

Quelle: Schulstatistik, eig. Berechnungen

Ein Vergleich der durchschnittlichen Wiederholerquoten der Länder bescheinigt Schleswig-Holstein für die Grundschulen, Gymnasien und Gesamtschulen gute Ergebnisse. In allen drei Schularten liegen die Quoten deutlich unter dem jeweiligen Bundesdurchschnitt. Dagegen weisen die Hauptschulen mit einer Quote von 4,5% gegenüber 4,1% Wiederholerquote im Bund überdurchschnittliche Wiederholerzahlen aus, ebenso fällt die Quote der Realschulen mit 5,7% höher aus als der Durchschnitt aller Länder mit 5,1%.

**Anteil der Schülerinnen und Schüler, die zu Beginn des Schuljahres 2004/05
dieselbe Klassenstufe wiederholen, nach Schularten
im Vergleich der Bundesländer - in %-**

Bundesland	Grundschule	Hauptschule (5-10)	Schularten mit mehreren Bildungsgängen (5-10)	Realschule	Gymnasium (5-10)	Integrierte Gesamtschule (5-10)
Baden-Württemberg	1,4	1,9	.	3,1	1,8	1,2
Bayern	1,2	4,6	.	9,6	4,2	4,8
Berlin	0,9	6,8	.	5,8	2,3	6,1
Brandenburg	1,4	.	.	3,5	0,7	6,2
Bremen	2,3	7,1	2,6	7,7	2,0	1,3
Hamburg	1,9	3,1	3,9	5,5	1,8	2,0
Hessen	1,6	7,4	.	6,8	2,8	2,2
Mecklenburg-Vorpommern	2,0	7,2	7,2	6,1	1,4	4,6
Niedersachsen	1,5	3,3	2,2	3,4	1,6	0,7
Nordrhein-Westfalen	1,3	5,0	.	4,1	2,4	1,7
Rheinland-Pfalz	1,7	3,5	3,2	3,8	1,6	0,7
Saarland	2,4	0,7	5,0	4,0	3,0	1,2
Sachsen	1,2	.	3,7	.	1,3	.
Sachsen-Anhalt	2,3	.	7,0	.	1,6	3,9
Schleswig-Holstein	0,6	4,5	.	5,7	1,9	1,6
Thüringen	0,9	.	3,8	.	1,4	0,8
Bundesgebiet	1,4	4,1	4,6	5,1	2,3	2,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 1, Schuljahr 2004/05

2.2 Schulartwechsel

Eine möglichst große Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schularten des gegliederten Schulsystems der Sek I soll gewährleisten, dass die Schülerinnen und Schüler im Bildungsverlauf eine Schulart besuchen, die ihren Leistungsmöglichkeiten, Begabungen und ihrer Entwicklung entspricht. Ob diese Durchlässigkeit tatsächlich vorhanden ist, zeigt sich an Anzahl und Struktur der Schulartwechsel. Schrägversetzungen auf eine weniger qualifizierende Schulart sind in der Regel ein Beleg für die mangelnde individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler.

Folgende Tabelle zeigt deutlich, dass die Hauptschulen in den vergangenen zwei Jahren im Saldo eindeutig mehr schrägversetzte Schülerinnen und Schüler aus anderen Schularten aufgenommen haben als Schülerinnen und Schüler von der Hauptschule in sogenannte höhere Schularten wechselten. Allerdings ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die aus der Realschule und von der Gesamtschule in die Hauptschule schrägversetzt wurden, deutlich zurückgegangen. In der Realschule konnte die Zahl der Zugänge aus der Hauptschule erhöht werden, gleichzeitig sind die Abstiege aus den Gymnasien an die Realschulen zurückgegangen. Die Gymnasien weisen relativ geringe, zum Vorjahr kaum veränderte Zugänge aus. Der Wanderungssaldo der Gymnasien zeigt deutlich, dass eine zu hohe Zahl von Schülerinnen und Schülern aus dem Gymnasium in eine andere Schulart absteigt.

Schulwechsel an allgemeinbildenden Schulen in Schleswig-Holstein

2004/05					
Herkunftsschulart	Zielschulart (5. - 10. Kl.st.)				zusammen
	HS	RS	Gym	IGS	
HS	.	96	15	27	138
RS	1.650	.	197	74	1.921
Gym	15	1.210	.	107	1.332
IGS	96	97	39	.	232
zusammen	1.761	1.403	251	208	3.623
Wanderungssaldo	1.623	-518	-1.081	-24	

2005/06					
Herkunftsschulart	Zielschulart (5. - 10. Kl.st.)				zusammen
	HS	RS	Gym	IGS	
HS	.	186	7	41	234
RS	1.372	.	203	69	1.644
Gym	12	1.166	.	93	1.271
IGS	79	95	45	.	219
zusammen	1.463	1.447	255	203	3.368
Wanderungssaldo	1.229	-197	-1.016	-16	

Quelle: Schulstatistik, eig. Berechnungen

3 EVIT-Landesergebnisse zur Schulqualität

Zur Beschreibung wesentlicher Qualitätsbereiche von Schulen in Schleswig-Holstein werden die zentralen Ergebnisse des EVIT-Landesberichts für die Jahre 2004/05 in knapper Form zusammengefasst.

Die Datenbasis des EVIT-Landesberichts ist nicht repräsentativ für die Schularten, weil die zugrunde liegenden EVIT-Berichte und Fragebogenergebnisse in ihrer Verteilung auf die Schularten weder dem tatsächlichen Anteil der Schülerinnen und Schüler noch der Anzahl der Schulen der jeweiligen Schulart entsprechen. Deshalb ist nur eine zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse und Befunde der Schularten möglich.

Die Befunde zu den sechs wesentlichen Bereichen schulischer Qualität basieren auf der Auswertung von

- anonymisierten Ergebnissen der standardisierten Fragebogenerhebungen unter Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern, die an 174 Schulen durchgeführt wurden,
- EVIT-Abschlussberichten, einer Zufallsstichprobe der durchgeführten EVIT-Besuche. Hier wurden die wesentlichen Stärken, Schwächen und Hinweise zur Weiterentwicklung von Schulen zusammengefasst.

<http://evit.lernnetz2.de/>

3.1 Bildungs- und Erziehungsprozesse

Die Befunde zeigen, dass es an den allermeisten Schulen gelingt, in den Erziehungsprozessen grundlegende soziale Kompetenzen erfolgreich zu vermitteln. Konflikte oder schwerwiegende Probleme dominieren nicht das Miteinander an den Schulen in Schleswig-Holstein. Beim Vergleich der Rückmeldungen der Schülerinnen und Schüler mit denen der Lehrkräfte fällt allerdings auf, dass es große Unterschiede hinsichtlich der Wahrnehmung gibt, ob Regeln in der Klasse eingehalten werden. Während 60% der befragten Schülerinnen und Schüler angeben, alle oder fast alle Lehrerinnen und Lehrer achteten darauf, dass die Regeln in der Klasse eingehalten werden, sind 97% der Lehrkräfte der Auffassung, dass im eigenen Unterricht sehr häufig oder oft Verhaltensregeln beachtet werden.

Die gemeinsame Vereinbarung und Einhaltung von Regeln mit daraus abzuleitenden Konsequenzen bleibt eine wichtige Voraussetzung für die Vermittlung sozialer Kompetenzen und eine effektive Nutzung der Unterrichtszeit. Das setzt voraus, Fragen des Miteinanders an den Schulen regelmäßig zu erörtern und für gegenseitige Rückmeldungen aller Beteiligten zu sorgen. Auch wenn über 83 % der Eltern zurückmelden, dass ihr Kind in den zurückliegenden zwölf Monaten an der Schule nicht von körperlicher Gewalt betroffen war, sind die 13%, die diese Frage bejahen, ein ausreichender Anlass, genauer hinzuschauen und wirksame Maßnahmen zu ergreifen.

Die Rückmeldungen zur Gestaltung von Unterrichtsprozessen machen deutlich, dass es neben bewährten und erfolgreichen Wegen deutliche Hinweise zur Weiterentwicklung von Lehr- und Lernprozessen gibt. Dies betrifft insbesondere folgende Aspekte:

- Individualisierung von Lernprozessen, um lernstärkere wie lernschwächere Schülerinnen und Schüler besser zu fördern,
- Vermittlung von Lernkompetenz der Schülerinnen und Schüler (Lernen lernen),
- Ergänzung lehrerzentrierter Verfahren durch eine größere Methodenvielfalt und Schüler aktivierende Verfahren,
- regelmäßige Rückmeldungen über den Lern- und Leistungsstand anhand transparenter Maßstäbe, Einführung und systematische Auswertung von Verfahren zur Ermittlung des Lernstandes zur verbesserten Förderung der Schülerinnen und Schüler.

3.2 Qualitätsbereich schulische Effekte

Im Unterschied zum häufig vermittelten negativen Bild von Schule und der Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern in der Öffentlichkeit

- sind die Rückmeldungen der Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern zur Zufriedenheit mit ihrer Schule ausgesprochen positiv.
- sieht sich die überwiegende Mehrheit der Schülerinnen und Schüler von ihren Lehrerinnen und Lehrern unterstützt.
- geht die überwiegende Mehrheit gerne und angstfrei zur Schule.
- werden grundlegende soziale wie kognitive Kompetenzen erfolgreich vermittelt.

Solange den Schulen keine verlässlichen Informationen über erzielte Lerneffekte durch Vergleichsarbeiten zur Verfügung stehen, kann auch EVIT in diesem Bereich keine klare Einschätzung formulieren. Mit der Einführung von Bildungsstandards in Schleswig-Holstein und den geplanten Verfahren zu ihrer Überprüfung durch Vergleichsarbeiten sind die notwendigen Grundlagen gelegt. Mit Vergleichsarbeiten für die Grundschulen (VERA, siehe Kapitel D 4) ist in Schleswig-Holstein bereits ein Anfang gemacht worden, Vergleichsarbeiten für die Jahrgänge 6 und 8 sollen ab 2007/08 schrittweise folgen.

3.3 Lern- und Arbeitsbedingungen

Bei den Lern- und Arbeitsbedingungen fällt die unterschiedliche Einschätzung zur Ausstattung, Gestaltung und den baulichen Gegebenheiten der Schulen auf. Trotz schwieriger Haushaltslage gelingt es vielen Schulträgern und Schulen, für gute sächliche und bauliche Bedingungen zu sorgen. In nicht wenigen Fällen zeigt sich jedoch auch ein erheblicher Handlungsbedarf, der zum Teil elementare Fragen z. B. zur Hygiene aufwirft.

Eine erfreuliche Entwicklung zeigt sich darin, dass die Ausstattung der Schulen mit neuen Medien (Computer, Laptop, Internetzugang) als wichtige Aufgabe anerkannt wird. Die Ergebnisse verweisen aber auch darauf, dass die Klassenräume in vielen Fällen nicht ausreichend gestaltet werden, um das Lernen zu fördern. Hier sollten vorhandene Möglichkeiten unter Einbeziehung der Schülerinnen und Schüler sowie Eltern besser genutzt werden.

3.4 Leitung der Schule

Die Befunde zeigen eine grundsätzliche Wertschätzung und Akzeptanz der Arbeit der Schulleitung. Zu einzelnen Aspekten gibt es einen erkennbaren Entwicklungsbedarf. Dazu gehören

- ein verbesserter Informationsfluss,
- eine effektivere Konferenzgestaltung,
- eine verstärkte Delegation und Einbeziehung des Kollegiums in Entscheidungsprozesse,
- eine gezielte Personalentwicklung.

In welchem Ausmaß die Leitung einer Schule die Sicherung und Entwicklung der Unterrichtsqualität als zentrale Führungsaufgabe ansieht und wahrnimmt, kann durch die Befunde nicht eindeutig geklärt werden.

3.5 Qualitätsmanagement

Insbesondere vor dem Hintergrund eines bundesweiten Vergleichs ist hervorzuheben, dass die Erstellung eines Schulprogramms in Schleswig-Holstein zu einem selbstverständlichen Bestandteil der schulischen Arbeit gehört. Kritische Fragen beziehen sich vor allem auf die Qualität der Schulprogrammarbeit und ihre Funktion für die schulische Weiterentwicklung. Aus den Befunden lässt sich ableiten,

- das Schulprogramm noch deutlicher als ständiges Arbeitsprogramm der Schule zu gestalten,
- klare Ziele und verbindliche Arbeitsvorhaben unter Einbeziehung der Beteiligten (Lehrkräfte, Eltern Schülerschaft) festzulegen,
- Verfahren der internen Evaluation von Entwicklungsvorhaben stärker ins Blickfeld zu nehmen.

3.6 Kooperation

Die Berichte und Fragebogenergebnisse belegen, dass es in vielen Bereichen schulischer Arbeit eine vertrauensvolle und fruchtbare Zusammenarbeit aller Beteiligten gibt, auch wenn hier Verbesserungen möglich und notwendig sind. Dies gilt insbesondere für die Zusammenarbeit der Lehrkräfte zur Planung und Weiterentwicklung des Unterrichts, die als selbstverständlicher Teil ihrer Tätigkeit verstärkt werden sollte. Das bedeutet vor allem, die Zusammenarbeit in den Fachgruppen ins Zentrum zu stellen, um Unterricht gemeinsam zu planen und weiterzuentwickeln.

Die Befunde geben darüber hinaus Anlass, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern intensiver in die pädagogische Arbeit und die Gestaltung des Schullebens einzubinden. Außerdem sollten Schulen die vielfältigen Möglichkeiten, die sich aus der Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und aus einer Öffnung gegenüber dem schulischen Umfeld ergeben, wirkungsvoller nutzen.

3.7 Fazit

Die Ergebnisse des EVIT-Landesberichts zeichnen ein relativ positives Bild schulischer Arbeit, insbesondere im Bereich sozialer Kompetenzen mit hohen Werten für die Zufriedenheit mit der Schule, machen aber auch deutlich, dass der Unterricht weiterentwickelt werden muss im Hinblick auf

- die unbefriedigende individuelle Förderung von lernschwachen und lernstarken Schülerinnen und Schüler.
- eine Erweiterung des Methodenrepertoires der Lehrkräfte vor dem Hintergrund einer Dominanz lehrerzentrierter Verfahren.
- eine häufig fehlende Vermittlung von Lernkompetenz an die Schülerinnen und Schüler.
- die Notwendigkeit, diagnostische Verfahren verstärkt einzusetzen und Vergleichsarbeiten zur besseren Förderung der Schülerinnen und Schüler gezielt auszuwerten.

Erkennbar wird weiterhin, dass die Zusammenarbeit der Lehrkräfte untereinander z. T. unbefriedigend ist und die Schule insgesamt mit allen Beteiligten und dem schulischen Umfeld besser kooperieren muss.

4 Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik der Grundschule (VERA 4)

4.1 Konzeption und Zielsetzung

Im Jahre 2005 wurden in Schleswig-Holstein zum zweiten Mal in den vierten Klassen der Grundschulen landesweit Vergleichsarbeiten (VERA) in den Fächern Mathematik und Deutsch geschrieben. Am länderübergreifenden Projekt VERA beteiligen sich Rheinland-Pfalz, Berlin, Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein; die wissenschaftliche Begleitung liegt bei der Universität Landau⁸.

Vergleichsarbeiten dienen der Feststellung,

- inwieweit die fachlichen Anforderungen der Lehrpläne und zukünftig auch der Bildungsstandards erfüllt werden,
- welche Stärken und Schwächen die Schülerinnen und Schüler in den untersuchten Inhaltsbereichen aufweisen.

Die Lehrkräfte erhalten differenzierte Hinweise zum Lernstand und Förderbedarf ihrer Klasse. Darüber hinaus ermöglicht VERA den Schulen eine objektive Standortbestimmung, da auch landesweite Vergleichswerte mit Angaben zu einem „fairen Vergleich“ erhoben werden.

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt bei VERA in Form von so genannten Fähigkeitsniveaus, die je Teilleistungsbereich auf drei Niveaustufen definiert werden. Schülerinnen und Schüler lösen

- auf Fähigkeitsniveau 1 hinreichend sicher Aufgaben mit grundlegenden Anforderungen,
- auf Niveau 2 Aufgaben im mittleren Anforderungsbereich,
- auf Niveau 3 auch anspruchsvollere Aufgaben hinreichend sicher.

Mit "nicht auswertbaren Leistungen" werden die Schülerlösungen erfasst, die so bruchstückhaft sind, dass eine Zuordnung zu einem der drei Fähigkeitsniveaus nicht möglich ist. Dies kann daran liegen, dass die Kinder die Aufgaben nicht fertig stellen oder in keiner Weise lösen konnten. Schülerinnen und Schüler, die Leistungen auf dem Fähigkeitsniveau 1 oder darunter erbringen, lassen einen hohen Förderbedarf erkennen.

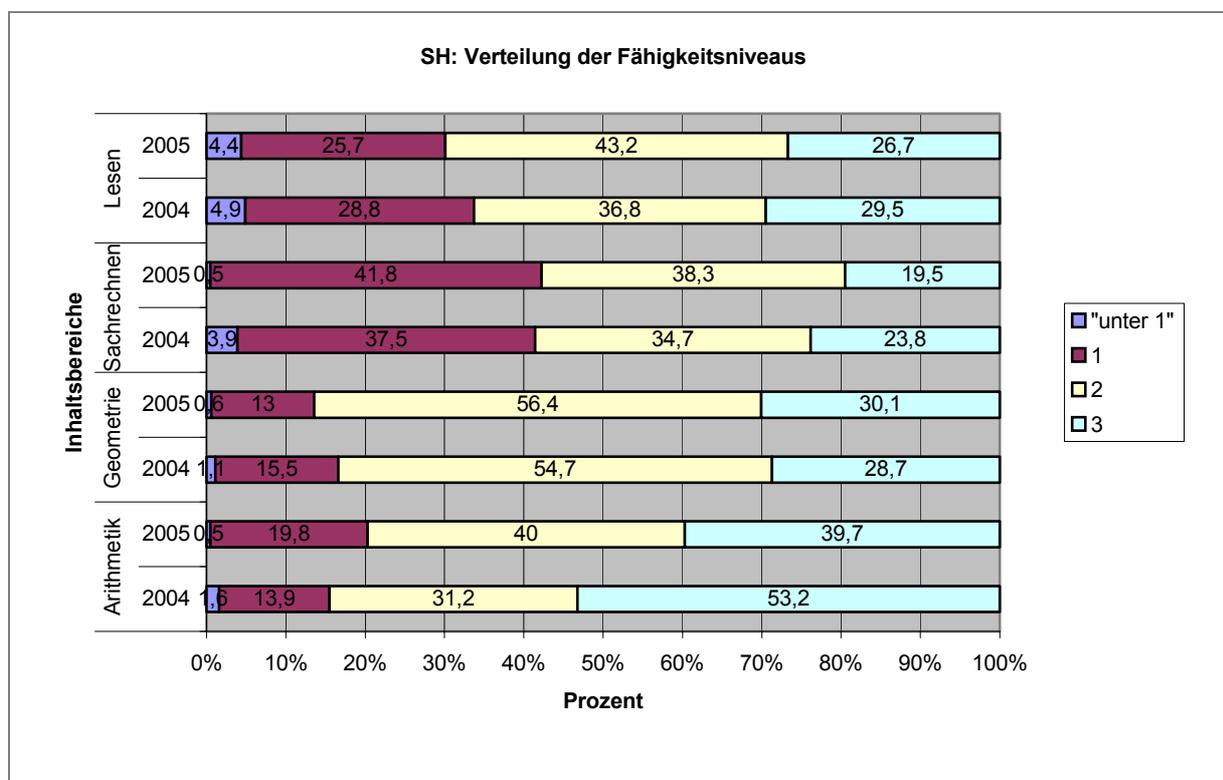
4.2 Ergebnisse des Jahres 2005 im Vergleich zum Jahr 2004

Der VERA-Durchgang 2005 bezieht sich mit dem Schwerpunkt Mathematik auf die Bereiche Arithmetik, Geometrie und Sachrechnen sowie auf das Leseverständnis im Fach Deutsch. Im Jahr 2004 wurden darüber hinaus auch die Bereiche Schreibkompetenz, Sprachbetrachtung

⁸ Prof. Helmke und Prof. Hosenfeld - www.uni-landau.de/vera/

und Orthographie getestet. Um den Aufwand für die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte zu verringern, wurde von allen beteiligten VERA-Ländern festgelegt, dass ab 2005 die Vergleichsarbeiten mit wechselnden Schwerpunkten in den Fächern Deutsch und Mathematik durchgeführt werden.

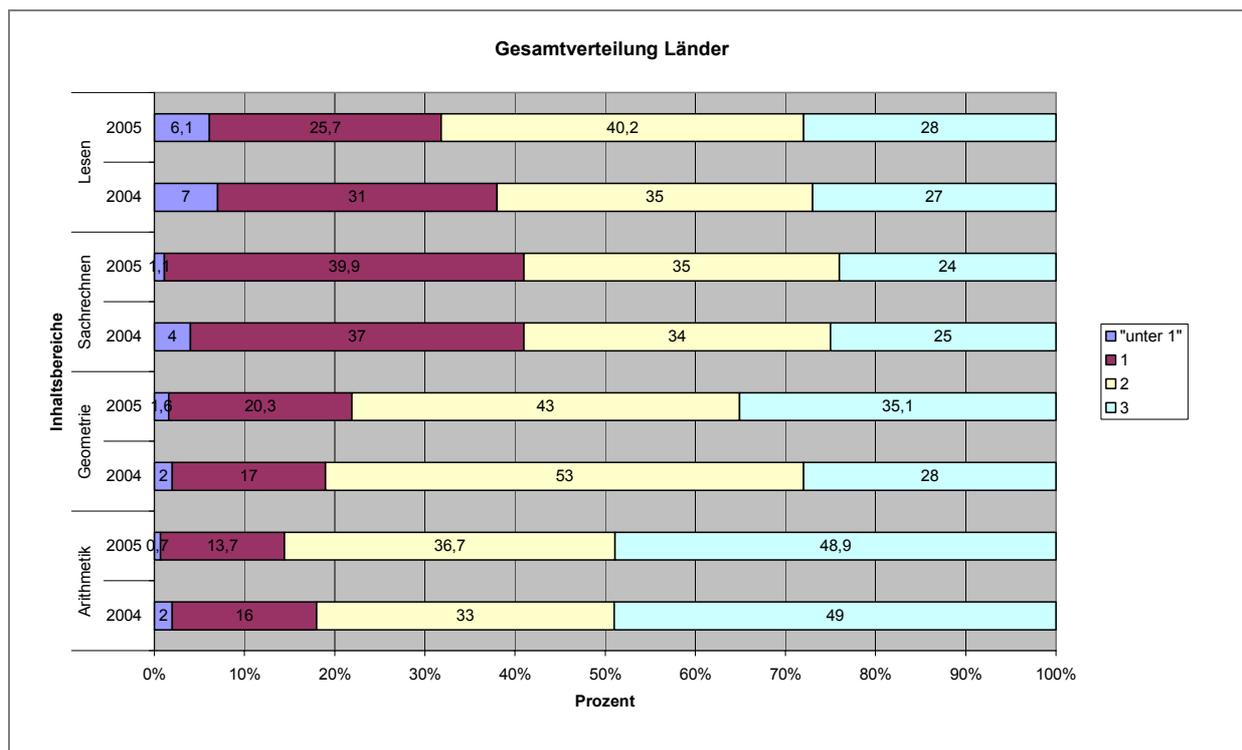
Das Schaubild zeigt die Ergebnisse der vier sowohl im Jahr 2004 als auch im Jahr 2005 untersuchten Teilleistungsbereiche im Vergleich. Im Landesdurchschnitt zeigen sich leichte Verbesserungen in Geometrie und im Rückgang der Schülerinnen und Schüler, die keine auswertbaren Leistungen erbringen konnten. Empirisch abgesichert sind Veränderungen allerdings nur im Bereich Arithmetik. Hier zeigt sich eine Verschlechterung der Leistungen mit einem Anstieg des Anteils der Schülerinnen und Schüler mit einem deutlichen Förderbedarf auf über 20%.



aus: VERA Landesbericht 2005 für Schleswig-Holstein
(Erläuterung der Fähigkeitsniveaus von „unter 1“ bis Niveau 3 siehe Kapitel D 4.1)

4.3 Länderübergreifende Ergebnisse 2005 im Vergleich zum Jahr 2004

Das Projekt VERA ist von seiner Anlage her ein Instrument zur Qualitätssicherung der einzelnen Schulen mit klarem Schwerpunkt auf Unterrichtsentwicklung und Förderung in den Klassen. Im Unterschied zu PISA oder IGLU ist VERA nicht so angelegt, dass abgesicherte und aussagekräftige Vergleiche zwischen einzelnen Bundesländern vorgenommen werden können. Die Durchschnittsergebnisse für die Gesamtheit aller an VERA beteiligten Länder ermöglichen aber eine länderübergreifende Einordnung der Stärken und Schwächen schleswig-holsteinischer Schülerinnen und Schüler.



aus: VERA Landesbericht 2005 für Schleswig-Holstein
(Erläuterung der Fähigkeitsniveaus von „unter 1“ bis Niveau 3 siehe Kapitel D 4.1)

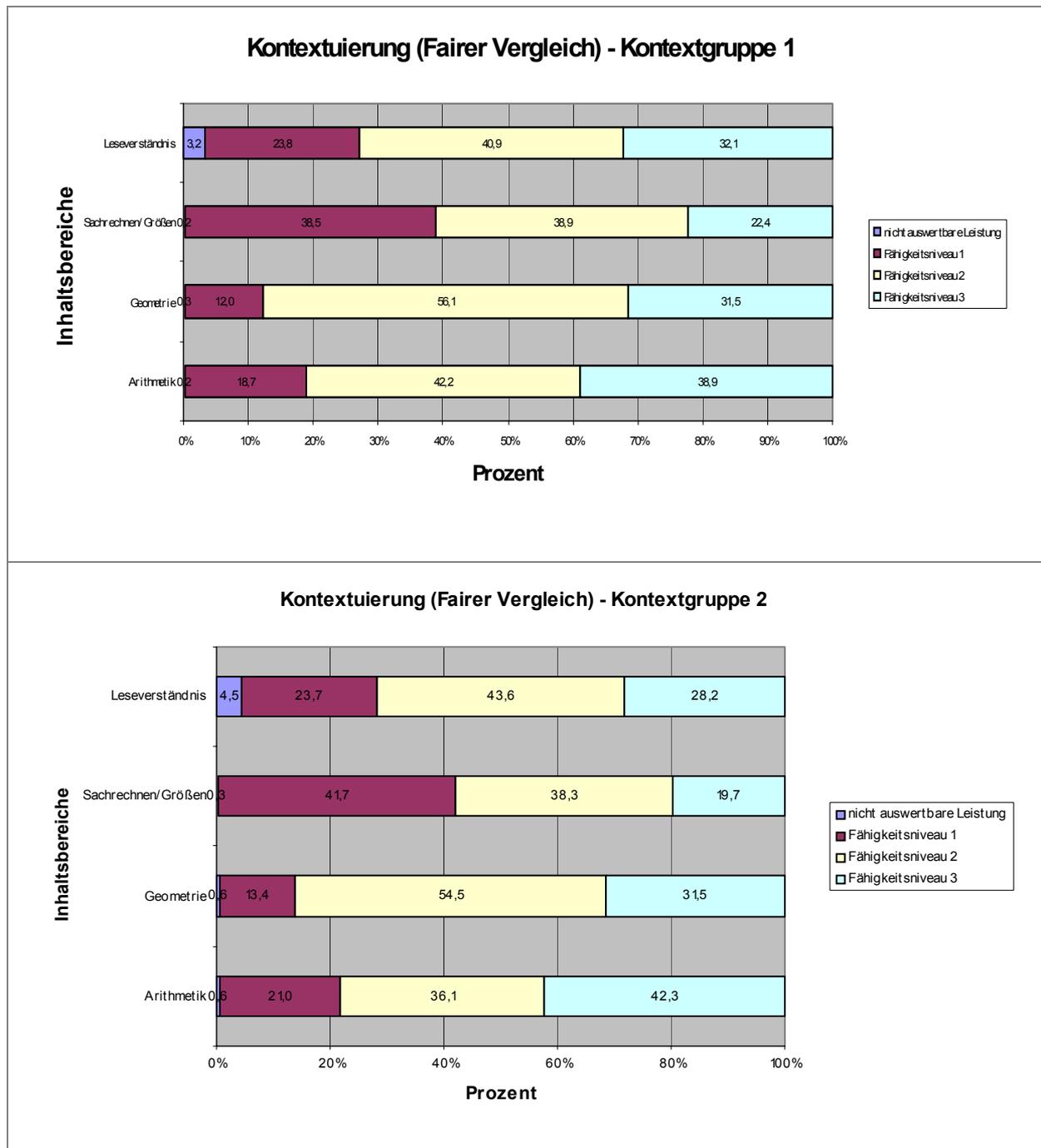
4.4 Ergebnisse für die Kontextgruppen

Um bei den Vergleichsarbeiten eine faire Standortbestimmung und eine realistische Einschätzung von Ergebnissen zu ermöglichen, werden den Schulen neben den landesweiten Resultaten auch die Ergebnisse von Schulen, die unter vergleichbaren Rahmenbedingungen arbeiten, übermittelt. Dafür wird jede Klasse einer Schule einer von drei sogenannten Kontextgruppen zugeordnet, die entscheidende Merkmale wie den Sprachhintergrund der Kinder, das Bildungsniveau der Eltern und die sozialen Verhältnisse der Familien berücksichtigen.

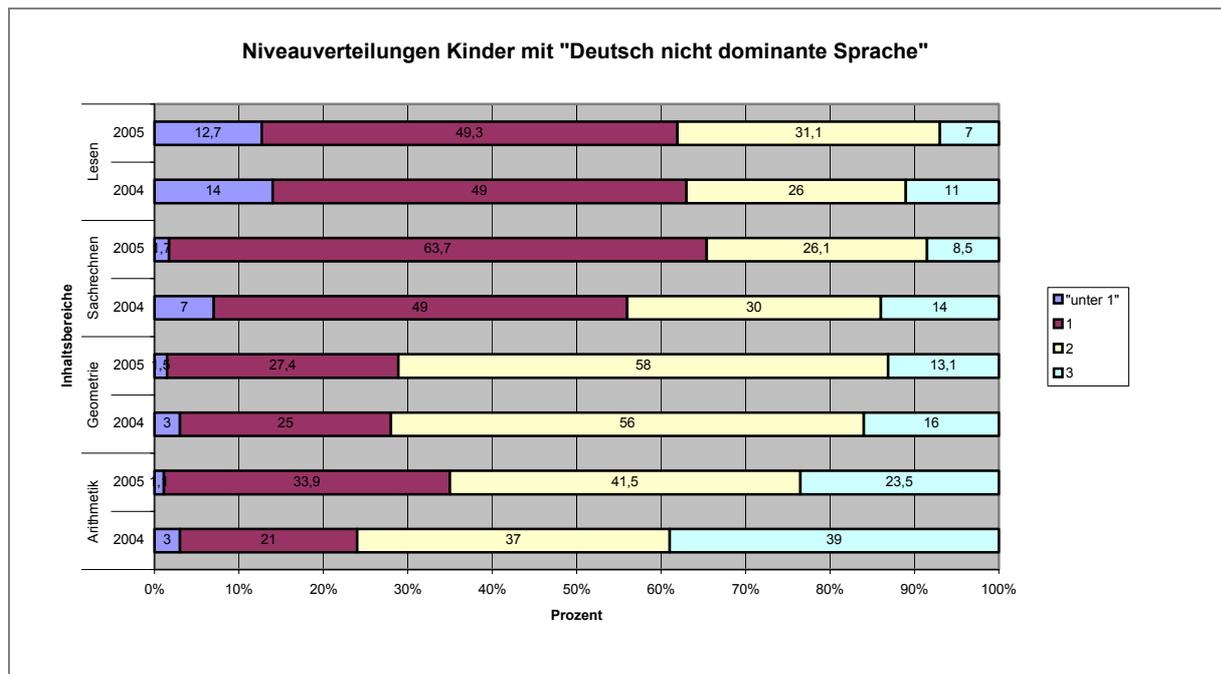
Beim Durchgang 2005 werden Ergebnisse von drei Kontextgruppen von Schulen in Schleswig-Holstein unterschieden:

- Kontextgruppe 1 bilden die 25% der Klassen mit den günstigsten Standortvoraussetzungen (hoher Anteil Deutsch sprechender Kinder, hohes Bildungsniveau der Eltern, gute soziale Verhältnisse).
- Kontextgruppe 2 bilden die 50% der Klassen mit durchschnittlichen Voraussetzungen.
- Kontextgruppe 3 bilden die 25% der Klassen mit den ungünstigsten Rahmenbedingungen.

Im Vergleich der Ergebnisse mit Schulen, die unter ungünstigen Rahmenbedingungen arbeiten, wird insbesondere im Leseverständnis und im Sachrechnen deutlich, dass sich günstige Standortvoraussetzungen in einer kleineren Anzahl von Schülerinnen und Schülern auf dem niedrigsten Fähigkeitsniveau und einer größeren Anzahl von Schülerinnen und Schülern auf dem höchsten Fähigkeitsniveau auswirken.



aus: VERA Landesbericht 2005 für Schleswig-Holstein
(Erläuterung der Fähigkeitsniveaus von „unter 1“ bis Niveau 3 siehe Kapitel D 4.1)



aus: VERA Landesbericht 2005 für Schleswig-Holstein
(Erläuterung der Fähigkeitsniveaus von „unter 1“ bis Niveau 3 siehe Kapitel D 4.1)

4.5 Ergebnisse nach Sprachhintergrund der Kinder im Vergleich zum Jahr 2005

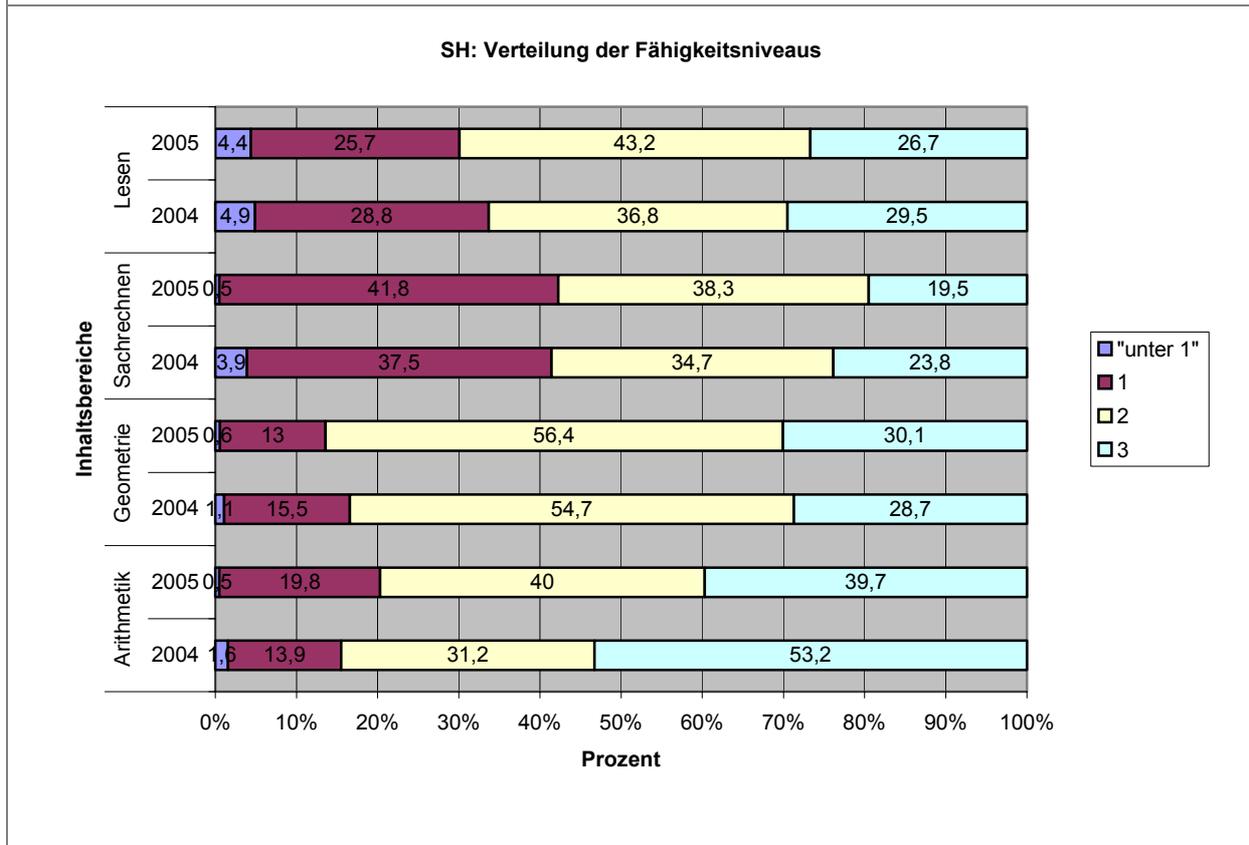
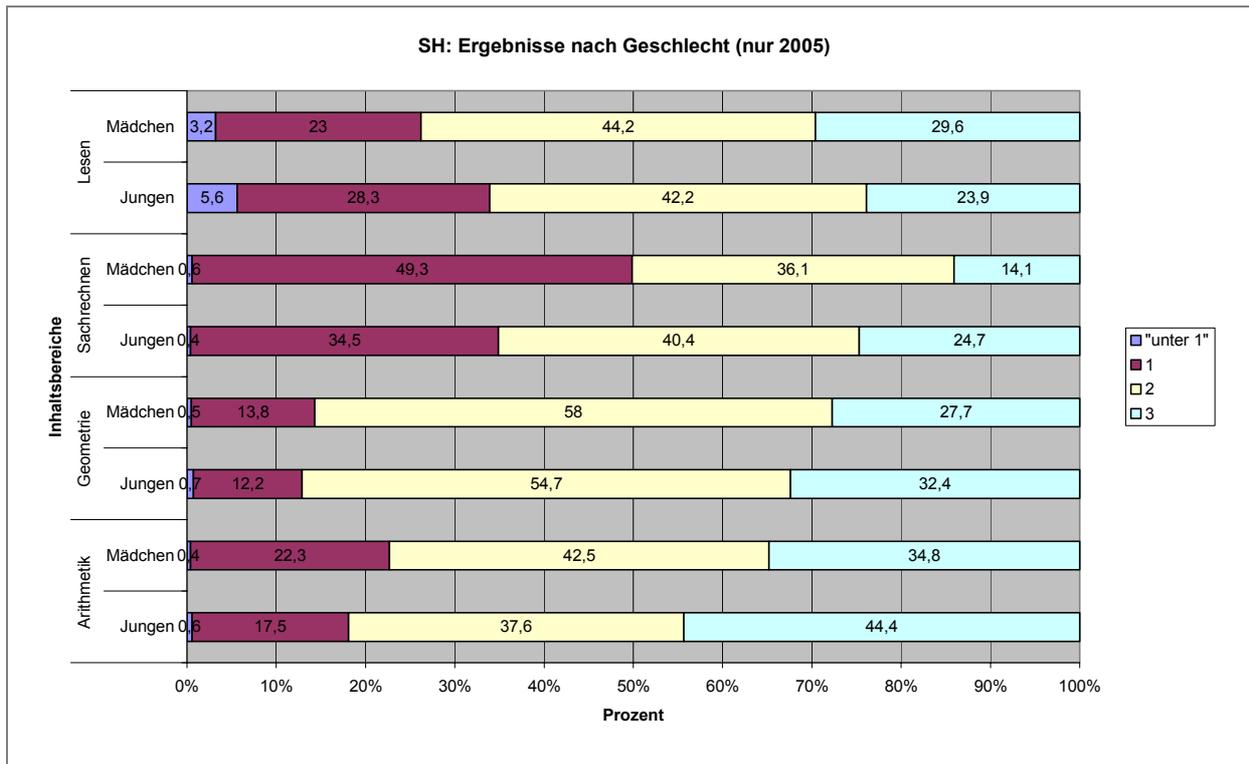
Bei der Auswertung der Ergebnisse der einzelnen Schülerinnen und Schüler erfassen die Lehrkräfte auch den Sprachhintergrund der Kinder. Dabei entspricht "Deutsch nicht dominant" zweisprachigen Schülerinnen und Schülern, bei denen - unabhängig von Nationalität und Geburtsort - Deutsch nicht die dominante Sprache im Alltag ist.

Die Leistungsergebnisse von Kindern mit Deutsch als nicht dominante Sprache sind gegenüber Kindern mit Deutsch als dominante Sprache in allen Inhaltsbereichen deutlich schlechter, dabei sind die Unterschiede im Leseverständnis und im Sachrechnen besonders groß. Diese Ergebnisse zeigen in Übereinstimmung mit der IGLU-Studie den großen Bedarf an gezielter Sprachförderung im vorschulischen und schulischen Bereich.

4.6 Ergebnisse nach Geschlecht

Viele Untersuchungen zeigen, dass Jungen in Mathematik in der Regel etwas bessere Ergebnisse erzielen als Mädchen, die wiederum im Lesen einen Vorsprung vor den Jungen vorweisen können. Auch bei den Vergleichsarbeiten in der Grundschule zeigt sich dieses Bild, wobei die Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen insgesamt eher gering ausfallen. Nur im Sachrechnen haben die Jungen einen auch statistisch bedeutsamen Vorsprung.

<http://www.uni-landau.de/vera>



aus: VERA Landesbericht 2005 für Schleswig-Holstein
(Erläuterung der Fähigkeitsniveaus von „unter 1“ bis Niveau 3 siehe Kapitel D 4.1)

5 Kompetenzen in der Sek I: Mathematik, Lesen, Naturwissenschaften, Problemlösen (PISA-2003-E)

In Erweiterung des internationalen Berichts, PISA 2003-I aus dem Dezember 2004, werden im Bericht zum Ländervergleich vom Juli 2005 die Kompetenzen von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern in den Bereichen Mathematik, Naturwissenschaften und Leseverständnis dargestellt.

Dazu wurde im April 2003 eine Stichprobe von ca. 1500 Schulen erhoben, darunter 91 Schulen in Schleswig-Holstein mit jeweils ca. 25 der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler; 28 Hauptschulen (HS), 13 Integrierte Gesamtschulen (IGS), 25 Realschulen (RS), 20 Gymnasien (Gym), 2 Waldorfschulen, 2 Berufsschulen (BS), 1 Sonderschule.

Um die Situation der Schülerinnen und Schüler mit einem Migrationshintergrund genauer erfassen zu können, wurden in den Schulen der Stichprobe zusätzlich zu den jeweils 25 Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 Jahren alle 15-jährigen Schülerinnen und Schüler mit einem Migrationshintergrund hinzu genommen. Diese erweiterte Stichprobe erlaubt differenzierte Aussagen zur Situation dieser Schülergruppe im Hinblick auf ethnische, soziale und regionale Hintergründe auch für Schleswig-Holstein.

Zusätzlich wurden so genannte fächerübergreifende Kompetenzen („Cross Curricular Competencies“) erhoben, die schulfachübergreifende Kompetenzen betreffen wie

- die allgemeine Problemlösefähigkeit,
- die Fähigkeit, das eigene Lernen selbst effektiv zu steuern,
- die Lernmotivation der Schülerinnen und Schüler,
- die Vertrautheit mit Computern.

5.1 Ergebnisse in Mathematik

In Mathematik wurden vier Inhaltsbereiche getestet und jeweils auf der 500-Skala des OECD-Mittelwertes ausgewiesen:

- „Quantität“ (entspricht weitgehend Arithmetik)
- „Veränderung und Beziehung“ (entspricht weitgehend Algebra)
- „Raum und Form“ (entspricht weitgehend Geometrie)
- „Unsicherheit“ (entspricht weitgehend Stochastik).

Um einen Längsschnittvergleich mit den PISA 2000-Ergebnissen herstellen zu können, wurden die Werte von PISA 2000 (in der Mathematik nur zwei von vier Inhaltsbereichen: „Veränderung und Beziehung“, „Raum und Form“) rückwirkend an die Normierung von PISA 2003 angepasst, so dass Vergleiche, wenn auch eingeschränkt auf zwei Inhaltsbereiche, möglich sind.

Mittelwert Mathematik

Mit einem Gesamtwert von 497 Punkten, darunter „Veränderung und Beziehung“ (Algebra) 497 Punkte und „Raum und Form“ (Geometrie) 500 Punkte, liegt Schleswig-Holstein im Be-

reich des nationalen (503) wie des OECD-Durchschnittswerts (500) und belegt einen Platz im Mittelfeld der Bundesländer (7. Rang).

Veränderungen gegenüber PISA 2000

Im Vergleich zu PISA 2000 bedeutet dies für Schleswig-Holstein einen Zuwachs

- im Bereich „Veränderung und Beziehung“ (Algebra) um 14 Punkte und
- im Bereich „Raum und Form“ (Geometrie) ebenfalls um 14 Punkte,

der im Bereich des statistischen Schätzfehlers und unter dem durchschnittlichen Zuwachs aller Länder von 22 bzw. 14 Punkten liegt. Schleswig-Holstein verliert dadurch gegenüber PISA 2000 zwei Rangplätze im Ländervergleich (von Rang 5 auf Rang 7).

5.2 Ergebnisse in der Lesekompetenz

Die Ergebnisse im Bereich der Lesekompetenz beruhen auf einer Teilmenge der bereits bei PISA 2000 eingesetzten Aufgaben zu drei Inhaltsbereichen:

1. Informationen entnehmen
2. Texte interpretieren
3. über Inhalt und Form reflektieren.

Mittelwert Lesekompetenz

Auch in der Lesekompetenz liegt Schleswig-Holstein mit einem Wert von 488 Punkten im Bereich des nationalen (491 Punkte) wie des OECD-Durchschnittswerts (494 Punkte) und belegt einen Platz im Mittelfeld der Länder (5. Rang).

Veränderungen gegenüber PISA 2000

Die Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein erzielen in der Lesekompetenz mit 488 Punkten ein gegenüber PISA 2000 um 10 Punkte verbessertes Ergebnis. Der Zuwachs liegt innerhalb des statistischen Schätzfehlers, knapp oberhalb des deutschen Durchschnitts von 7 Punkten. Schleswig-Holstein konnte sich dadurch um drei Plätze verbessern und liegt auf Platz 5 im Mittelfeld der Länder.

5.3 Ergebnisse in den naturwissenschaftlichen Kompetenzen

Die bei PISA 2003 verwendeten Aufgaben entsprechen weitgehend denen bei PISA 2000, auch die Grundkonzeption naturwissenschaftlicher Grundbildung bleibt unverändert. Jugendliche sollen

- naturwissenschaftliches Wissen anwenden,
- naturwissenschaftliche Fragen erkennen,
- aus Belegen Schlussfolgerungen ziehen können.

Mittelwert Naturwissenschaften

Die Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein erreichen 497 Punkte und liegen damit im Bereich des OECD- (500 Punkte) wie des deutschen Durchschnittswerts (502 Punkte) auf Rang 8 im Mittelfeld der Länder.

Veränderung gegenüber PISA 2000

Etwas unterhalb des deutschen Trends mit einem Zuwachs von 15 Punkten erzielen die Schülerinnen und Schüler im Bereich der Naturwissenschaften bei PISA 2003 mit 11 Punkten gegenüber PISA 2000 einen erkennbaren Zuwachs. Aufgrund des unterdurchschnittlichen Zuwachses verschlechtert sich SH um zwei Plätze im Ländervergleich auf Rang 8.

5.4 Problemlösen

PISA 2003 testet in diesem neu entwickelten Bereich fächerübergreifender Kompetenzen die Fähigkeit, kognitive Prozesse zu nutzen, um realen Situationen nachempfundene Problemstellungen mit einem starken Bezug zur Mathematik zu lösen, bezogen auf

- Entscheidungen treffen,
- Systeme analysieren und entwerfen,
- Fehler suchen.

Mittelwert

Der Mittelwert für Schleswig-Holstein (509 Punkte) liegt deutlich über dem OECD-Durchschnitt (501 Punkte) und im Bereich des deutschen Durchschnittswerts (513 Punkte). Schleswig-Holstein gehört damit zu den 5 leistungsstärksten Ländern der deutschen Spitzengruppe, international gleichauf mit Schweden, trotz der großen Nähe zu den kognitiven Anforderungen in der mathematischen Kompetenz (497 Punkte). Hier zeigt sich ein positiver Trend, der insbesondere im Hinblick auf die geforderte verstärkte Ausrichtung des Unterrichts auf die Vermittlung von Kompetenzen ermutigende Perspektiven eröffnet. Andererseits wird deutlich, dass das vorhandene Potential der Schülerinnen und Schüler im mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht offenbar nicht ausreichend ausgeschöpft wird.

Ergebnisse in den vier Kompetenzbereichen auf einen Blick

(PISA 2000: Neuntklässler, PISA 2003: 15-Jährige)

	Mathematik		Mathematik		Lesen		Lesen		Naturwiss.		Naturwiss.		Probleml.	
	2000-E		2003-E		2000-E		2003-E		2000-E		2003-E		2003-E	
1	BY	516	BY	533	BY	510	BY	518	BY	508	BY	530	BY	534
2	BW	512	SN	523	BW	500	BW	507	BW	505	SN	522	SN	527
3	SN	501	BW	512	SN	491	SN	504	SN	499	BW	513	BW	521
4	TH	493	TH	510	RP	485	TH	494	TH	495	TH	508	TH	511
5	SH	490	ST	502	SL	484	SH	488	RP	489	SL	504	SH	509
6	RP	488	SL	498	TH	482	RP	485	SH	486	ST	503	RP	508
7	SL	487	SH	497	NW	482	HE	484	SL	485	NI	498	BE	507
8	HE	486	HE	497	SH	478	SL	485	HE	481	SH	497	HE	507
9	MV	484	NI	494	HE	476	ST	482	MV	478	RP	497	NI	506
10	NW	480	MV	493	NI	474	NI	481	NW	478	BE	493	HH	505
11	NI	478	RP	493	MV	467	BE	481	NI	476	MV	491	BB	504
12	ST	477	BB	492	BB	459	NW	480	ST	471	HE	489	MV	502
13	BB	472	BE	488	ST	455	HH	478	BB	470	NW	489	ST	501
14	HB	452	NW	486	HB	448	BB	478	HB	461	HH	487	NW	500
15			HH	481			MV	473			BB	486	SL	500
16			HB	471			HB	467			HB	477	HB	491
D		490		503		484		491		487		502		513

5.5 Gymnasialvergleich

In der Tabelle werden die Leistungen der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler an Gymnasien miteinander verglichen und zu PISA 2000 in Beziehung gesetzt.

PISA 2003			PISA 2000			
	Punkte 15-Jährige	Platz 15-Jährige	Punkte 15-Jährige	Platz bezo- gen auf Neunt- klässler	Punkte Neunt- klässler	Veränd. gegen- über 2000
Mathematik	591 (Veränd. 605 Raum u. Form 587 Punkte)	5. (BY,SN, BW,TH,SH)	Veränderung und Bezie- hung 588 Raum und Form 584	2. (BY,SH)	590	+ 17 Punkte + 3 Punkte
Lesen	585	3. Platz (BY,BW)	588	2. (BY)	584	- 3 Punkte
Naturwissen- schaften	598	4. Platz (SN,BY,BW, TH/SH)	589	1.	595	+ 9 Punkte
Problemlöse- kompetenzen	596	3. (BY,SN)	nicht erhoben	-	-	-

Die Gymnasien in Schleswig-Holstein haben im Vergleich der Länder ihren Spitzenplatz nicht ganz halten können, da andere Länder höhere Zuwächse gegenüber PISA 2000 erzielen. Das vorhandene Leistungspotential zeigt sich in den auch international sehr hohen Punktzahlen für die Problemlösekompetenz mit einem starken Bezug zu mathematischen Kompetenzen, das im Mathematikunterricht in SH offenbar nicht ausreichend genutzt wird.

5.6 Vergleich der Ergebnisse der Schularten in Schleswig-Holstein

Im Bericht zum zweiten PISA-Ländervergleich wird darauf hingewiesen, dass aufgrund der verschiedenen Schulstrukturen und unterschiedlichen Beteiligungsquoten in den Ländern der Schulartenvergleich zwischen den Ländern auf die Gymnasien beschränkt bleiben muss.

Für den Vergleich der Ergebnisse der Schularten in den Ländern werden drei Fragen zugrunde gelegt:

1. Wie verteilen sich im jeweiligen Land die 15-jährigen Schülerinnen und Schüler auf Schularten und Klassenstufen?
2. Wie wird die Ressource Zeit genutzt?
3. Wie unterscheiden sich die Schularten in den bei PISA untersuchten Kompetenzen?

In Mathematik liegen die Leistungen der Gymnasien mit 91 Punkten deutlich, die der Schülerinnen und Schüler an Realschulen mit 17 Punkten weniger deutlich über den OECD-Durchschnitt (500). Die Schülerinnen und Schüler der Gesamtschulen (498) erreichen den

OECD-Durchschnitt, die der Hauptschulen (410) liegen erkennbar darunter. Ein ähnliches Bild wiederholt sich für die Bereiche Lesen und Naturwissenschaften; im Problemlösen schließen die Schülerinnen und Schüler der Gesamtschulen zu denen an Realschulen auf. Als beunruhigend muss das Ergebnis der Schülerinnen und Schüler an Hauptschulen im Bereich Lesen mit nur 384 Punkten gewertet werden.

Die Leistungsheterogenität ist an den Gesamtschulen bis auf Problemlösen (HS) strukturell bedingt am größten, gefolgt von den Hauptschulen. Gymnasien und Realschulen verfügen dagegen über eine vergleichsweise homogene Schülerschaft.

Die Überlappungen zwischen den Schularten zeigen, dass in Mathematik

- ca. drei Viertel der Schülerinnen und Schüler an Realschulen und ca. 60 % der IGS-Schülerinnen und Schüler das Leistungsspektrum der Gymnasien erreichen, wenn auch nicht das obere Viertel,
- dies aber nur für ca. 10 % der Schülerinnen und Schüler an HS gilt.

Im Vergleich der RS mit den IGS zeigt sich, dass in Mathematik und Naturwissenschaften die Schülerinnen und Schüler der IGS in den Spitzenwerten vor der RS liegen, dies gilt aber nicht für den Bereich Lesen. Bei den leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern bestehen dagegen deutliche Unterschiede zu Ungunsten der IGS.

Insgesamt fällt auf, dass es zwischen den Schülerinnen und Schülern an Gym, RS und IGS zwar große Leistungsunterschiede gibt, für einen großen Teil der Schülerinnen und Schüler aber Überlappungen in der Leistungsverteilung aller drei Schularten festzustellen sind. Die leistungsstarke Hälfte der Schülerinnen und Schüler der HS reicht bis auf Lesen in den Kompetenzbereich der Schülerinnen und Schüler an IGS und RS hinein. Ca. 60% der Hauptschülerinnen und -schüler liegen auf oder unter Kompetenzstufe 1, d. h., dass sie zur Gruppe der sogenannten „Risikoschüler“ gezählt werden müssen, die den Mindestanforderungen der OECD nicht entsprechen.

Alle Ergebnisse belegen

- den eindeutigen Leistungsvorsprung der Gymnasien vor allen anderen Schulformen.
- einen leichten Vorsprung der RS gegenüber der IGS.
- einen sehr großen Abstand der HS zu allen anderen Schulformen.

	Hauptschule	IGS	Realschule	Gymnasium
Bildungsbeteiligung in %	29,3	6,5	31,4	25,2
Mathematik				
Anteile in %	Hauptschule	IGS	Realschule	Gymnasium
unter Stufe I	22	5	0,7	0,3
Stufe I	32,1	11,7	6,3	1
Stufe II	29,6	24,1	22,9	5,1
Stufe III	13,8	32,2	36,3	17,1
Stufe IV	2,4	18	26	32,7
Stufe V	0,2	7,9	6,9	31,9
Stufe VI	0	1,1	0,9	11,9
Lesen				
Anteile in %	Hauptschule	IGS	Realschule	Gymnasium
unter Stufe I	25,4	4,5	1,1	0,1
Stufe I	37	7,5	4,8	0,8
Stufe II	27,3	25,9	23,3	5,1
Stufe III	9,2	36,6	40,6	23,3
Stufe IV	1,2	20,3	24,9	44,5
Stufe V	0	5,3	5,3	26,3
Naturwissenschaften				
Anteile in %	Hauptschule	IGS	Realschule	Gymnasium
Stufe I	60	15	7,1	0,5
Stufe II	29,5	26,4	29,4	6,2
Stufe III	8,3	26,7	32,4	17,7
Stufe IV	2,3	29,1	28,8	58,8
Stufe V	0,1	2,7	2,2	16,8
Problemlösen				
Anteile in %	Hauptschule	IGS	Realschule	Gymnasium
unter Stufe I	42,8	7,3	4,5	0,2
Stufe I	41,7	25,2	28,1	7,5
Stufe II	14,7	50,8	48,1	38,9
Stufe III	0,8	16,8	19,4	53,4
Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Kompetenzstufen nach Schularten in % für Schleswig-Holstein				

5.7 Verzögerte Schullaufbahn

Im Unterschied zu den Angaben der amtlichen Statistik, die Daten auf Klassenstufen ausweist, bezieht sich die PISA-Studie auf 15-jährige Schülerinnen und Schüler (siehe Kapitel C 2.2). Bei gleicher Objektivität ergeben sich daraus unterschiedliche Zahlen und Befunde.

Der Anteil der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein, die ein oder mehrere Schuljahre wiederholt haben und/oder zurückgestellt wurden, beträgt nach PISA 2003 für

HS:	76,3 %	davon Wdh. in der Sek I	39,7 %
IGS:	33,8 %	davon Wdh. in der Sek I	6,4 %
RS:	42,7 %	davon Wdh. in der Sek I	27,1 %
Gym:	23,5 %	davon Wdh. in der Sek I	15,4 %
Durchschnitt:	47,4 %	davon Wdh. in der Sek I	24,7 %

D. h. ca. jeder zweite 15-jährige Schüler in SH hat mindestens schon einmal eine Klasse wiederholt und/oder wurde zurückgestellt. An den Hauptschulen gelingt es nur einem knappen Viertel der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler, die Schule ohne „Verzögerungen“ zu durchlaufen. Den niedrigsten Anteil an Wiederholerinnen und Wiederholern in der Sek. I verzeichnen die IGS. Die Aufstellung gibt keine eindeutige Auskunft darüber, an welcher Schulart der Sek. I wie viele dieser Schülerinnen und Schüler mindestens einmal eine Klasse wiederholt haben, da die bei Schrägversetzungen ggf. anfallenden Wiederholungen in anderen Schularten nicht ausgewiesen werden.

Ländervergleich: verzögerte Schullaufbahn der 15-Jährigen insgesamt

Land	Gym	RS	IGS	HS	RS/HS etc.
BW	10,0	31,6		50,2	
BY	20,2	39,4		39,2	
BE	14,5	31,1	34,7	62,3	
BB	9,5	17,3	27,9		
HB	19,2	41,3	34,7	63,1	
HH	18,9	41,3	31,4	62,6	50,1
HE	16,4	36,5	28,6	71,3	
MV	11,7	33,5			40,6
NI	13,8	30,3		58,6	
NW	15,6	31,5	32,0	59,7	
RP	14,4	27,8		54,1	63,2
SL	13,8		28,0		32,2
SN	10,1				32,5
ST	9,5				32,4
SH	23,5	42,7	33,8	76,3	
TH	9,4				28,5

SH hat nach dieser Aufstellung im Jahr 2003 bei den 15-Jährigen die höchsten Quoten für eine verzögerte Schullaufbahn an den Gym, RS und HS zu verzeichnen.

5.8 Soziale Herkunft im Ländervergleich

Bei PISA 2003 werden Zusammenhänge zwischen der sozialen Herkunft und dem Kompetenzerwerb anhand eines neuen Index (ESCS), der ökonomische, soziale und kulturelle Indikatoren umfasst, dargestellt. Dabei wird verglichen, welcher Anteil an der Leistungsstreuung durch den ESCS aufgeklärt wird. Je höher dieser Anteil, desto stärker ist die Abhängigkeit von der sozialen Herkunft.

Die Kopplung zwischen sozialer Herkunft und dem Kompetenzerwerb wird in vier Kombinationen, die verschiedenen günstige bzw. ungünstige Entwicklungen verdeutlichen, in einem Ländervergleich zusammengefasst:

- hoher Kompetenzerwerb bei niedriger Kopplung mit sozialer Herkunft (relativ günstigste Kombination) für Bayern, Sachsen und Thüringen,
- niedriger Kompetenzerwerb bei niedriger Kopplung mit sozialer Herkunft für Brandenburg,
- hoher Kompetenzerwerb bei hoher Kopplung mit sozialer Herkunft für Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt,
- niedriger Kompetenzerwerb bei hoher Kopplung mit sozialer Herkunft für Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen und Brandenburg (relativ ungünstige Kombination).

Damit liegt Schleswig-Holstein, wie nach den Ergebnissen von PISA 2000 zu erwarten, im ungünstigsten Bereich einer Kombination von niedrigem Kompetenzerwerb bei hoher Kopplung mit sozialer Herkunft. Die Unterschiede in der Kompetenzentwicklung lassen sich überdurchschnittlich stark auf die Sozialschichtzugehörigkeit zurückführen.

Neben der Kompetenzentwicklung ist auch die Verteilung auf die verschiedenen Schularten in einem hohen Maße von der Sozialschicht der Schülerinnen und Schüler abhängig. Schleswig-Holstein weist 2003 bundesweit die geringsten Anteile von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern an Gymnasiasten (25,2%, Bundesdurchschnitt: 28,6%) auf. Wie in anderen Ländern besuchen auch in Schleswig-Holstein vor allem Schüler aus der obersten Sozialschicht das Gymnasium (56,3 %); der Anteil der 15-Jährigen aus der untersten Sozialschicht, die ein Gymnasium besuchen, ist in Schleswig-Holstein bundesweit am niedrigsten (4,6%, Bundesdurchschnitt 8,0%).

Über die Darstellung der relativen Beteiligung an der Schulart Gymnasium hinaus stellt PISA die Frage nach der Wahrscheinlichkeit des Gymnasialbesuchs in Abhängigkeit von der Sozialschichtzugehörigkeit. Hier zeigt sich im Gegensatz zu PISA 2000 für Schleswig-Holstein im Vergleich der Länder ein eher durchschnittlicher Zusammenhang. In Bayern oder Sachsen-Anhalt haben Jugendliche aus der obersten sozialen Schicht eine 6,65 bzw. 6,16 mal so große Chance, ein Gymnasium zu besuchen wie Jugendliche aus der dritten (von vier) so-

zialen Schicht – und dies unabhängig von den tatsächlichen Lese- und Mathematikkompetenzen (SH 2,88).

5.9 Schülerinnen und Schüler mit einem Migrationshintergrund

Schleswig-Holstein weist unter den sogenannten alten Flächenländern den geringsten Anteil 15-jähriger Schülerinnen und Schüler mit einem Migrationshintergrund auf (17,3 %, Daten nach PISA 2003). Die Verteilung nach Herkunftsstaaten ist über die Länder hinweg sehr unterschiedlich. Die meisten Schülerinnen und Schüler mit einem Migrationshintergrund in Schleswig-Holstein stammen überwiegend aus der ehem. Sowjetunion (21 %), der Türkei (19,1%), Polen (12,2 %), gefolgt vom ehem. Jugoslawien (3,3 %) und von Italien (1,8 %).

Bezogen auf die Schularten ist der Anteil der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler mit einem Migrationshintergrund an den Hauptschulen am höchsten (24,2 %) und an den Gymnasien am niedrigsten (12,9 %).

Anteil der Herkunftsgruppen in den Schularten bei 15-Jährigen 2003 (in %)

Land	Schulart	Bildungsbeteiligung	Davon					
			Beide Elternteile in Deutschland geboren	mindestens ein Elternteil im Ausland geboren				
				zusammen	davon ¹⁾			
					a) Türkei	b) Sonstige ehemalige Anwerbestaaten	c) (Spät-) Aus-siedler	d) Sonstige Staaten
in %								
Schleswig-Holstein	HS	29,3	75,8	24,2	29	7,3	29,5	19,6
	RS	31,4	84,1	15,9	14,9	4,8	40	24
	GY	25,2	87,1	12,9	8,5	8,7	33,3	39
	IGS	6,5	85,3	14,7	11,4	12,9	37,5	30,5

Quelle: PISA 2003, Nachberechnungen durch das IPN, aus: Konsortium Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland, Bielefeld 2006

Auf die Frage, welche Sprache die Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Alltag sprechen, antworten

- 51,6 %, die deutsche Sprache im Alltag häufiger als die Sprache des Herkunftslandes in der Familie zu sprechen, ein im Ländervergleich relativ hoher Anteil,
- 29,5 %, neben der deutschen Sprache in ungefähr gleichem Umfang die Sprache des Herkunftslandes zu sprechen, ein im Ländervergleich relativ niedriger Anteil,
- 15,5 %, häufiger die Sprache des Herkunftslandes der Familie als die deutsche Sprache zu sprechen, im Vergleich der Länder der höchste Anteil.

Für alle Länder gilt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund in ihrer durchschnittlichen mathematischen Kompetenz einen umso größeren Abstand zu den Schülern ohne Migrationshintergrund aufweisen, je weniger sie die deutsche Sprache im Alltag verwenden. Dabei fällt auf, dass

- nur 10 % der Jugendlichen aus Familien der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland geboren sind, aber 33,4% „deutschsprachig“ sind, d. h. die deutsche Sprache im Alltag häufiger gebrauchen als die Sprache des Herkunftslandes.
- obwohl 75 % der Jugendlichen aus türkischen Familien in Deutschland geboren sind und ihre gesamte Schulzeit in Deutschland verbracht haben, nur 37,8% „deutschsprachig“ im o. g. Sinne sind.

Ein beunruhigendes Ergebnis liegt auch darin, dass das Kompetenzniveau in Mathematik von Jugendlichen der ersten Generation, d. h. von Schülern, die in Deutschland geboren sind, in allen Ländern (Ausnahme Berlin) niedriger ist als das zugewanderter Schülerinnen und Schüler. Bei den Jugendlichen mit nur einem im Ausland geborenen Elternteil ist die Differenz zu den Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund in Schleswig-Holstein wie in allen Ländern relativ gering.

Sozioökonomische und soziokulturelle Bedingungen erklären zusätzlich etwa ein Drittel des Zusammenhangs von Sprachgebrauch und Kompetenzniveau, d. h. Migrantenfamilien, in denen überwiegend Deutsch gesprochen wird, verfügen über mehr Ressourcen mit allen positiven Wirkungen auf den Bildungserfolg ihrer Kinder als Familien, in denen zu Hause überwiegend nicht Deutsch gesprochen wird.

Ergebnisse für Schleswig-Holstein (PISA 2003):

	Gesamt	mit Migrationshin-	ohne Migrationshin-
Mathematik	497 Punkte	459 Punkte	513 Punkte
Lesen	488 Punkte	449 Punkte	503 Punkte
Naturwissenschaften	497 Punkte	446 Punkte	517 Punkte
Problemlösen	509 Punkte	470 Punkte	523 Punkte

Kompetenzen von Jugendlichen mit Eltern aus der ehemaligen Sowjetunion bzw. der Türkei		
	ehem. Sowjetunion	Türkei
Mathematik	456 Punkte	400 Punkte
Lesen	430 Punkte	395 Punkte
Problemlösen	459 Punkte	400 Punkte

Analog zu den Leistungsergebnissen zeigen sich auch hinsichtlich des Anteils der 15-Jährigen mit verzögerter Schullaufbahn nach Herkunft der Eltern in Schleswig-Holstein wie in allen Ländern große Unterschiede. Dies betrifft insbesondere Schülerinnen und Schüler, deren Eltern aus der Türkei stammen. So weisen ca. 76 % der Schülerinnen und Schüler mit einem türkischen Hintergrund gegenüber 47,7 % ohne Migrationshintergrund in Schleswig-Holstein eine verzögerte Schullaufbahn auf. Dies ist im Vergleich der Länder mit mindestens 10% Jugendlichen aus Migrantenfamilien der höchste Anteil und belegt die Notwendigkeit verstärkter gezielter Fördermaßnahmen.

Anteil der 15-Jährigen mit verzögerten Schullaufbahnen 2003
nach Ländern* und Herkunftsgruppen (in %)

Land	Insgesamt	Nach Herkunft der Eltern				
		Deutschland	Türkei	Sonstige ehemalige Anwerbe- staaten	(Spät-) Aussiedler	Sonstige Staaten
Baden-Württemberg	30,4	22,9	51,8	50,6	41,4	44,2
Bayern	33,4	29,1	54,9	39,0	51,3	47,0
Berlin	29,6	22,7	47,5	37,6	46,6	35,0
Bremen	38,0	30,2	54,4	44,4	53,8	44,8
Hamburg	33,0	25,4	39,3	42,1	47,6	39,9
Hessen	34,0	26,6	58,3	46,7	49,5	44,2
Niedersachsen	33,9	29,2	58,1	52,5	44,8	48,6
Nordrhein-Westfalen	34,6	28,9	52,5	43,9	42,1	39,6
Rheinland-Pfalz	34,1	27,4	56,0	43,8	50,3	46,2
Saarland	25,9	21,2	46,8	37,3	53,9	30,2
Schleswig-Holstein	47,4	44,4	76,1	50,8	66,2	43,9

* Nur Länder mit mindestens 10% Jugendlichen aus Migrantenfamilien. Unter Schülern mit verzögerter Schullaufbahn sind Jugendliche mit Spätereinschulung und/oder mindestens einer Klassenwiederholung zusammengefasst.

Quelle: PISA 2003, Nachberechnungen durch das IPN, aus: Konsortium Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland, Bielefeld 2006

Abkürzungen

AGGAS	Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt an Schulen
BLK	Bund-Länder-Kommission
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BIK	Biologie im Kontext
BSP	Baltic Sea Project
BUK	Beratung und Unterstützung Körperbehinderter
BWP	Berufswahlpass
CHiK	Chemie im Kontext
DaZ	Deutsch-als-Zweitsprache
DIN EN ISO	International anerkanntes Qualitätsmanagement (Zertifizierung)
ECTS-Punkte	Internationales Punktesystem (Studiengang)
EFQM	European Foundation for Quality Management (Excellence Award)
ESCS	Index, der ökonomische, soziale und kulturelle Indikatoren umfasst
EVIT	Externe Evaluation im Team
EVIT-BS	Externe Evaluation im Team an berufsbildenden Schulen
FlexPhase	Flexible Übergangsphase (Schulabschlussphase)
FÖN	Fördernetzwerke zur Integration benachteiligter Jugendlicher in die berufliche Bildung
FÖRMIG	Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund
GR	Grundschule
Gym	Gymnasium
HS	Hauptschule
IGS	Integrierte Gesamtschule
IPN	Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften
IQB	Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen
IQSH	Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein
IZBB	Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“
KICK	Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz
KMK	Kultusministerkonferenz
KOSS	Koordinationsstelle Schulische Suchtvorbeugung
LAG	Landesarbeitsgemeinschaft
LQS	Lernerorientierte Qualität für Schulen
LQW	Lernerorientierte Qualität in der Weiterbildung
LRH	Landesrechnungshof

LSSH	Landesstelle gegen die Suchtgefahren
MBF	Ministerium für Bildung und Frauen
M. Ed.	Master of Education
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OVP	Landesverordnung über die Ordnung des Vorbereitungsdienstes und die Zweiten Staatsprüfungen der Lehrkräfte
PAD	Pädagogischer Austauschdienst
PIT	Prävention im Team
PTI	Pädagogisch-Theologisches Institut Nordelbien
Q2E	Qualität durch Evaluation und Entwicklung
RBZ	Regionale Berufsbildungszentren
RS	Realschule
Sek I	Sekundarstufe I
Sek II	Sekundarstufe II
SGB	Sozialgesetzbuch
SINUS	Steigerung der Effizienz des mathematisch-naturwissenschaftlichen Un- terrichts
SPRINT	Sprachintensivförderung
START	Schülerstipendien für begabte Zuwanderer (HERTIE-Stiftung)
SV	Schülervertretung
TAG	Tagesbetreuungsausbaugesetz
ups	unesco-projekt-schulen
VERA	Vergleichsarbeiten (Projekt)

Hinweise zu weiteren Informationen

1. Informationen im Internet

Zahlreiche Internet-Seiten informieren aktuell und umfassend über die Themen des Bildungsberichtes. Dazu zählen:

- <http://www.lernnetz-sh.de/>
der Landesbildungsserver Schleswig-Holstein
- <http://www.bildungsministerium.schleswig-holstein.de/>
die Landesregierung Schleswig-Holstein
- <http://www.iqsh.de/>
das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen
Schleswig-Holstein
- <http://www.kmk.org/>
die Kultusministerkonferenz der Länder
- <http://www.bildungsserver.de/>
der deutsche Bildungsserver
- <http://bildungsbericht.de/>
das Konsortium Bildungsberichterstattung,
Bildung in Deutschland

2. Publikationen

Das Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein gibt vielfältige Broschüren zum Bildungssystem heraus. Sie können über das Internet

- <http://www.bildungsministerium.schleswig-holstein.de/>
kostenlos bestellt oder als PDF heruntergeladen werden.